II. Ein politisches Feld

Imaginäre Dimensionen, policy community, Übersetzungsketten

In diesem Kapitel wende ich mich nun den offiziellen Zentren, Diskussionsforen und urbanen Bühnen Auswärtiger Kulturpolitik zu. Neben meinen ethnografischen Beobachtungen auf Konferenzen, Tagungen und Veranstaltungen in Berlin stellen politische Dokumente die empirische Basis dar, um Narrative, Rationalitäten und Akteursfelder dieser Policy genauer herauszuarbeiten. Hierbei verfolge ich im Kern drei analytische Perspektiven:

Erstens untersuche ich die *imaginäre Dimension* Auswärtiger Kulturpolitik, wie sie sich im Umfeld ihrer Steuerungs- und Planungszentren darstellt. Ich frage also nach dem *offiziellen Narrativ* von dem Auftrag, den zentralen Problemen und der Legitimität, das der Politikbereich von sich selbst produziert; ich untersuche die Vorstellungen von den geopolitischen Rahmenbedingungen, den relevanten Akteuren und kulturpolitischen Herangehensweisen, die sich hier manifestieren; ich fokussiere Konstanz und Veränderungen, Dominanz und Ambivalenz in den *zentralen Begriffen, epistemologischen Ordnungen und Erzählsträngen*; und ich zeichne nach, wie dieses Narrativ im Rahmen von öffentlichen Veranstaltungen mit städtischen Kontexten verwoben und somit im urbanen Raum manifest und greifbar wird.

Zweitens analysiere ich kulturpolitische Konferenzen und Veranstaltungen als Orte, an denen die *Formierung einer policy community* sichtbar wird.[1] Hierunter verstehe ich ein – zumindest in seinem Kern – verdichtetes Akteursfeld, dessen Herstellung gerade in einem Politikbereich, der sich durch ein global verzweigtes Netzwerk auszeichnet, ebenso herausfordernd wie unverzichtbar ist. Vor diesem Hintergrund betrachte ich Problemdefinitionen, Schlüsselbegriffe oder diskursive Formationen nicht nur als Elemente der imaginären Dimension Auswärtiger Kulturpolitik, sondern zugleich als Hinweise auf die

1 | »Policy community« im Anschluss an: Gregory Feldman: The Migration Apparatus, S. 29ff.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

impliziten Wissensbestände, die eine Akteurin zumindest grundsätzlich teilen muss, um zu dieser policy community zu gehören; ich fokussiere Tagungen als soziale und politische Kontexte, an denen diese Wissensbestände produziert und zugleich die zentralen diskursiven Logiken des Politikbereichs stabilisiert werden; ich zeichne die Etablierung bestimmter Argumentationsfiguren und politischer Rationalitäten als »Leitplanken« nach, die sowohl Debatten zur Auswärtigen Kulturpolitik als auch kulturpolitische Handlungsfelder maßgeblich strukturieren und limitieren; und ich frage nach der Formierung eines *Habitus kultureller Repräsentation* als einem Beitrag zur Regulierung von Zugehörigkeit und Abgrenzung innerhalb dieser policy community.

Drittens beschäftige ich mich mit *Infrastrukturen und institutionellen Ordnungen* als einer zentralen Rahmenbedingung für die globale Mobilisierung von politischen Narrativen, Metaphern und Rationalitäten. Auch wenn sich auf den Konferenzen das Bemühen des Auswärtigen Amtes zeigt, das etablierte Netzwerk um private Geldgeber und Initiativen zu erweitern, so wird hier dennoch zugleich das elementare Beziehungsmuster des Politikbereichs sichtbar: In dessen Zentrum stehen weiterhin *asymmetrische Relationen zwischen Auswärtigem Amt und den Mittlerorganisationen*, die nicht nur den Löwenanteil der staatlichen Gelder erhalten, sondern gleichfalls in die Entwicklung kulturpolitischer Diskurse eingebunden sind. Entsprechend analysiere ich strukturelle Grundlagen für diese Asymmetrien als eine wesentliche Rahmenbedingung für das translokale Wandern von politischen Zielvorstellungen und Schlüsselbegriffen; ich zeichne Übersetzungsketten zwischen den politischen Zentren und den Praxisfeldern Auswärtiger Kulturpolitik in den Zielregionen nach; ich verdeutliche Handlungsspielräume, die sich – trotz dieser Abhängigkeiten – für Kulturmittler insbesondere aus ihren Präsenzen vor Ort, ihren (trans-) lokalen Kontakten und Erfahrungen ergeben.

Diese drei Perspektiven werden den Charakter Auswärtiger Kulturpolitik sowohl als einer *Technologie des Nationalen* als auch als einem zutiefst *politischen Feld* unterstreichen: Denn hier werden Bedeutungen gesetzt, Diskurse geprägt, Alternativen ausgeschlossen, allegorische Pakete gepackt und implizite Regeln der Zugehörigkeit definiert; hier entstehen die Grundlagen für die Formierung eines *Narrativs des Nationalen*, das globale Bühnen und translokale Kontaktzonen betritt.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

1. Menschen bewegen: Akteursfeld und politisches Narrativ auf zwei Berliner Konferenzen

Menschen bewegen lautet der Titel zweier Konferenzen, zu denen das Auswärtige Amt nach Berlin einlud, um im Jahr 2006 zunächst »über die zukünftige Ausrichtung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik«[2] zu diskutieren und drei Jahre später Bilanz zu ziehen, »was wir bislang gemeinsam bewegt haben«.[3] Die Konferenzen adressieren ein breites Spektrum von Individuen und Institutionen und lassen somit das Akteursfeld sichtbar werden, das – aus Perspektive des Auswärtigen Amtes – an der Konzipierung, Planung und Umsetzung Auswärtiger Kulturpolitik zu beteiligen ist. Der Teilnehmerkreis setzt sich jeweils aus mehreren hundert Personen zusammen: Vertreterinnen von Stiftungen, Unternehmen, städtischen Kulturbehörden, namhaften Kultureinrichtungen und Vereinen treffen hier auf Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes und der kulturpolitischen Mittlerorganisationen sowie auf Bundestagsabgeordnete, Wissenschaftlerinnen, Journalisten und Künstlerinnen. Neben einer jeweiligen Grundsatzrede des Bundesaußenministers stehen Diskussionsrunden, inhaltliche Gesprächskreise und Foren informellen Austauschs im Zentrum der Veranstaltungen.

Die Konferenztitel, die Größe der Veranstaltungen, die Breite des Teilnehmerkreises sowie die Themenvielfalt produzieren das Bild von einem dynamischen Politikfeld, das Verbindungen und Austausch sucht. Größe und Anspruch der Tagungen lassen sich als Ausdruck einer expansiven Phase des Politikbereichs verstehen, die zwischen den Jahren 2006 und 2009 zu einem Mittelzuwachs um etwa 30% führt.[4] Nach einer Phase der finanziellen Kürzungen in der vorhergehenden Dekade[5] bietet sich nun die Möglichkeit,

2 | So die Formulierung im Grußwort zu der Tagungsdokumentation 2006. Die Konferenz *Menschen bewegen – Kultur und Bildung in der deutschen Außenpolitik* fand am 25./26. Oktober 2006 statt. Die zweite Konferenz wurde am 25./26. April 2009 unter dem Titel *Menschen bewegen – Kulturpolitik im Zeitalter der Globalisierung* organisiert. Die Reden und Diskussionen beider Tagungen sind in der Publikationsreihe des Auswärtigen Amtes *Edition Diplomatie* unter dem jeweiligen Konferenztitel dokumentiert.

3 | So Frank-Walter Steinmeier in seinem Grußwort zur Konferenzdokumentation 2009. In: Menschen bewegen, Konferenzdokumentation 2009, S. 3.

4 | Diese Steigerungsrate führt Bundesminister Steinmeier selbst in seiner Rede auf der Konferenz im Jahre 2009 an: Menschen bewegen, Konferenzdokumentation 2009, S. 12.

5 | Die Gesamtausgaben des Bundes für AKBP fielen demnach zwischen 1996 und 2005 von 1,171 Milliarden Euro auf 1,077 Milliarden Euro. Die durch das Auswärtige Amt verantworteten Ausgaben wurden in diesem Zeitraum von etwa 667 Millionen Euro auf etwa 601 Millionen Euro reduziert. Siehe hierzu: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Ant-

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Strukturen und Aktivitäten der Auswärtigen Kulturpolitik auszubauen: Das Bild von einem »Politikfeld in Bewegung« besitzt eine materielle Grundlage und gewinnt hierdurch an Überzeugungskraft.

Menschen bewegen lässt sich im Anschluss an die Überlegungen zu einer *Anthropology of Policy* als eine »mobilizing metaphor« verstehen, die Zugang zu den sozialen Dynamiken, Machttechniken und imaginären Dimensionen eines Politikbereichs bietet. Entsprechend möchte ich nun diese Metapher durch unterschiedliche Ebenen und Foren verfolgen, um folgende Fragen zu bearbeiten: Welches Akteursfeld wird hier adressiert? Welche politischen Organisationsformen und Regierungslogiken deuten sich an? Welche Narrative vom Charakter und dem Zweck des Politikbereichs werden hierdurch aktiviert?

Die Konferenztitel lassen sich zunächst mit dem Rahmennarrativ der Tagungen in Zusammenhang bringen: Weitreichende geopolitische Dynamiken machen – nach offizieller Lesart – grundlegende Diskussionen und Anpassungen Auswärtiger Kulturpolitik erforderlich. Der Minister formuliert diesen Ausgangspunkt der Konferenzen etwa folgendermaßen:

»Die Zeit drängt. Die Welt verändert sich in rasender Geschwindigkeit; und mit ihr die Möglichkeiten von Politik, insbesondere Außenpolitik! Die zynischen Gewissheiten des Kalten Krieges sind weg. Neue Unübersichtlichkeiten sind an ihre Stelle, neue Player sind auf die Bühne getreten. Krisen und Konflikte sind in diesem 21. Jahrhundert nicht weniger geworden. Außenpolitik war [in den letzten Jahren, J. A.] als Krisenmanagement gefragt wie nie zuvor!«[6]

Diese Wahrnehmung von grundlegenden Veränderungen globaler Ordnungen führt demnach zur Notwendigkeit, über neue Themenfelder, Herangehensweisen und Akteurskonstellationen nachzudenken: So mobilisiert der Minister das Bild von einem offenen, flexiblen Netzwerk, das sich – auch wenn die etablierten Mittlerorganisationen weiterhin sein Zentrum bilden – nicht auf staatliche oder staatlich finanzierte Akteure beschränkt, sondern vielfältige Allianzen mit zivilgesellschaftlichen oder privatwirtschaftlichen Akteuren beinhalten soll:

»Auswärtige Kulturpolitik findet längst in einem sehr viel größeren Netzwerk statt. [...] viele Künstlerinnen und Künstler, Unternehmen der Kulturindustrie, Stiftungen und unabhängige Organisationen der Zivilgesellschaft, Vertreter anderer Bundesministerien und nicht zuletzt die Kulturstiftung des Bundes [...] sind Teil des Netzwerkes. Wir wollen

wort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Dr. Uschi Eid, Marieluise Beck (Bremen), Birgitt Bender, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 16/4024. Berlin 2007, S. 23ff.

6 | Menschen bewegen, Konferenzdokumentation 2009, S. 9.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

mit der heutigen Konferenz ein Startsignal geben, eine breiter werdende Zusammenarbeit in diesem Netzwerk zu erreichen.«[7]

Gleichzeitig setzt er das Bild vom Auswärtigen Amt als einer Art Steuerungs- und Dienstleistungszentrum für dieses heterogene, weltumspannende Netzwerk:

»Unser Ziel ist es, Ihnen eine Plattform anzubieten. Sie sind als Künstler, Kulturschaffende und Kulturvermittler die Experten – wir bieten Ihnen sozusagen außenpolitische Expertise, das Netz unserer Auslandsvertretungen, unsere diplomatischen und außenwirtschaftlichen Aktivitäten die Plattform, an die es sich anzudocken lohnt.«[8]

Der Konferenztitel *Menschen bewegen* führt hier somit zu der Vorstellung von einem sich ausdehnenden Akteursfeld, das immer neue kultur- und bildungspolitische Verknüpfungen Deutschlands mit der Welt herstellt:

»Wir hatten uns während der Konferenz ›Menschen bewegen‹ im Jahr 2006 vorgenommen, das Auswärtige Amt zu einem Knotenpunkt in weltweiten Netzwerken zu entwickeln und neue Netzwerke zu knüpfen. [...] Wir haben tausende neuer Kontakte in aller Welt gewonnen – als Ansprechpartner für Wirtschaft, Politik und Kultur.«[9]

Diese Rede von *Netzwerken, Knotenpunkten, Plattformen und Bewegung* lässt sich als Referenz an neoliberale Regierungslogiken verstehen, die darauf abzielen, staatliche Politikfelder zugleich zu flexibilisieren und zu dynamisieren sowie durch die Mobilisierung und Einbindung privater Akteure neu zu konfigurieren. Auch die Absicht, Auswärtige Kulturpolitik im Rahmen dieser Konferenzen inhaltlich und konzeptionell mit neuen Themenfeldern zu verknüpfen und hierzu Problemstellungen und Schlagworte etwa aus wissenschaftlichen Debatten oder aus anderen Politikbereichen aufzugreifen, weist in die gleiche Richtung: Die Tagungen produzieren das Bild von einem offenen Politikstil und partizipativen Foren, in denen Inhalte, Grenzen und Zuständigkeiten einer (staatlichen) Kulturpolitik durch breite Diskussionen neu bestimmt werden. Insbesondere die thematischen Panels werden dabei nicht nur als Orte einer produktiven Wissensarbeit präsentiert, sondern gleichfalls als Foren, in denen sehr unterschiedliche Visionen von den Aufgaben und der zukünftigen Entwicklung des Politikbereichs positioniert werden können. Hier werden laborhafte Arbeits- und Organisationsformen sichtbar, deren Praxis ich an drei Beispielen kurz andeuten möchte:

7 | Menschen bewegen, Konferenzdokumentation 2006, S. 11.

8 | Ebd., S. 13.

9 | Menschen bewegen, Konferenzdokumentation 2009, S. 71.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

In dem Panel zur *Rolle der Kreativindustrie* weist etwa ein Referent den deutschen Kulturinstituten die Rolle von »Außenwirtschaftsvertretungen« zu, die den expandierenden Sektor in der globalen Vermarktung seiner Produkte unterstützen sollten. Auswärtige Kulturpolitik wird hier als ein »knallharter Wirtschaftsfaktor« verstanden, der – durch die Unterstützung der Kreativindustrien – zur Zukunftsfähigkeit des ressourcenarmen Deutschlands beiträgt. Kurz: Auswärtige Kulturpolitik wird in diesem Panel über eine Sprache und Logik der Ökonomie debattiert.[10]

In dem Panel *Erste Schritte* wird Kulturpolitik – anhand von konkreten, thematisch sehr unterschiedlichen Projektbeispielen aus Afghanistan, Palästina oder Indien/Pakistan – als ein Instrument zur Verständigung und Stabilisierung diskutiert. Referentinnen und Diskussionsteilnehmer loten hierbei Verknüpfungsmöglichkeiten mit Herangehensweisen der Sicherheits- und Entwicklungspolitik sowie der zivilen Konfliktbearbeitung aus und debattieren den möglichen Beitrag deutscher Auswärtiger Kulturpolitik zu internationalen Missionen in Konfliktgebieten. Die Leitfragen, welche die Organisatoren formuliert hatten, um die Diskussionen zu strukturieren, unterstützen das Bild von dem Panel als einer Art Wissenslabor: »Welchen konkreten (politischen) Mehrwert schafft Kulturarbeit in Konflikten? Wo sind die Grenzen? Wie ist das Verhältnis zu politischen Entwicklungen?«[11]

In dem Panel *KulturKlimaWandel* stehen Möglichkeiten einer Zusammenführung Auswärtiger Kulturpolitik mit dem »außenpolitischen Ziel Klimaschutz« im Zentrum: »Die Idee geht dabei in beide Richtungen: Kultur- und Bildungsarbeit als klimapolitische Instrumente – aber auch: den Klimawandel als kulturelles Phänomen aufzugreifen.«[12] Hier wird etwa das Potenzial diskutiert, die Dynamik »grüner Industrien« für die Zielsetzung der Vermittlung eines attraktiven und zeitgemäßen Deutschlandbildes nutzbar zu machen. Umweltbewusstsein wird gleichfalls als ein Faktor benannt, an dem sich »kulturelle Unterschiede« zwischen den USA und Deutschland aufzeigen und durch kulturpolitische Programme bearbeiten lassen.

Diese Beispiele ließen sich fortsetzen. Wichtig ist die Beobachtung, dass *Menschen bewegen* sich hier auch mit dem Bild eines dynamischen Diskussionsfeldes in Verbindung bringen lässt, das auf neue Verbindungen mit anderen Wissens- und Politikfeldern ausgerichtet ist und zugleich unterschiedlichen Akteuren die Möglichkeit bietet, – zumindest situativ – zu Teilhabern dieser policy community zu werden. *Menschen bewegen* deutet aber auch auf ein Selbstverständnis von den grundsätzlichen Herangehensweisen des Politikbereichs. Schließlich sind seine Zielsetzungen und Maßnahmen im großen

10 | Menschen bewegen, Konferenzdokumentation 2006, S. 36ff.

11 | Menschen bewegen, Konferenzdokumentation 2009, S. 50.

12 | Ebd., S. 89.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Umfang auf die globale Mobilisierung von Menschen, Gütern und Wissensbeständen ausgerichtet:

Die Formel *Menschen bewegen* führt hierbei zunächst zu den Aktivitäten innerhalb der institutionellen Struktur, in der sich Auswärtige Kulturpolitik in der Praxis realisiert: Goethe-Institute, Auslandsschulen, Wissenschaftszentren, Stipendiaten-, Austausch- und Förderprogramme, Einladungen, Konferenzen und andere Veranstaltungen teilen – bei aller Unterschiedlichkeit in den konkreten Arbeitsweisen – das Ziel, Menschen in einem globalen Rahmen zu mobilisieren und hierdurch in Beziehung und Austausch zu bringen.

Zugleich verweisen die Konferenztitel auf das Anliegen, durch kulturpolitische Maßnahmen und Programme innerhalb von Menschen etwas in Bewegung zu setzen: Durch die Mobilisierung von Individuen, Inhalten und Gütern verfolgt man die Absicht, »Menschen in aller Welt zu erreichen« und Wirkungen auf deren kulturelle Interessen, Einstellungen oder sogar auf deren Verhalten zu erzielen. So möchte man zum einen »weltweit das Interesse an der deutschen Sprache und Kultur, aber auch an der deutschen Technologie, Innovation und Kreativität« fördern. Junge Menschen sollen davon überzeugt werden, »ihr Studium in Deutschland aufzunehmen«,[13] um hierdurch den Studienstandort Deutschland zu stärken und zugleich ein weltweites Netzwerk von »Ansprechpartnern« und »Freunden« aufzubauen. Zum anderen geht es aber auch um die globale Verbreitung bestimmter »Werte« wie »Toleranz«, »Achtung« und »gegenseitiges Verständnis« als Grundlagen menschlichen Zusammenlebens, die durch Aktivitäten im Rahmen der Auswärtige Kulturpolitik gefördert werden sollen: »Mit ihr gelingt es, Brücken zwischen den Menschen über Grenzen hinweg zu bauen.«[14] Der Konferenztitel *Menschen bewegen* deutet somit auch auf die intendierte Mobilisierung von Werten, politischen Begriffen und Idealvorstellungen von Lebensweisen, um hierdurch Individuen und Gruppen in den unterschiedlichsten Kontaktzonen und Handlungsfeldern Auswärtiger Kulturpolitik zu erreichen.

Um es zusammenzufassen: Entlang des Konferenztitels und der zentralen Metapher *Bewegung* deutet sich ein politisches Narrativ an, das von geopolitischen Veränderungen, partizipativen Politikformen, dynamischen weltumspannenden Netzwerken und laborartigen Arbeitsweisen ebenso erzählt wie von den Intentionen und Adressatinnen Auswärtiger Kulturpolitik. Das globale Zielpublikum, das es dabei zu bewegen gilt, sowie die Partner aus den Einsatzgebieten sind auf den Konferenzen praktisch nicht vertreten: Das Akteursfeld, das sich zur Diskussion und Konzipierung dieser auf weltweite Präsenzen und Wirkung ausgelegten Policy konstituiert, setzt sich bis auf wenige Ausnahmen aus Deutschen zusammen – ein erstaunlicher Befund, wenn

13 | Menschen bewegen, Konferenzdokumentation 2006, S. 16.

14 | Menschen bewegen, Konferenzdokumentation 2009, S. 3.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

man bedenkt, dass es im Selbstverständnis dieses Politikbereichs eben um das »Bauen von Brücken«, das »Knüpfen von Kontakten« oder um den Aufbau von weltweiten »Dialogbeziehungen« gehen soll.[15]

2. Diskursive Formationen: Schlüsselbegriffe, Konfigurationen kultureller Bedeutungen, politische Rationalitäten

In diesem Abschnitt untersuche ich nun explizit den inhaltlichen Kern des politischen Narrativs Auswärtiger Kulturpolitik. Ich fokussiere hierzu seine elementaren diskursiven Formationen, deren innere Struktur, Dynamiken und zentralen Bestandteile ich auf Basis der Redebeiträge und Diskussionen auf den beiden Konferenzen über einen analytischen Dreischritt herausarbeiten möchte: Zunächst identifiziere ich mit *»Deutschlandbilder vermitteln«* und *»Dialog«* zwei *Schlüsselbegriffe*, die nicht nur die Debatten strukturieren, sondern zugleich in einer Art kollektiven Selbstverständigung die grundlegenden Annahmen vom Sinn und Zweck des Politikbereichs festigen. Zweitens zeichne ich die *Konfigurationen kultureller Bedeutungen* nach, die diese Metaphern umgeben. Hierunter verstehe ich das jeweilige Geflecht von Argumentationsketten, das sich um einen zentralen Begriff gruppiert und Begründungen für die thematischen Schwerpunkte und Aktivitäten Auswärtiger Kulturpolitik anbietet. Diese Konfigurationen bilden die Basis, um drittens die *politischen Rationalitäten* herauszuarbeiten, welche die Diskussionen durchziehen, zugleich in Regierungstechniken und Alltagspraxen zur Anwendung kommen und somit zentrale Verbindungslinien zwischen Diskurs- und Praxisfeldern darstellen. Bei der Untersuchung solcher Rationalitäten geht es nicht um die Frage, ob sich ein Politikbereich anhand irgendwelcher Kriterien als »rational« beschreiben lässt, sondern um die Analyse der jeweiligen Typen von Rationalität, die sich im Rahmen dieser Politik konstituieren: »Eine politische Rationalität ist eine Rationalität der Politik und nicht eine Reflektion über Politik. Das Interesse richtet sich auf das den Praktiken immanente Wissen, die Systematisierung und ›Rationalisierung‹ einer Pragmatik der Führung.«[16]

---

15 | Diese Zusammensetzung des Teilnehmerkreises lässt sich anhand der Teilnehmerlisten in den beiden Konferenzdokumentationen nachvollziehen: Menschen bewegen, Konferenzdokumentation 2006, S. 191-209; Menschen bewegen, Konferenzdokumentation 2009, S. 159-175.

16 | Thomas Lemke, Susanne Krasmann & Ulrich Bröckling: Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. Eine Einleitung. In: Ulrich Bröckling, Susanne Krasmann und Thomas Lemke (Hrsg.): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt 2000, S. 7-40, S. 20. Siehe auch: Michel

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Hieran anknüpfend verstehe ich politische Rationalitäten als steuernde Logiken oder – konkreter ausgedrückt – als *Regulierungs-, Gestaltungs- und Ordnungsansprüche*, die einem Politikbereich eingelagert sind.

Die Metaphern, Konfigurationen und Rationalitäten führen zugleich zu den Wissensbeständen und Auffassungen, die eine Person oder Institution teilen muss, um innerhalb des Feldes Auswärtige Kulturpolitik »mitspielen« zu können. Sie bieten somit Zugang zur Erforschung der Machtrelationen sowie der Regeln der Zugehörigkeit, die den Politikbereich durchziehen. Pierre Bourdieu hat daran erinnert, dass Status, Teilhabe und Positionen in vielen sozialen, politischen oder kulturellen Feldern gerade auch auf einem »impliziten Wissen« und der Akzeptanz gewisser Grundannahmen beruhen. Im Kern geht es dabei um Wissensbestände, Fertigkeiten oder Haltungen, über die ein Akteur verfügen muss, um sich in einem jeweiligen Feld »normal« verhalten zu können. Eine Person oder eine Institution, die dieses Wissen nicht teilt, wird sich demnach in ihm bewegen, »wie ein Hund in einem Kegelspiel, einem Spiel, dessen implizite Regeln er nicht kennt«.[17] Die Analyse diskursiver Formationen führt daher nicht nur zu den imaginären Dimensionen eines Politikbereichs; sie leistet zugleich einen Beitrag zu der *Ethnografie der Formierung einer policy community*.

2.1 Schlüsselbegriff und Konfiguration kultureller Bedeutungen I: Deutschlandbilder vermitteln oder »Womit soll Deutschland kulturell leuchten?«

Deutschlandbilder vermitteln lässt sich als eine erste Metapher identifizieren, welche die Konferenzen durchzieht und zugleich eine zentrale Figur zur Legitimierung des Politikbereichs bildet. Der Wunsch, *Deutschlandbilder* in internationale Kontexte einzubringen und somit also eine Imagologie und ein Narrativ vom Nationalen für globale Bühnen zu entwickeln, wird als Dreh- und Angelpunkt der Debatten erkennbar: »Deutschland ist ein facettenreiches, innovatives und kreatives Land. Aber wie zeigen wir das unseren Partnern in der Welt?«[18] heißt es etwa im Jahr 2009 zur Einleitung des Panels *Deutschlandmosaik*. Deutlich wird hierbei, dass es um eine spezifische Form der Außendarstellung geht: Deutschland wird mit positiv konnotierten Eigenschaften verknüpft; Kultur bietet hierzu wesentliche Potenziale. Diese Denkfigur lässt sich anhand eines Redebeitrags des Außenministers verdeutlichen:

Foucault: Für eine Kritik der politischen Vernunft, in: Lettre International, 1 (1988), S. 58-66.

17 | Siehe hierzu: Pierre Bourdieu: Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft. Konstanz 2001, S. 47.

18 | Menschen bewegen, Konferenzdokumentation 2009, S. 105.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

»Und ohne den spektakulären Erfolg der Fußball-WM für unser Bild im Ausland unterschätzen zu wollen: Wenn Deutschland zunehmend als fröhliches, innovatives, offenes und tolerantes Land wahrgenommen wird mit einer eigenen und aussagekräftigen Kreativität, dann ist das auch, wenn nicht zuförderst das Verdienst der Kulturschaffenden in Deutschland!«[19]

Die Besucher begegnen dem Selbstbild von dem »fröhlichen, innovativen, offenen Land« sowie dem Auftrag zur *Vermittlung von Deutschlandbildern* nicht nur in Diskussionen und Redebeiträgen, sondern gleichfalls in der Ausgestaltung der Räumlichkeiten: Im Jahr 2009 ist im Eingangsbereich der Konferenz die *Deutschlandkollektion* ausgestellt – »zeitgemäße Kontaktpflegegeschenke für das Auswärtige Amt«, die in einem Kooperationsprojekt von Studierenden vier deutscher Kunst- und Designhochschulen entworfen worden waren. »Praktisch und unterhaltsam sollten diese sein, von einem weltoffenen Deutschland künden und nicht als Staubfänger in Schrankwänden verschwinden«, heißt es zur Erklärung.[20] Als Ergebnis entstanden etwa Minidrehorgeln mit »weltbekannten deutschen Hits«, ein Zauberwürfel mit Umlauten und »ß«, eine schwarz-rot-goldene Tragetasche namens *BotschaftsBEUTEL*, oder ein Tischmagnet in Gestalt des Brandenburger Tors zum Sammeln von Büroklammern: »Charmant, witzig und mit einem verschmitzten Blick auf die eigene Kultur«, charakterisieren die Projektteilnehmer ihre Produkte.[21]

Die Figur *Deutschlandbilder vermitteln* führt hier also zu einer Ästhetisierung der Vorstellungen von nationalen Klischees, Stereotypen und kulturellen Besonderheiten sowie zu deren Übersetzung in materialisierte Formen, die als Geschenke durch das globale Netzwerk deutscher Außenpolitik wandern können. Die Projektgruppe nutzt ähnliche Adjektive wie der Minister zu der Beschreibung des Landes und positioniert ihre Objekte somit als Beiträge zu einem mobilisierbaren Narrativ vom Nationalen: »Die Deutschlandkollektion zeigt sich jetzt vielfältig. Sie ist unkonventionell, zeitgemäß, persönlich, heiter, spielerisch, mehrdeutig, schwarz, rot, gold, herzlich, zweckmäßig und natürlich sehr deutsch.«[22]

Im Jahr 2006 werden die Konferenzteilnehmer aufgefordert, die Frage »Womit soll Deutschland im Ausland kulturell leuchten?« auf Kärtchen zu beantworten und ihre Vorschläge auf einer Pinnwand zu präsentieren. Die Zielvorstellung einer positiven Außendarstellung wird somit für Assoziationen geöffnet und gleichzeitig in ihrer Zentralität bestätigt. Anhand einer Auswahl von Antworten lassen sich die vielfältigen Verknüpfungsmöglichkeiten erkennen:

19 | Menschen bewegen, Konferenzdokumentation 2006, S. 18.

20 | Menschen bewegen, Konferenzdokumentation 2009, S. 21.

21 | http://deutschlandkollektion.de (letzter Zugriff am 11. August 2017).

22 | Menschen bewegen, Konferenzdokumentation 2009, S. 20ff.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

»Durch die Vermittlung seines kulturellen Erbes als wichtigem Bestandteil unserer europäischen und global(isiert)en Gegenwart«
»Selbstkritisch und selbstreflektiert als ein positives Beispiel für eine lebendige Demokratie«
»Als sprachliches und kulturelles Herz Europas«
»Mit uns Menschen mit Migrations-Hintergrund«
»Mit Friedenspolitik gegen ABC-Waffen«
»Warum sollte Deutschland leuchten? Es reicht doch, wenn wir mit allem Licht und Schatten im Ausland fair wahrgenommen werden«
»Es leuchtet bereits mit Fußball, Hip-Hop, Rap und Berlin«.[23]

»Deutschland« bildet auf beiden Konferenzen auch den Schlüsselbegriff der jeweiligen Abschlussdiskussion: Im Jahr 2009 trägt sie etwa den Titel *My Space Deutschland – Über Deutschland im 21. Jahrhundert* und lädt ein zu einer reflexiven Positionsbestimmung anhand der Fragen: »Welche Identität haben die Deutschen? Was ist typisch deutsch? Welches Image hat die Bundesrepublik im Ausland?«[24]

Auf den Konferenzen entstehen also gewissermaßen *Panoramen des Nationalen,* die einen offiziellen Konsens von der Kernaufgabe des Politikbereichs in diskursiven und materiellen Formen erfahrbar machen: Es geht um eine kulturell unterfütterte Selbstdarstellung, die in einer Verknüpfung des Landes mit positiv konnotierten Begriffen und Bildern gründet. Die Metapher *Vermittlung von Deutschlandbildern* führt somit nicht nur zu unterschiedlichen Varianten der Ästhetisierung und Reflexivierung des Nationalen, sondern zugleich zu zentralen Wissensbeständen und Grundfiguren des Politikbereichs, die im Rahmen solcher Konferenzen reproduziert werden: Die Existenz einer »nationalen Spezifik«, die sich auch kulturell repräsentieren lässt, wird hier ebenso vorausgesetzt wie die Realität eines »kulturellen Wir« als Ausgangspunkt globaler Vermittlungsprojekte.

Von Interesse ist insbesondere die Vielfalt der Verknüpfungsmöglichkeiten dieses Schlüsselbegriffs. Ich möchte seine *Konfiguration kultureller Bedeutungen* nun anhand von drei Argumentationsketten erschließen, die auf den Konferenzen besonders in den Vordergrund treten.

Argumentationskette I: »...wo die Kreativität zu Hause ist« – Deutschland als globale Marke?

Im Jahr 2006 besitzen Bezüge zu ökonomischen Begrifflichkeiten und Denkformen eine herausgehobene Präsenz. Diese zeigen sich etwa in den Eröffnungsreden des Ministers und vor allem des Vorstandsvorsitzenden der global

23 | Konferenzdokumentation 2006, S.185-189.
24 | Konferenzdokumentation 2009, S. 129.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

erfolgreichen Firma SAP, aber auch in dem Panel *Modernes Profil: Die Rolle der Kreativindustrie*: Hier wird die »wirtschaftliche Bedeutung des Kultursektors für Arbeitsmarkt, Wachstum und technologischen Fortschritt« herausgestellt und Auswärtige Kulturpolitik vor diesem Hintergrund als eine »Investition in die Zukunft« bezeichnet.[25]

Aber auch auf »Deutschland« selbst wird eine unternehmerische Logik angewandt: In Rede- und Diskussionsbeiträgen scheint die Denkfigur hindurch, das Land gewissermaßen zu einer »globalen Marke« zu entwickeln, deren Kern aus Begriffen wie »Toleranz«, »Offenheit«, »Innovation« und »Kreativität« besteht. Kultur und Kulturpolitik erscheinen aus dieser Perspektive als Beitrag zur Produktion eines weltweit abrufbaren Images, um die Aufmerksamkeit junger Eliten auf das Land zu ziehen. *Deutschlandbilder vermitteln* erfährt hierbei eine Verknüpfung mit dem Konferenztitel *Menschen bewegen* – eine attraktive, kulturell ausgestaltetes Außendarstellung soll die »besten Köpfe« der Welt für deutsche Universitäten und Unternehmen interessieren und somit aus dem Land ein führendes »Gravitationszentrum von Innovationsnetzwerken« machen.[26] In dieser Argumentationslinie erscheinen kulturpolitische Formate somit als Bausteine zur Entwicklung eines kommodifizierbaren Bildes von der »Innovationsnation Deutschland«[27], »wo die Kreativität zuhause ist«.[28] Eine fehlende Flexibilität – etwa bei der »gezielten Förderung von Existenzgründungen« – oder »Ausländerhass« in Deutschland werden hierbei als Standortnachteile im Kampf um die global mobilen Wissenseliten zum Problem.[29]

Deutlich sind allerdings Unterschiede zwischen beiden Konferenzen: Die Verbindung zwischen Deutschlandbildern, Ökonomie, Kulturpolitik und Zukunftsfähigkeit stellt auf der ersten Konferenz eine herausgehobene Argumentationslinie dar, um drei Jahre später – schon unter dem Eindruck der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise – zumindest aus den Diskussionen weitgehend zu verschwinden. Solche Unterschiede verweisen grundsätzlich auf die *allegorischen Potenziale von Schlüsselbegriffen*, die sich realisieren *können*, aber nicht *müssen*. Zugleich hat die Vorstellung der Entwicklung einer Markenidentität für »Deutschland« in anderen Formen, etwa durch die vorgestellte *Deutschlandkollektion*, auch auf der zweiten Konferenz Eingang gefunden und bleibt somit als Bedeutungskette präsent.

25 | So Frank-Walter Steinmeier, in: Menschen bewegen, Konferenzdokumentation 2006, S. 16f.

26 | So Henning Kagermann, in: Ebd., S. 29.

27 | Ebd., S. 30.

28 | So ein Diskussionsbeitrag, in: Ebd., S. 57.

29 | Ebd., S. 29.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Argumentationskette II: »Nationale Leitkultur« versus »Abschied vom Länderspiel«? – konzeptionelle Ausgangspunkte der kulturellen Selbstdarstellung

Entlang einer zweiten Argumentationskette lassen sich Debatten über die Grundlagen und Ausgangspunkte der Selbstdarstellung im Modus der Kultur nachzeichnen. Hier finden sich einerseits Positionen, die einen nationalkulturellen »Kanon« oder eine Selbstvergewisserung über »eigene Kultur« und »eigene Werte« als notwendige Basis einfordern. So formuliert etwa die Bundestagsabgeordnete Monika Grütters ihr Verständnis von kollektiv bindenden »Kulturen«, das auf Vorstellungen von Begrenzung, »Fundament« und Substanz aufbaut:

»Um Brücken zwischen den Kulturen zu bauen und neue Einflüsse aufzunehmen, bedarf es meiner Ansicht nach eines eigenen Grundverständnisses. Damit stoßen wir in die Diskussion über eine nationale Leitkultur. Ohne eigenes Fundament ethischer, kultureller oder religiöser Werte werden die Vorstellungen anderer Kulturen nicht greifbar, nicht verstehbar.«[30]

Hieran anknüpfend fordert ein Teilnehmer in der folgenden Diskussion, »Deutschland müsse sich seiner eigenen Identität bewusst werden und einen Kanon ausbilden, der im Ausland vorgestellt werden solle.«[31]

Andererseits zeigen sich Gegenpositionen, die aufgrund der sichtbaren Diversität und globaler Verflechtungen in Gegenwartsgesellschaften einem »statischen Begriff von Kultur« kritisch gegenüber stehen. So formuliert etwa der Minister: »Deswegen kann Auswärtige Kulturpolitik auch nicht mit Kultur als einem homogenen, nationalstaatlich eingegrenzten, fest stehenden Block oder Kanon von Werken, Werten oder kulturellen Waren arbeiten.«[32]

Verweise auf die Flexibilisierung nationaler Identitäten, die Bedeutung von Migrationsbewegungen oder auf die Normalität grenzüberschreitender kultureller Produktionen führen auch zu der Forderung nach einem »Abschied vom Länderspiel«[33] als der bisherigen Leitvorstellung Auswärtiger Kulturpolitik. Aus der Perspektive der kulturpolitischen Praxis werden Präsenzen und Strategien in Feldern diskutiert, in denen ein nationalkultureller Ansatz an Grenzen stößt: »Ist in Metropolen Platz für eine ›klassische nationale‹ Kulturpolitik? Wenn ja: wie müsste sie aussehen? Kommen wir unter Umständen mit einem projektbezogenen Ansatz weiter?«[34]

30 | Ebd., S. 66.

31 | Ebd., S. 73f.

32 | Ebd., S. 13.

33 | So Zafer Senocak, in: Ebd., S. 70f.

34 | Menschen bewegen, Konferenzdokumentation 2009, S. 29.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Auf den Konferenzen können also recht unterschiedliche Positionen zu kulturpolitischen Grundbegriffen, kulturellen Grenzen und Dynamiken auftauchen, sich mit etablierten Argumentationsfiguren verbinden, aber auch ohne größere Spuren wieder verschwinden. Hierbei werden Bezüge zu zeitgenössischen Diskussionen zu »Kultur« jenseits des Politikbereichs sichtbar. Aber gerade anhand der eher zaghaften Versuche, die Grundvorstellungen einer nationalkulturellen Repräsentation infrage zu stellen, zeigt sich nochmals, dass die Vermittlung einer kulturell darstellbaren »nationalen Spezifik« bisher den weitgehend gesetzten Kernauftrag des Politikbereichs ausmachte.

Argumentationskette III: »Kultur der Demokratie« – Projekte zur Universalisierung nationaler Spezifik?

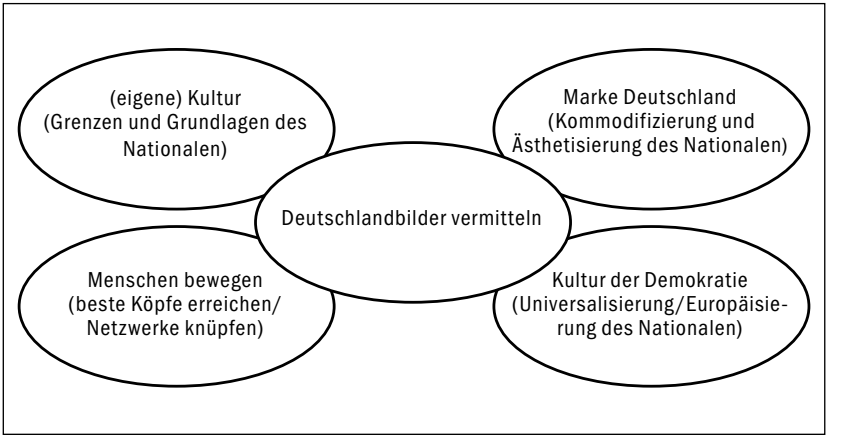
Drittens treten Bedeutungsketten hervor, die *Deutschlandbilder vermitteln* mit Kategorien verknüpfen, die keine klassischen Bestandteile des Kanons einer »deutschen Kulturnation«[35] darstellen, sondern eher den Vorstellungen einer Zugehörigkeit zu einer »westlichen Zivilisation«, einer »europäischen Kultur« oder auch zeitgenössischen Diskussionen im Kontext von internationalen Organisationen entstammen. So tauchen *Demokratie, Zivilgesellschaft oder Rechtsstaatlichkeit* als Elemente der Selbstbeschreibung auf, wie sich anhand der Einleitung zu dem Panel *Erste Schritte* zeigt: »Zu unserer Kultur zählt ohne Zweifel auch eine ›Kultur der Demokratie‹ und der Zivilität.«[36] Auch die Zielvorstellung *Konfliktprävention* führt zu solchen neuen Verbindungen, deren Ausgestaltung in den folgenden Abschnitten vertiefend untersucht wird. Fraglos zeigen sich hier Bemühungen, einen nationalstaatlichen Politikbereich auf neue Problemlagen und Arbeitsfelder hin auszurichten; Formulierungen wie »unsere Kultur« oder »unsere Werte« verweisen aber zugleich auf ein Festhalten an den etablierten Grundfiguren der kulturellen Selbstdarstellung.

Die *Konfiguration kultureller Bedeutungen*, die sich auf den beiden Konferenzen um die Metapher *Deutschlandbilder vermitteln* gruppiert, lässt sich zusammenfassend durch vier Diskussionsfelder darstellen, die auf jeweils komplexe Argumentationslinien verweisen und in der folgenden Illustration durch vier Schlagworte angedeutet werden:

35 | Siehe zum Begriff der »Kulturnation«: Irene Götz: Deutsche Identitäten, insbesondere S. 119ff.

36 | Menschen bewegen, Konferenzdokumentation 2009, S. 51.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND



2.2 Schlüsselbegriff und Konfiguration kultureller Bedeutungen II: Dialog oder »das oberste Prinzip Auswärtiger Kulturpolitik«

Dialog bildet den zweiten Schlüsselbegriff, der die Diskussionen auf den Konferenzen durchdringt und durch den Minister sogar als Leitgedanke des Politikbereichs angeführt wird: »Dialog ist das oberste Prinzip der Außenpolitik und auch der Auswärtigen Kulturpolitik.«[37] Die Metapher *Dialog* lenkt zunächst den Blick auf das offizielle und öffentlich gemachte Selbstverständnis deutscher Außenpolitik, das sich um Zielvorstellungen wie *Multilateralismus, Kooperation, Ausgleich und friedliche Konfliktlösung* gruppiert[38] und lässt sich zugleich mit dem Motiv der *Vermittlung von Deutschlandbildern* verbinden: Denn auch wenn *Dialog* nicht direkt auf die etablierten Bilder der »Kulturnation« verweist, so führt der Begriff dennoch zu den Formen einer impliziten Selbstdarstellung. *Dialog* bezeichnet ein »Prinzip« oder eine »Haltung« und steht somit für ein Idealbild von den eigenen Herangehensweisen, das – unabhängig von jeweiligen Inhalten – in die Repräsentationen Deutschlands auf globalen Bühnen einfließen soll.

Auch die Metapher *Dialog* besitzt auf den Tagungen eine spürbare Präsenz – ein dialogisches Prinzip findet sich bereits in Organisationsformen wieder und ist somit im Programmablauf erfahrbar: Arbeitsgruppen bilden hier den Rahmen zur Diskussion thematischer Schwerpunkte, zur Einbindung der Perspektiven unterschiedlicher Akteure sowie zur Erarbeitung von Ergebnissen, die hinterher zur weiteren Diskussion gestellt werden. *Dialog* führt hier also

37 | Menschen bewegen, Konferenzdokumentation 2006, S. 15.

38 | So in der Selbstdarstellung auf der Homepage des Auswärtigen Amtes zu den »Grundsätzen deutscher Außenpolitik« im Jahr 2009.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

auch zu spezifischen Regierungstechniken, die demonstrativ einbinden, zur Partizipation einladen und sich um das Knüpfen von Netzwerken bemühen. Die Metapher findet hierdurch Anschluss an den Konferenztitel *Menschen bewegen*, wie sich etwa anhand folgender Stellungnahme des Ministers zeigt:

»[...] wir wollen regelmäßig Verantwortliche aus vielen Bereichen zum Gespräch einladen. Eine Kultur des Dialogs auch zwischen uns und dem hier vertretenen Netzwerk etablieren. Um mit Ihnen gemeinsam Ideen zu sammeln und zu besprechen, neue Entwicklungen und Anforderungen zu diskutieren und gemeinsam in die Praxis umzusetzen.«[39]

Die Metapher *Dialog* verweist aber zugleich auf inhaltliche Überlegungen zu den Arbeitsformen, Ausgangspunkten und dem Selbstverständnis kultureller Vermittlung – für die Erarbeitung der *Konfiguration kultureller Bedeutungen*, die diesen zweiten Schlüsselbegriff umgibt, sind zwei Argumentationslinien von besonderer Relevanz.

Argumentationskette I: Variationen zum Thema Wechselseitigkeit – Was bedeutet Dialog in der kulturpolitischen Praxis?

So treten zunächst unterschiedliche Positionen zutage, was das Ideal von einem »dialogischen Prinzip« für die kulturpolitische Praxis bedeuten kann. In vielen Redebeiträgen finden sich Motive von einer *Wechselseitigkeit* oder vom *Kulturaustausch als Zweibahnstraße*, um erstrebenswerte Formen der kulturellen Vermittlung zu beschreiben. Entlang des Schlüsselbegriffs *Dialog* werden somit Ideal- und Selbstbilder einer policy community deutlich, der es erklärtermaßen nicht alleine um eine einseitige Präsentation von *Deutschlandbildern* im Ausland geht, sondern gleichfalls um die parallele Vermittlung kultureller Bilder, Perspektiven und Positionen nach Deutschland – nicht zuletzt um hierdurch das Land, seine kulturelle Szene und Identität zu internationalisieren. Dieser Zusammenhang zeigt sich in dem Verweis des Ministers auf das in Berlins Mitte entstehende *Humboldt-Forum* als einen Ort,

»wo sich nationales Kulturerbe, die Kulturen der Welt und Gäste aus aller Welt treffen. Wo wir den Weltkulturen einen gleichberechtigten Platz einräumen, in einen neuartigen Dialog mit den Kulturen der Welt eintreten wollen und auch für unsere eigene Gesellschaft klar machen können: unterschiedliche Herkunft und gemeinsame Zukunft, das sind keine Gegensätze.«[40]

Die Betonung von *Wechselseitigkeit* führt auch zu Überlegungen, wie mit den globalen politischen oder ökonomischen Asymmetrien, die kulturpolitische

39 | Menschen bewegen, Konferenzdokumentation 2006, S. 13.

40 | Menschen bewegen, Konferenzdokumentation 2009, S. 18.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Handlungsfelder offensichtlich durchziehen, umzugehen ist: Eine Bundestagsabgeordnete betont etwa, »Kulturdialog müsse auf Augenhöhe stattfinden und die Kultur der Zielländer unterstützen«.[41] In anderen Positionen wird *Dialog* noch weitergehend als ein mögliches Verfahren verstanden, um in einer heterogenen, konfliktreichen und hierarchischen Welt Gleichwertigkeit herzustellen.[42] In beiden Fällen bleibt allerdings offen, was dies für die praktische Umsetzung kultureller Vermittlung bedeuten kann.

An solche Überlegungen schließt sich direkt die Frage nach den jeweiligen Vorstellungen von den *Dialogpartnern* an. Einerseits zielt *Dialog* häufig auf Formen der Begegnung zwischen nationalstaatlichen Einheiten und leistet somit einen Beitrag zur Naturalisierung der etablierten Ideen vom »Normalzustand« des Kulturaustauschs im internationalen Rahmen: So benennt etwa der Minister die mit seinem türkischen Amtskollegen vereinbarte *deutsch-türkische Ernst-Reuter-Initiative* als ein Beispiel für die »dialogische Haltung« innerhalb der Auswärtigen Kulturpolitik.[43] Andererseits finden sich Argumentationsketten, die *Dialog* als einen Beitrag zur Veränderung solcher Vorstellungen von den Grundelementen des internationalen Kulturaustauschs betrachten. Das *Ideal von der kulturpolitischen Wechselseitigkeit* kann demnach zu der Relativierung des Bildes von der Existenz eines eindeutig abgrenzbaren »kulturellen Innen und Außen« führen, wie sich wiederum an einem Redebeitrag des Außenministers zeigen lässt:

»In einer globalisierten Welt sind Innen- und Außensicht kaum noch zu trennen. Wir brauchen die kreative Auseinandersetzung mit dem scheinbar Fremden. Nicht nur um scheinbar Fremdes besser zu verstehen. Sondern vor allem: um das je Eigene besser zu begreifen. Kreativität als Voraussetzung kulturellen – und wirtschaftlichen – Handelns braucht den Austausch, die Diskussion und die Differenzierung. Deswegen habe ich seit Beginn meiner Amtszeit einen Schwerpunkt gelegt auf Projekte, die eine Kultur des Dialogs unterstützen.«[44]

Entlang der Metapher *Dialog* werden somit gewisse Ambivalenzen einer Kulturpolitik sichtbar, die ursprünglich um die Zielsetzung der kulturellen Repräsentation eines Nationalstaates organisiert war, aber zugleich zunehmend mit politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Tendenzen zur Flexibilisierung solcher Vorstellungen konfrontiert wird.

41 | Ebd., S. 52.

42 | So im Prinzip: Naika Foroutan, in: Menschen bewegen, Konferenzdokumentation 2006, S. 149.

43 | Ebd., S. 15.

44 | Ebd., S. 14.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Argumentationskette II: Dialog, Kultur, Konflikt – Wissensarbeit einer policy community

Ein zweites Diskussionsfeld verknüpft *Dialog mit den Begriffen Kultur und Konflikt* und weist somit in die Richtung der in dieser Studie zentralen diskursiven Formation einer *Auswärtigen Kulturpolitik als Konfliktprävention*. In verschiedenen Stellungnahmen werden die Potenziale von *Kultur* und *Dialog* zur Konfliktbearbeitung betont und hieraus ein besonderer außenpolitischer Wert abgeleitet, wie sich anhand eines weiteren Redebeitrags des Ministers verdeutlichen lässt:

»Ich will Kultur nicht instrumentalisieren, nicht politisieren und insbesondere nicht überfordern. Aber ich weiß, dass Kultur etwas kann, was Politik nicht kann: Sie kann abseits der Alltagskonflikte und politischen Interessen die Steine sammeln für die Brückenpfeiler, über die Verständigung läuft, wenn sie stark genug sind. Das verstehe ich unter kulturellem Dialog: Ein Dialog, der fordert, aber auch hinhört.«[45]

Deutlich wird hier die Verfestigung der Hoffnung auf kulturelle Effekte in politisch schwierigen Konstellationen und somit auch der Vorstellung, dass kulturpolitische Maßnahmen zu einer positiven Bearbeitung von Konflikten eingesetzt werden können. Dieser Prozess der Verfestigung – etwa im Vergleich zu der in der Einleitung erwähnten Stuttgarter Konferenz im Jahr 2001 – zeigt sich auch anhand der unterschiedlichen Schwerpunkte der beiden Panels, die sich in den Jahren 2006 und 2009 dieser Verbindung von *Dialog, Kultur und Konflikt* widmen: Auf der ersten Konferenz stehen grundsätzliche Diskussionen zu der Bedeutung und möglichen Programmatik einer *Kultur des Dialoges in einer globalisierten Welt*[46] im Zentrum; im Jahr 2009 tritt hingegen ein eher praxisorientiertes Interesse in den Vordergrund – also ein Fokus auf sehr unterschiedliche, laborartig nebeneinandergestellte kulturpolitische Aktivitäten, Projektformen und institutionelle Arrangements sowie auf deren mögliche Wirkungen in verschiedenen Konfliktgebieten.

Der Gedanke einer *Auswärtigen Kulturpolitik als Konfliktprävention* hat sich somit etabliert, stellt sich aber zugleich nicht als das neue Leitmotiv des gesamten Politikbereichs dar, sondern als eines von mehreren wichtigen Themen, die jeweils in eine eigene Sektion verwiesen werden. Dabei wird anhand des Namens und der Beschreibung des Panels *Erste Schritte* deutlich, dass es – aus Perspektive des politischen Zentrums – weiterhin darum geht, Informationen zu sammeln, Erfahrungen auszutauschen und sinnvolle Maßnahmen zu eva-

45 | Menschen bewegen, Konferenzdokumentation 2009, S. 10.

46 | So der Titel der Arbeitsgruppe im Jahr 2006; siehe hierzu die Dokumentation des Panels in: Menschen bewegen, Konferenzdokumentation 2006, S. 142ff.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

luieren. Der Prozess der Etablierung der kulturpolitischen Zielsetzung *Konfliktprävention* zeigt sich demnach als nicht abgeschlossen:

»Wo Politik trennt, kann Kultur einen Raum zumindest der Begegnung, vielleicht auch der Verständigung schaffen. Deshalb haben wir in den vergangenen Jahren die Instrumente der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik verstärkt in Regionen eingesetzt, die von inner- oder zwischenstaatlichen Konflikten und Spannungen geprägt sind: um Sprachlosigkeit zu überwinden und Dialoge zu beginnen bzw. fortzusetzen. [...] Über diese ersten Schritte haben wir gesprochen, über die daraus gewonnenen Erfahrungen, aber auch über neu einzuschlagende Wege der Kultur- und Bildungsarbeit in Krisen- und Konfliktregionen.«[47]

Dialog wird in diesen Panels somit auch als eine Vorgehensweise genutzt, um innerhalb der policy community neues Wissen zu erarbeiten: etwa zu dem Charakter unterschiedlicher Konfliktkonstellationen und den jeweiligen kulturpolitischen Interventionsmöglichkeiten; zu Formen der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Politik- und Wissensfeldern wie etwa *Auswärtige Kulturpolitik, Entwicklungszusammenarbeit und zivile Konfliktbearbeitung*; aber auch zu passenden Projektformaten in der konkreten Arbeitspraxis. Das Bild einer dialogischen Wissensproduktion innerhalb der Auswärtigen Kulturpolitik und ihr möglicher Beitrag zu globalen Politikfeldern und Austauschprozessen lässt sich anhand der Position eines Diskussionsteilnehmers verdeutlichen:

»Unsere ›globalisierte Welt‹ ist aber (noch) keine Welt der gegenseitigen Kenntnis. In dieser Welt erleben wir heute weniger einen Zusammenstoß der Kulturen oder der Zivilisationen, der ›den Westen‹ gegen die ›arabisch-muslimische Welt‹ in Stellung bringen würde – ein Kulturkampf findet eher innerhalb der arabischen und muslimischen Gesellschaften statt –, als vielmehr eine gegenseitige kulturelle Ignoranz (wenig echtes Wissen, viele ›Eindrücke‹) und Indifferenz gegenüber den anderen Kulturen, ihren Leistungen, Werten, Ängsten, Leiden oder Problemen. Kulturdialog bedeutet tatsächlich eine wichtige Möglichkeit, diesen Missstand zu beheben. Aber: Echte Konflikte sind kaum durch Kulturaustausch oder -dialog lösbar.«[48]

Dialog wird in dieser Stellungnahme weniger als eine statische Gesprächskonstellation zwischen abgrenzbaren Kulturen verstanden, sondern als eine dynamische epistemologische Unternehmung, die ein zentrales Problem – »Unwissen« – zu bearbeiten hilft. In anderen Stellungnahmen wird hingegen die Position von der Notwendigkeit eines »Dialogs mit der islamisch geprägten

47 | Menschen bewegen, Konferenzdokumentation 2009, S. 51.

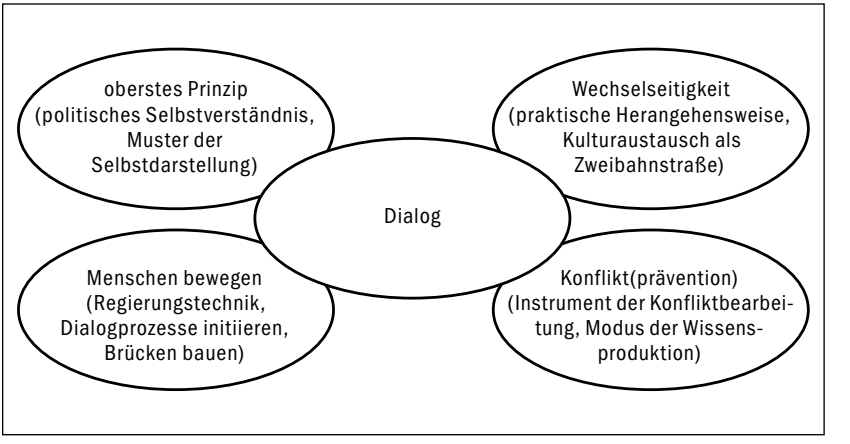
48 | Volker Perthes, in: Menschen bewegen, Konferenzdokumentation 2006, S. 144.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Welt als eine der größten Herausforderung für die Auswärtige Kulturpolitik«[49] vertreten und somit das Gegenbild von sich gegenüberstehenden Kulturen oder Zivilisationen als relevantem globalen Ordnungsprinzip aufgerufen.

Gerade entlang der diskursiven Verknüpfungen von *Dialog, Kultur und Konflikt* zeigt sich Auswärtige Kulturpolitik als ein produktives Feld: Auch wenn diese Argumentationsfigur nicht zu einem klar ausformulierten Aktionsprogramm führt, so werden Tendenzen der Ausdehnung des Zuständigkeitsbereichs, der Verflechtung mit grundlegenden politischen Problemstellungen, zum Austesten von Herangehensweisen, Techniken und Instrumenten und gleichfalls die Suche nach Möglichkeiten zur Erweiterung außenpolitischer Handlungsspielräume sichtbar.

Auch die *Konfiguration kultureller Bedeutungen*, die sich auf diesen Tagungen um die Metapher *Dialog* entwickelt, lässt sich durch vier Diskussionsfelder andeuten, die wiederum auf sich anschließende Argumentationslinien verweisen:



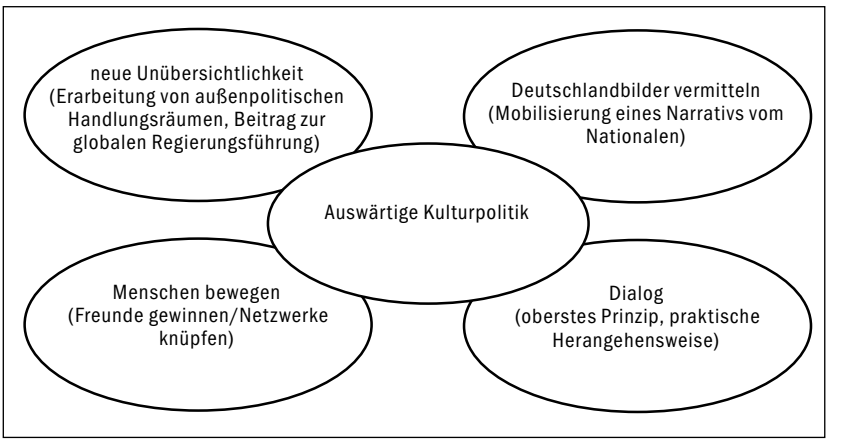
49 | So der Generalsekretär einer Mittlerorganisation, in: Ebd., S. 153.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

2.3 Politische Rationalitäten Auswärtiger Kulturpolitik

Zum Verständnis der imaginären Dimensionen Auswärtiger Kulturpolitik sind insbesondere auch die bereits herausgestellten Verbindungslinien zwischen den beiden Metaphern und Konfigurationen von Relevanz. So zeigte sich einerseits, dass *Dialog* auch als ein Modus der kulturellen Selbstdarstellung gelesen werden kann und sich somit mit der Zielvorstellung *Vermittlung von Deutschlandbildern* verbinden lässt. Andererseits wurde deutlich, dass Idealvorstellungen von einer *Kultur des Dialogs* oder einer *Kultur der Demokratie und der Zivilität* in solche Muster der Selbstdarstellung einfließen und den etablierten Kanon der »Kulturnation« zu flexibilisieren vermögen. Die Figuren *Konfliktprävention* oder *Förderung von Dialogprozessen* führen daher nicht zu einer Abkehr von der etablierten Absicht einer *Vermittlung von Deutschlandbildern*, sondern sie lassen sich mit ihr verweben und tragen letztlich zu einer Erweiterung ihrer allegorischen Möglichkeiten – also ihrer potenziellen Anschlüsse in unterschiedlichen Diskurs- oder Praxisfeldern – bei.

Auf dieser Basis lassen sich die beiden Konfigurationen kultureller Bedeutungen zu einer *Skizze des offiziellen Narrativs* Auswärtiger Kulturpolitik zusammenfügen, die zentrale Argumentationsketten zu Auftrag, Legitimität und Handlungsfeldern des Politikbereichs illustriert. Hierbei ist die Bemerkung wichtig, dass Kultur als zentrale Größe im mittleren Feld enthalten ist und somit in alle sich anschließenden Argumentationsketten hineinreicht:



https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Vor diesem Hintergrund möchte ich nun die *politischen Rationalitäten* herausarbeiten, die anhand dieser Konfigurationen sichtbar werden. Mir geht es hierbei um *Regulierungs-, Gestaltungs- und Ordnungsansprüche*, die sich in dem Politikbereich formieren und im Rahmen seiner imaginären Dimension rationalisiert werden – anders ausgedrückt: um Formen der Machtausübung, die innerhalb des politischen Narrativs als legitim, vernünftig, logisch oder angemessen erscheinen. Auf Basis der Diskussionen auf den beiden Berliner Konferenzen lassen sich drei Rationalitätstypen identifizieren.

Rationalitätstyp I: Deutschland global repräsentieren und positionieren

Ein erster Rationalitätstyp besteht in dem Anliegen, die Präsenzen »Deutschlands« in globalen, internationalen oder lokalen Kontexten durch kulturelle Repräsentationsformen zu vergrößern und aktiv zu steuern. Dieser Regulierungsanspruch bewegt sich dabei in einer Dynamik zwischen weitgehend naturalisierten Ausgangspunkten – etwa der Vorstellung von einer darstellbaren »nationalen Spezifik« und der Existenz eines »kulturellen Wirs« – und einer Suche nach neuen Anschlüssen oder Bezugnahmen, die auch Potenziale zur Öffnung und Flexibilisierung etablierter Grundfiguren mit sich bringt.

Dieser Rationalitätstyp manifestiert sich einerseits in der fortwährenden Ausgestaltung eines Narrativs vom Nationalen, das aus Bildern, kulturellen Positionen, Erfahrungen, Geschichtsbezügen, ästhetischen Arrangements, Herangehensweisen oder Erwartungen zusammengefügt sowie global mobilisiert wird und hierdurch symbolische Präsenzen schafft; er manifestiert sich andererseits in der kontinuierlichen Finanzierung und Entwicklung einer Infrastruktur aus Kulturinstituten, akademischen Repräsentanzen, Austauschprogrammen oder Ansprechpartnern, um in den unterschiedlichsten Ländern, in lokalen und institutionellen Kontexten greifbar zu sein. Gerade diese *Verflechtungen aus symbolischen und materiellen Präsenzen* stellen Grundbestandteile kulturpolitischer Strategien dar, die auf den Ausbau von weltweiten Verbindungen und hierdurch zugleich auf die Positionierung und Repräsentation Deutschlands im Modus der Kultur abzielen.

Die Wirkmächtigkeit dieser Rationalität zeigte sich auf den Konferenzen insbesondere in den Bemühungen um neue Anschlussmöglichkeiten – zur Illustration sei an drei Beobachtungen erinnert: das aktive Werben um neue Partner zur Erweiterung des kulturpolitischen Netzwerkes; die Versuche, »Kultur« für die Produktion einer positiven, ästhetisierten und kommodifizierbaren »Markenidentität Deutschlands« nutzbar zu machen, um internationale Unternehmen und mobile Wissenseliten anzuziehen; und die Tendenzen, Vorstellungen von »unserer Kultur« mit »westlichen« oder »universalen« Werten zu verknüpfen, auch um hierdurch flexiblere Positionierungen auf globalen Bühnen zu ermöglichen.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Rationalitätstyp II: Außenpolitische Handlungsspielräume erweitern

Ein zweiter Rationalitätstyp wird anhand der Verweise auf gegenwärtige geopolitische Transformationen sichtbar – also etwa anhand der Sprechformen von der »neuen Unübersichtlichkeit« in einer »multipolaren Welt«, in der »Krisen und Konflikte [...] nicht weniger geworden sind« oder von den »wachsenden internationalen Erwartungen an das wiedervereinte Deutschland.« In solchen Argumentationsfiguren manifestiert sich das Anliegen deutscher außenpolitischer Eliten, stärker an der Diskussion und Regulierung globaler Problem- und Konfliktfelder mitzuwirken und hierdurch *Handlungsspielräume in internationalen Kontexten zu gewinnen*. Die Strukturen, Netzwerke, Herangehensweisen und Instrumente eines ursprünglich auf nationalkulturelle Repräsentationen ausgerichteten Politikbereichs werden vor diesem Hintergrund neu perspektiviert und auf ihr Potenzial zur Teilnahme an Diskursen, Mechanismen und Handlungsfeldern einer entstehenden globalen Regierungsführung hin befragt. Die Äußerung eines leitenden Mitarbeiters des Auswärtigen Amtes im Hinblick auf aktuelle Konfliktherde in Afghanistan und im Irak illustriert diesen Regulierungs- und Gestaltungsanspruch besonders gut: »Was kann man mit den Mitteln der Kultur hier erreichen?«

Entsprechend zeigte sich dieser Rationalitätstyp auf den Konferenzen am deutlichsten an den Diskussionen zu den Möglichkeiten einer konfliktpräventiven Auswärtigen Kulturpolitik: Der Politikbereich berührt hier besonders spürbar Grenzen seiner ursprünglichen konzeptionellen Ausrichtung; deutsche Außenpolitik kann genau hierdurch neue inhaltliche und praktische Anschlussmöglichkeiten an internationale Missionen in »Krisen- und Konfliktgebieten« gewinnen. Gleichzeitig lassen sich innerhalb dieser Rationalität Argumentationen entwickeln, um (kultur-)politische Interventionen Deutschlands in instabilen Regionen plausibel zu machen. Sichtbar wurde auch, dass es bei solchen Überlegungen ebenfalls um einen möglichen Reputationsgewinn auf internationalen Bühnen geht, der hier allerdings eher durch die Demonstration von Kooperationsbereitschaft und globalem Verantwortungsbewusstsein und weniger durch Verweise auf einen nationalkulturellen Kanon erzielt werden soll.

Rationalitätstyp III: Menschen erreichen, mobilisieren und verändern

Drittens zeigt sich ein Rationalitätstyp, der im Prinzip weltweit Individuen und Gruppen in sehr unterschiedlichen lokalen, regionalen oder institutionellen Kontexten fokussieren kann: Kulturpolitische Maßnahmen und Programme erscheinen hierbei als Möglichkeiten, um *Perspektiven, Einstellungen oder sogar Verhaltensweisen zu verändern*. Diese Rationalität manifestiert sich etwa in Zielvorstellungen und Argumentationslinien, die in diesem Kapitel bereits

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

entlang des Konferenztitels *Menschen bewegen* und den beiden Schlüsselbegriffen vorgestellt worden sind: So soll das Interesse von spezifischen Personen an Deutschland, deutscher Sprache oder Kultur geweckt werden; (zukünftige) Eliten sollen zur Aufnahme eines Studiums oder einer Beschäftigung in Deutschland ermutigt werden; es gilt, »Freunde für Deutschland« weltweit zu gewinnen oder Angehörige von Konfliktparteien zur Teilnahme an *Dialogprozessen* zu bewegen; »Werte« wie »Offenheit«, »Toleranz«, »Menschenrechte« oder Formen friedlicher Konfliktlösung sollen im globalen Rahmen verbreitet und »Brücken errichtet« werden, über die Individuen und Kollektive »Verständigung« suchen können.

Von Interesse ist zunächst, dass in solchen Formulierungen sehr unterschiedliche Subjektpositionen hervorgerufen werden: So tauchten in einzelnen Redebeiträgen etwa Schülerinnen und Schüler, Studierende, »zukünftige Entscheidungsträger«, Bewohner von Konfliktgebieten, ehemals verfeindete Kollektive oder »Eliten« als potenzielle Zielgruppen auf. Zwei weitere Aspekte sind bemerkenswert: Einerseits kann das Ausmaß einer möglichen Mobilisierung von »Interesse wecken« über »Freunde gewinnen« bis zu »Verhaltensweisen ändern« sehr unterschiedlich gedacht werden; andererseits adressiert die Kulturpolitik eines europäischen Nationalstaates hier explizit Perspektiven, Einstellungen und Verhaltensweisen von Akteursgruppen jenseits seiner eigenen Grenzen. Diese Rationalitätsform lässt somit *Interventionen im Modus der Kultur* im internationalen Rahmen und in lokalen Kontexten legitim erscheinen.

Perspektivierung: Historische Entwicklungslinien, urbane Bühnen und Übersetzungsketten des politischen Narrativs

So etwa stellen sich also die imaginären Dimensionen Auswärtiger Kulturpolitik auf zwei Berliner Konferenzen dar. Im Zentrum stehen zwei diskursive Formationen, die sich um die beiden Schlüsselbegriffe *Deutschlandbilder vermitteln* und *Dialog* gruppieren und weitreichende Regulierungs-, Gestaltungs- und Ordnungsansprüche plausibel erscheinen lassen. Auf dieser Basis lässt sich bereits an dieser Stelle formulieren, dass die Figur *Auswärtige Kulturpolitik als Konfliktprävention* – deren Auftauchen um die Jahrtausendwende den Ausgangspunkt dieser Studie bildet – offenbar nicht zu einem grundlegenden Paradigmenwechsel in den Diskussions- und Begründungszusammenhängen des Politikbereichs geführt hat. Sie wird vielmehr sukzessive als ein dynamisches Element in ein politisches Narrativ inkorporiert, dem weiterhin durch längerfristig etablierte Schlüsselbegriffe die maßgebliche Struktur gegeben wird. Dennoch wurde sichtbar, wie gerade Bezugnahmen auf *Konfliktprävention, Demokratie* oder *Förderung von Menschenrechten* als neue kulturpolitische Zielhorizonte die *allegorischen Möglichkeiten* dieses Narrativs vergrößern: zum

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

einen im Hinblick auf die Formen und Techniken der kulturellen Selbstdarstellung; zum anderen im Hinblick auf die Verknüpfung der etablierten kulturpolitischen Infrastruktur mit Problemstellungen und Handlungsfeldern einer globalen Regierungsführung, die sich gegenwärtig insbesondere im Umgang mit »instabilen Regionen« oder »Konfliktgebieten« entwickelt. Entlang dieser Suche der policy community nach neuen thematischen Verbindungen, Herangehensweisen und Tätigkeitsfeldern sowie den damit verbundenen diskursiven Bewegungen lassen sich somit auch die Prozesshaftigkeit und Produktivität dieses Politikbereichs illustrieren.

Bevor ich mich im dritten Kapitel dieses Buches der Frage nach der Bedeutung solcher Schlüsselbegriffe, Konfigurationen kultureller Bedeutungen und politischer Rationalitäten für die Arbeitspraxis von Kulturmittlern in Ramallah, Tel Aviv und Sarajevo zuwende, verfolge ich diese diskursiven Formationen in den verbleibenden Abschnitten dieses Kapitel durch drei weitere Arenen des Politikbereichs: Im nächsten Textteil statte ich sie mit einer historischen Tiefenschärfe aus, indem ich anhand von *Regierungsdokumenten* seit den 1970er Jahren kontinuierliche Entwicklungslinien und einzelne Brüche des politischen Narrativs aufzeige; im Abschnitt II.4. zeichne ich am Beispiel einer hochkarätigen Konferenz des Goethe-Instituts in Berlin Übersetzungen und Effekte des politischen Narrativs auf *urbanen Bühnen* nach; auf dieser Basis arbeite ich im Abschnitt II.5 die *grundlegende epistemologische Ordnung* des politischen Narrativs – nämlich die Unterteilung von »Kultur« in einen »inneren« und einen »äußeren Raum« – heraus und frage nach deren Beziehung zu den Infrastrukturen des Politikbereichs. Im letzten Abschnitt des Kapitels (II.6) wende ich mich dann den translokalen Übersetzungsketten zu, über die Schlüsselbegriffe und Zielvorstellungen, aber auch Ressourcen und Menschen in die Einsatzgebiete Auswärtiger Kulturpolitik wandern.

3. Entwicklungslinien: Begründungsfiguren Auswärtiger Kulturpolitik in Regierungsdokumenten

Auch in diesem Abschnitt knüpfe ich an die Überlegungen zu dem Forschungsprogramm einer *Anthropology of Policy* (Kapitel I.2) an, indem ich diskursive Verschiebungen und Kontinuitäten in der imaginären Dimension Auswärtiger Kulturpolitik nunmehr anhand von Regierungsdokumenten untersuche. Hierbei gehe ich davon aus, dass gerade in einem Politikbereich, der primär durch staatliche Gelder ermöglicht wird, solchen offiziellen Papieren nochmals eine besondere Bedeutung zukommt: Denn hier werden die »staatlich anerkannten Probleme«[50], um deren Bearbeitung es gehen soll, gewissermaßen als verbind-

50 | Pierre Bourdieu: Die Praxis der reflexiven Anthropologie, S. 271f.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

liche Referenzpunkte und »Tatsachen« gesetzt. Im Zentrum der folgenden Analyse stehen vier Regierungsdokumente, von denen die zwei älteren in der Bonner Republik und somit zur Zeit des Kalten Krieges entstanden sind: einerseits die im Jahre 1970 durch das Auswärtige Amt formulierten *Leitsätze für die auswärtige Kulturpolitik*;[51] andererseits die 1977 verfasste *Stellungnahme der Bundesregierung zu dem Bericht der Enquete-Kommission »Auswärtige Kulturpolitik« des Deutschen Bundestages*, die zwischen 1970 und 1975 getagt und umfangreiche Empfehlungen zur Entwicklung des Politikbereichs formuliert hatte.[52] Die beiden jüngeren Dokumente sind hingegen nach der deutschen Vereinigung in der Berliner Republik entstanden: zum einen das während der rotgrünen Regierungszeit im Jahr 1999 durch das Auswärtige Amt verfasste Papier *Auswärtige Kulturpolitik – Konzeption 2000*;[53] zum anderen die 2007 dem Parlament übermittelte *Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen zur Auswärtigen Kulturpolitik* aus der Regierungszeit der damaligen großen Koalition.[54]

Es handelt sich also um zwei Dokumente, die das Auswärtige Amt erklärtermaßen als Grundsatzpapiere veröffentlicht hat, sowie um zwei weitere Papiere, die durch die jeweilige Bundesregierung als Reaktion auf Anfragen oder Vorschläge parlamentarischer Gremien verfasst wurden. Zur weiteren Bestimmung der Bedeutung dieser Dokumente ist der Hinweis wichtig, dass die Ausarbeitung eines den gesamten Politikbereich fokussierenden konzeptionellen Grundlagenpapiers ein eher seltenes Projekt ist. So veröffentlichte das Auswärtige Amt zwischen den *Leitsätzen* und der *Konzeption 2000* über einen Zeitraum von 30 Jahren kein entsprechendes Dokument.[55]

In der Beschäftigung mit diesen vier Papieren orientiere ich mich an drei Frageperspektiven: zunächst suche ich nach den zentralen Erzählsträngen des politischen Narrativs und frage nach deren Konstanz und Veränderung

51 | Auswärtiges Amt: Leitsätze für die auswärtige Kulturpolitik. Bonn 1970.

52 | Deutscher Bundestag (Hrsg.): Stellungnahme der Bundesregierung zu dem Bericht der Enquete-Kommission »Auswärtige Kulturpolitik« des Deutschen Bundestages. Drucksache 8/927. Bonn 1977.

53 | Auswärtiges Amt: Auswärtige Kulturpolitik – Konzeption 2000. Berlin 2000.

54 | Deutscher Bundestag (Hrsg.): Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Dr. Uschi Eid, Marieluise Beck (Bremen), Birgitt Bender, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 16/4024. Berlin 2007.

55 | Allerdings hat sich diese Situation dadurch verändert, dass das Auswärtige Amt seit der Jahrtausendwende Jahresberichte zur Auswärtigen Kulturpolitik publiziert hat, die zwar keinen grundlegend konzeptionellen Anspruch verfolgen, aber Zielsetzungen und Praxis des Politikbereichs öffentlich nachvollziehbar darstellen und somit die Diskurse »amtlicherseits« laufend fortschreiben.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

durch die Jahrzehnte; zweitens analysiere ich Genealogien, Ausmaß und Konsequenzen der diskursiven Verschiebungen hin zu einer konfliktpräventiven Auswärtigen Kulturpolitik; und drittens dokumentiere ich Bedeutungen und Argumentationslinien, welche zentrale Metaphern des Politikbereichs über die Jahre akkumuliert haben. Hierzu verfolge ich insbesondere die bereits bekannten Schlüsselbegriffe *Deutschlandbilder vermitteln* und *Dialog* durch die vier Dokumente. Bevor ich mich mit diesen Metaphern, Leitmotiven und narrativen Veränderungen beschäftige, wende ich mich aber zunächst der Frage zu, wie innerhalb dieser Papiere Auswärtige Kulturpolitik in Beziehung zu den übergreifenden Zielsetzungen einer nationalstaatlichen Außenpolitik gesetzt wird. Diese Perspektive führt automatisch zu den jeweiligen Wahrnehmungsmustern von der politischen und kulturellen Ordnung der Welt, von der internationalen Stellung der Bundesrepublik Deutschland und somit von den geopolitischen Rahmenbedingungen deutscher Außenpolitik. Deutliche Veränderungen in diesen Wahrnehmungsmustern erklären auch gewisse Schwerpunktverlagerungen in dem politischen Narrativ von dem Auftrag und den Potenzialen Auswärtiger Kulturpolitik.

3.1 Ausgangspunkte: Außenpolitische Zielsetzungen und geopolitische Wahrnehmungsmuster

Aus Perspektive des Auswärtigen Amtes wird Auswärtige Kulturpolitik durchgängig als ein integraler Bestandteil deutscher Außenpolitik und somit auch als ein Instrument zur Durchsetzung deutscher Interessen verstanden. Diese Einordnung wird in ähnlichen Formulierungen in allen Papieren herausgestellt. In den *Leitsätzen* aus dem Jahr 1970 heißt es hierzu etwa: »Unsere auswärtige Kulturpolitik ist internationale Zusammenarbeit im kulturellen Bereich. Sie ist Teil unserer Außenpolitik, einer Außenpolitik, die der Sicherung des Friedens in der Welt dienen will.«[56]

Grundlegende außenpolitische Zielsetzungen wie die »internationale Verständigung«, »das politische Zusammenwachsen Europas«, »Friedenssicherung und eine realistische Entspannungspolitik« oder der »Interessensausgleich zwischen Industrie- und Entwicklungsländern« werden sieben Jahre später gleichfalls als Orientierungspunkte für »die Konzeption der auswärtigen Kulturpolitik und ihre Gestaltung im einzelnen« angeführt.[57]

Auch um die Jahrtausendwende werden Ausgangspunkt und Zielhorizont des Politikbereichs in der *Konzeption 2000* sehr ähnlich definiert – allerdings stechen explizite Verweise auf deutsche Interessen nun deutlicher hervor:

56 | Leitsätze, 1970, S. 5.

57 | Stellungnahme der Bundesregierung, 1977, S. 4f.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

»Die Auswärtige Kulturpolitik ist integraler Teil unserer Außenpolitik. Sie ist an den allgemeinen Zielen und Interessen der deutschen Außenpolitik – Sicherung des Friedens, Konfliktverhütung, Verwirklichung der Menschenrechte, partnerschaftliche Zusammenarbeit – ausgerichtet und unterstützt sie.«[58]

Wenn auch zum Teil leicht veränderte Formulierungen gewählt werden, so bleiben die grundlegenden außenpolitischen Zielhorizonte sehr ähnlich: *Frieden, Ausgleich, Verständigung, Kooperation und Europäische Integration* bilden durch die Jahrzehnte die zentralen Begriffe, an denen sich auch die Konzipierung und Umsetzung Auswärtiger Kulturpolitik zu orientieren hat. Die Zielsetzung *Förderung der Menschenrechte* taucht in den 1970er Jahren bereits vereinzelt auf, rückt aber in den jüngeren Dokumenten, gemeinsam etwa mit *Demokratieförderung* oder *Konfliktprävention,* spürbar in den Vordergrund – ein Zusammenhang der im weiteren Verlauf dieses Abschnitts größere Beachtung finden wird.

Entsprechend setzen Regierungsvertreter und Ministerialbeamte also den politischen Rahmen und beanspruchen die Verantwortung für die Übereinstimmung Auswärtiger Kulturpolitik mit den außenpolitischen Zielen der Bundesrepublik. Die steuernde Rolle des Auswärtigen Amtes wird im Jahr 2007 über seinen »verfassungsmäßigen Auftrag insgesamt für die Sicherstellung einer kohärenten Außenpolitik Sorge zu tragen« begründet und als Legitimationsbasis des Politikbereichs festgeschrieben.[59] In ähnlicher Weise wird 1977 formuliert: »Die Bundesregierung muß, auch wenn sie die Durchführung der auswärtigen Kulturpolitik teilweise anderen Stellen übertragen hat, stets die Übereinstimmung dieser Maßnahmen mit der Außenpolitik garantieren können.«[60]

Gleichzeitig finden sich durchgängig deutliche Relativierungen einer anklingenden Unterordnung von »Kultur« unter (außen-)politische Interessen – auch hier zeigen sich spürbare Kontinuitäten, so heißt es 1977: »Diese Orientierung der auswärtigen Kulturpolitik an den außenpolitischen Zielen darf nicht als Absicht der Bundesregierung mißverstanden werden, sie wolle die Kultur zur ›Magd‹ des Politischen oder gar ihrer Außenpolitik machen.«[61]

Die Unabhängigkeit der »Mittlerorganisationen« in ihrer Programmgestaltung wird durch die Jahrzehnte hinweg als Beitrag zur Sicherung der Autonomie der Kultur trotz übergeordneter politischer Zielsetzungen genannt. In der *Konzeption 2000* ist hierzu zu lesen:

58 | Konzeption 2000, S. 1.

59 | Antwort der Bundesregierung, 2007, S. 15.

60 | Stellungnahme der Bundesregierung, 1977, S. 6.

61 | Ebd., S. 5.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

»In Deutschland herrscht Kulturfreiheit; es gibt keine Staatskultur. Pluralismus und regierungsferne Organisation der Mittler garantieren Vielfalt und Unabhängigkeit der Kulturarbeit im Ausland. Die Mittler setzen die Leitlinien der Auswärtigen Kulturpolitik der Bundesregierung differenziert nach ihren jeweiligen Aufgabenprofilen und Programmstrukturen um.«[62]

Deutlich wird hier somit ein durch die Jahrzehnte etabliertes, kontinuierliches Motiv des politischen Narrativs – eine Denklogik, die Auswärtige Kulturpolitik über ihren Beitrag zu übergreifenden außenpolitischen Zielsetzungen und Interessen legitimiert, gleichzeitig aber die Unabhängigkeit der »Kultur« von staatlicher Dominanz und Einflussnahme betont – die institutionelle Eigenständigkeit der Mittlerorganisationen wird als zentraler Beitrag angeführt, um diese Ambivalenz in der Praxis durchzusetzen.

Deutlich wird aber auch der Zusammenhang zwischen den Begründungen der zentralen außenpolitischen Zielsetzungen und den Wahrnehmungsmustern von geopolitischen Rahmenbedingungen sowie der internationalen Position Deutschlands. Anhand der Dokumente lässt sich hier eine entscheidende Transformation ablesen: In den ersten beiden Papieren erscheint die Welt zwar durch den Kalten Krieg prinzipiell gespalten, aber dennoch durch eine relativ stabile Struktur geordnet. Dies manifestiert sich etwa in dem Aufbau der *Stellungnahme* aus dem Jahr 1977, die »Schwerpunkte der auswärtigen Kulturpolitik« anhand von drei voneinander abgegrenzten geopolitischen Räumen diskutiert: »Westliche Industriestaaten«, »Osteuropa und Sowjetunion« sowie »Entwicklungsländer«.[63]

In den jüngeren Dokumenten erscheint hingegen das – auch auf den beiden Konferenzen gezeichnete – Bild einer grundlegend neuen Konstellation, deren Konturen erst allmählich erkennbar werden: Das »Ende der Blockkonfrontation«, zunehmende »internationale Interdependenzen«, »Globalisierung«, die Entstehung »neuer politischer, wirtschaftlicher, aber auch kultureller Gravitationszentren« sind einige der Schlagworte, durch welche die »neuen Unübersichtlichkeiten« der Weltordnung nun beschrieben werden. Diese Veränderungen gelten als Gründe für die Notwendigkeit neuer konzeptioneller Überlegungen zur Auswärtigen Kulturpolitik:

»Die für die deutsche Außenpolitik spezifischen Bedingungen der Nachkriegszeit sind nicht mehr bestimmend. Die besondere Herausforderung an unsere Auswärtige Kulturpolitik, die sich aus der Existenz zweier deutscher Staaten und der Konfrontation der Blöcke ergab, ist Geschichte. Das wiedervereinigte Deutschland sieht sich weiter wach-

62 | Konzeption 2000, S. 2.

63 | Stellungnahme der Bundesregierung, 1977, S. 15ff.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

senden internationalen Erwartungen gegenüber und ist bereit, eine gestaltende Rolle zu übernehmen.«[64]

Aus Perspektive des politischen Zentrums gilt es, den Politikbereich also an die neue globale (Un-)Ordnung sowie an die sich vergrößernden internationalen Erwartungen an das vereinte Deutschland anzupassen. Diese unübersichtliche Weltlage wird im folgenden Zitat noch deutlicher als neue Rahmenhandlung des Politikbereichs sichtbar:

»Die mit der Globalisierung einhergehenden Veränderungen bieten viele neue Chancen, lösen aber auch Verunsicherung und Abwehrreaktionen aus, vor allem jener Staaten und Bevölkerungsgruppen, die durch diese Entwicklung marginalisiert zu werden drohen. Die globale Angleichung der Alltagskultur führt zum Verblassen zahlreicher Regionalkulturen und als Gegenreaktion zur Besinnung auf tradierte Kulturformen bis hin zu religiös und kulturell begründeten Konflikten.«[65]

Vor diesem Hintergrund tritt in der *Antwort der Bundesregierung* aus dem Jahr 2007 deutlich eine neue geopolitische Bruchlinie hervor, die in den Dokumenten der 1970er Jahre, bezeichnenderweise aber auch in der um die Jahrtausendwende verfassten *Konzeption 2000,* nicht existierte: Der »Islam« wird nun als ein »kulturelles Phänomen«, als ein »kultureller Raum« und auch als ein (kultur-)politisches »Problem« sichtbar.[66] Innerhalb weniger Jahre wurde somit nicht nur die Vorstellung von den »islamisch geprägten Ländern« etabliert, sondern auch eine diskursive Verknüpfung zwischen »Konflikten«, »Terrorismus« und »Islam«, die einer besonderen kulturpolitischen Reaktion bedürfe, als neues Motiv des politischen Narrativs entwickelt. Drastischer als in den Formulierungen der Bundesregierung selbst, zeigt sich diese Verbindung in der *Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen*: »Erforderlich wurde in jüngster Zeit auch – insbesondere mit dem weltweiten Auftreten des islamischen Terrors – eine intensivierte Kommunikation zwischen den Kulturen und der Aufbau von kulturpolitischen Dialogstrukturen auf internationaler Ebene.«[67]

Die Bundesregierung verweist in ihrer *Antwort* auf die »im Gefolge des 11. September 2001« erfolgte Einrichtung des »Politikschwerpunkt ›Dialog mit der islamischen Welt‹«, dessen Ziel es sei, »durch spezifische Projekte das gegenseitige Verständnis zwischen westlicher und islamisch geprägter Welt zu

64 | Konzeption 2000, S. 2f.

65 | Ebd., S. 3.

66 | In der Stellungnahme der Bundesregierung aus dem Jahr 1977 ist stattdessen etwa vom »Europäisch-Arabischen Dialog« die Rede. Siehe: Ebd., S. 25.

67 | Vorbemerkung der Fragesteller, in: Antwort der Bundesregierung, 2007, S. 1.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

verbessern«[68] und verdeutlicht somit die Entwicklung neuer kulturpolitischer Handlungsfelder, die aus einer veränderten Problemwahrnehmung entstanden sind. Gleichfalls werden die Möglichkeiten einer *Auswärtigen Kulturpolitik als Konfliktprävention* in diesem Dokument fast ausschließlich im Hinblick auf die »islamische Welt« diskutiert. Die um die Jahrtausendwende entstandene, damals geografisch noch nicht spezifizierte diskursive Formation scheint somit ihre primäre geopolitische Zielregion gefunden zu haben.

3.2 Leitmotive: Kontinuitäten und Erweiterungen der Grundprinzipien Auswärtiger Kulturpolitik

Die zwei Schlüsselbegriffe *Deutschlandbilder vermitteln* und *Dialog* führen in allen vier Dokumenten zu den zwei Grundprinzipien, die durch die Jahrzehnte hindurch die zentralen Achsen zur Legitimierung Auswärtiger Kulturpolitik bilden und somit historisch etablierte Leitmotive ihrer imaginären Dimension darstellen: das *Prinzip der kulturellen Selbstdarstellung* und das *Prinzip der Wechselseitigkeit*. In den konkreten Verknüpfungen, der Ausgestaltung und dem Stellenwert dieser Prinzipien sind allerdings Variationen erkennbar.

Leitmotiv I: Das Prinzip der kulturellen Selbstdarstellung

Das *Prinzip der kulturellen Selbstdarstellung* zeigt sich zunächst in zwei miteinander verknüpften Argumentationsfiguren, die in allen Dokumenten das Gerüst zur Legitimation des Politikbereichs bilden: einerseits die Vorstellung, dass sich das staatliche Gebilde »Deutschland« durch eine Spezifik auszeichne, die sich kulturell repräsentieren lasse; und andererseits der Glaube, dass durch Formen kultureller Selbstdarstellung ein nachhaltiger Reputationsgewinn zu erzielen sei, der sich auch in anderen Politikfeldern positiv einsetzen lasse. Hierzu wird durchgängig das Bild einer »Kulturnation« oder eines »Kulturstaates« als Rahmen gesetzt: Im Jahr 1977 wird etwa zur elementaren Begründung des Politikbereichs »die Legitimation der Bundesrepublik als Kulturstaat in einer sich wandelnden Welt« als »übergreifende Aufgabe und als ständiges Ziel der auswärtigen Kulturpolitik« angeführt.[69] In der *Antwort der Bundesregierung* aus dem Jahr 2007 ist zu lesen, es entspräche »dem allgemeinen Selbstverständnis Deutschlands als Kulturnation, die Qualität und Vielfalt der deutschen Kulturlandschaft auch unseren Partnern im Ausland umfassend zu präsentieren«.[70] Gleichfalls findet sich bereits in den 1970er Jahren die Vorstellung, eine kulturelle Selbstdarstellung wirke sich positiv auf die Reputation und internationale Stellung Deutschlands aus. So heißt es in den *Leitsätzen*:

68 | Ebd., S. 35.

69 | Stellungnahme der Bundesregierung, 1977, S. 4.

70 | Antwort der Bundesregierung, 2007, S. 6.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

»Im internationalen Konzert ist das politische Gewicht der Bundesrepublik neben ihren wirtschaftlichen vornehmlich von ihren geistigen Leistungen abhängig.«[71]

Sieben Jahre später wird in ähnlicher Weise eine enge Beziehung zwischen der »Darstellung ihrer kulturellen Leistungen« und dem »Ansehen der Bundesrepublik Deutschland« vorausgesetzt.[72] Diese angenommene Beziehung wird noch deutlicher, wenn 1977 ein aktueller Handlungsbedarf angeführt wird, um auf die »Trübung des Bildes unseres Landes« und der »Wiederbelebung von [...] Vorurteilen«[73] zu reagieren: »Der in den letzten Jahren gelegentlich feststellbaren Verzerrung des Deutschlandbildes muß durch eine ausgewogene Selbstdarstellung entgegengewirkt werden.«[74]

Sichtbar wird in solchen Formulierungen somit eine durch die Jahrzehnte *naturalisierte Denk- und Begründungsfigur*, die auch in der Gegenwart in großer Selbstverständlichkeit genutzt wird. In diesem Zusammenhang lohnt der Blick in den *10. Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik* – ein Papier, auf das die Bundesregierung in ihrer *Antwort* aus dem Jahr 2007 selbst zur weiteren Erläuterung »der Leitlinien, konzeptionellen Ansätze und inhaltlichen Schwerpunkte der AKBP« verweist.[75] Der gefestigte Charakter dieser Denkfigur zeigt sich hier noch deutlicher: *Sympathiewerbung für Deutschland/Vermittlung eines zeitgemäßen Deutschlandbildes* wird als zweite von insgesamt vier Zielsetzungen des Politikbereichs aufgeführt und anhand der Beispiele des *Deutschlandjahres* in Japan 2005/2006 und des *Deutsch-Polnischen Jahres* 2005/2006 mit jeweils über 1.000 Aktivitäten illustriert. Zur Begründung dieser Zielsetzung ist hier zu lesen:

»Mit Mitteln der AKBP präsentiert sich Deutschland als ein Partner, der für klassische und moderne Kultur steht, der an gleichberechtigtem Dialog und Austausch interessiert ist und sich seiner Vergangenheit glaubwürdig in offener Auseinandersetzung stellt. Ein wichtiges kulturpolitisches Instrument ist [...] die Veranstaltung von Kulturtagen, -wochen oder -jahren. Sie sind im besten Sinne Visitenkarten der Kulturnation Deutschland.«[76]

Allerdings lässt sich der Rahmen der »Kulturnation« bereits in den 1970er Jahren auf verschiedene Weise mit Bedeutungen und Inhalten füllen. In den

71 | Leitsätze, 1970, S. 6.

72 | Stellungnahme der Bundesregierung, 1977, S. 5.

73 | Ebd., S. 16.

74 | Ebd., S. 5.

75 | Antwort der Bundesregierung, 2007, S. 7.

76 | Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik 2005/2006. Berlin 2006, S. 6.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Leitsätzen heißt es etwa: »In unserem Beitrag zum internationalen kulturellen Austausch müssen wir [...] unseren Partnern auch ein Bild dessen vermitteln, ›was in dieser Zeit des Übergangs auch in Deutschland an geistiger Auseinandersetzung und fruchtbarer Unruhe tägliche Wirklichkeit ist.‹«[77]

»Kultur« – als Basis der Selbstdarstellung – wird hier eher als ein *gegenwärtiger und dynamischer Prozess* verstanden, der möglichst alle gesellschaftlichen Gruppen einbezieht, gerade auch im Alltag stattfindet, zu permanenten Veränderungen führt und Weltoffenheit mit sich bringen soll.[78] In der *Stellungnahme der Bundesregierung* sieben Jahre später tritt hingegen stärker ein *substanzielles und ahistorisches Verständnis* von »deutscher Kultur« hervor, das auf einer dauerhaften Bindung zwischen »Volk« und »Kultur« aufbaut und eine jeweilige staatliche Organisation überdauert:

»Die auswärtige Kulturpolitik der Bundesrepublik Deutschland [...] geht trotz der staatlichen Trennung der Deutschen von der gemeinsamen deutschen Kultur aus. Wir halten daran fest, daß gemeinsame Geschichte, Kultur und Sprache schon immer die entscheidenden Klammern der Einheit unseres Volkes waren und es auch bleiben werden.«[79] Und später: »Die Substanz der Kulturpolitik ist die Summe aller kulturellen Leistungen unseres Volkes in Vergangenheit und Gegenwart. Diese Substanz kann und darf von der Bundesregierung nicht bestimmt werden.«[80]

Die Orientierung an dem Bild einer quasi ahistorischen Substanz als Ausgangspunkt Auswärtiger Kulturpolitik ermöglicht hier das politisch gewollte Festhalten an dem Konzept »einer gemeinsamen Kultur«, die trotz Teilung die Nation »zeitlos« eint. Deutlich scheint hier das in Deutschland wirkmächtige Motiv von der überstaatlichen »Kulturnation« mit der Vorstellung einer organischen Beziehung zwischen deutschem Volk und deutscher Kultur hindurch, wie es sich im territorial zersplitterten Mitteleuropa seit dem späten 18. Jahrhundert entwickelt hat.

So gilt es festzuhalten, dass in den Dokumenten der 1970er Jahre sowohl ein eher *prozessualer Kulturbegriff*, der Gegenwartsentwicklungen, Veränderungen und Offenheit betont, als auch ein *substanzieller Kulturbegriff*, der stärker auf der Behauptung einer ahistorischen ethnokulturellen Essenz aufbaut, als Grundlage der kulturellen Selbstdarstellung angeführt werden konnte – anders formuliert: zwei eigentlich sehr unterschiedliche Konzepte wirken hier in der Legitimierung des Politikbereiches nebeneinander.

77 | Leitsätze, 1970, S. 15.

78 | Siehe hierzu auch den Abschnitt »Erweiterung des Kulturbegriffs«, ebd., S. 5f.

79 | Stellungnahme der Bundesregierung, 1977, S. 4.

80 | Ebd., S. 6.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

In den beiden jüngeren Dokumenten treten substanzielle Vorstellungen von »deutscher Kultur« in den Hintergrund – sie verschwinden aber nicht ganz, bilden zum Teil naturalisierte Grundlagen der hier formulierten kulturpolitischen Zielsetzungen und bleiben somit im Prinzip reaktivierbar. »Kultur« zeigt sich als ein Schlüsselbegriff des Politikbereichs, der stärker *zirkulär Bedeutungen akkumuliert* als sich eindeutig *linear* zu verändern. So finden sich auch in den neueren Papieren noch Bezugnahmen auf Vorstellungen von »unserer Kultur« oder auf den durch die Jahrzehnte hinweg konstanten Schwerpunkt der »Förderung der deutschen Sprache«, der »Zugang zur deutschen Kultur« bieten soll. Gleichzeitig rückt in diesen Dokumenten aber ein Verständnis in den Vordergrund, das stärker Heterogenität und internationale Verwebungen einzubeziehen versucht: »Auswärtige Kulturpolitik vermittelt Kultur aus Deutschland als Teil der europäischen Kultur«, heißt es etwa in der *Konzeption 2000*.[81] Bezugsgröße ist hier offenbar nicht das »Volk« als Träger einer kulturellen Substanz, sondern die territoriale Einheit »Deutschland« – im Prinzip mit aller Vielfalt, allen Positionen und Verknüpfungen, die sich in diesem Raum finden lassen. Auch der deutliche Verweis auf den europäischen Kontext trägt zu einer gewissen Flexibilisierung der Vorstellung von der Basis des Politikbereichs bei. Entscheidend ist allerdings, dass sowohl ein eher substanzielles als auch ein eher prozessuales Verständnis von Kultur – bei allen inhaltlichen Unterschieden – die beiden konstanten Argumentationsfiguren von der repräsentierbaren nationalen Spezifik sowie von dem erwarteten Reputationsgewinn durch kulturelle Selbstdarstellung unterstützt.

Gleichzeitig werden in den jüngeren Dokumenten zwei neue Erzählstränge sichtbar, die direkt an das *Prinzip der kulturellen Selbstdarstellung* anschließen – zwei Verknüpfungen, die auch schon auf den Berliner Konferenzen deutlich hervorgetreten sind:

Zum einen zeigen sich auch in diesen Regierungsdokumenten Hinweise auf die neoliberalen Zielvorstellungen einer Standortpolitik und somit auf die ökonomischen Potenziale der kulturellen Selbstdarstellung als komplett neue Argumentationsfigur. Besonders deutlich manifestiert sich diese Verbindung am Beispiel der Hochschulpolitik. In der *Konzeption 2000* ist hierzu zu lesen:

»Im Zeitalter der Globalisierung ist die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland mehr denn je nur dadurch zu sichern, dass Deutschland seine Spitzenstellung als Wirtschafts- und Studienstandort im Ausland unter Beweis stellt. Deshalb kommt der Öffnung und Zusammenarbeit im Bereich Wissenschaft und Hochschulen künftig noch größere Bedeutung zu.«[82]

81 | Konzeption 2000, S. 1.

82 | Ebd., S. 13.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Eine entsprechende Verknüpfung kulturpolitischer Handlungsfelder mit ökonomischen Zielvorstellungen ist in den Dokumenten der 1970er Jahre nicht zu finden. Zum anderen werden »Werte« als eine Basis der kulturellen Selbstdarstellung angeführt. So wird etwa in der *Konzeption 2000* formuliert:

»Unsere Kulturarbeit im Ausland ist nicht einfach neutral, sondern orientiert sich an Werten. In Fragen der Demokratieförderung, Verwirklichung der Menschenrechte, Nachhaltigkeit des Wachstums, Teilhabe am wissenschaftlich-technologischen Fortschritt, Armutsbekämpfung oder Schutz der natürlichen Ressourcen bezieht sie eindeutig Position.«[83]

Grundsätzlich ist der Hinweis wichtig, dass in den Dokumenten der 1970er Jahre auch eine solche Argumentationslinie kaum auftaucht. Hier handelt es sich gleichfalls um eine neue diskursive Figur, die mit dem etablierten *Prinzip der kulturellen Selbstdarstellung* verwoben wird, aber zugleich ein Potenzial zur Flexibilisierung etablierter Vorstellungen von »unserer Kultur« und »nationaler Spezifik« mit sich bringt. »Werte« werden gleich bei der Verfolgung der Metapher *Dialog* durch die Regierungsdokumente nochmals eine Rolle spielen.

Leitmotiv II: Das Prinzip der Wechselseitigkeit

Die Metapher *Dialog* führt zu dem zweiten Leitmotiv Auswärtiger Kulturpolitik, das ich als *Prinzip der Wechselseitigkeit* bezeichnen möchte. Zwar taucht dieser Begriff selbst in den 1970er Jahren selten auf und rückt erst in den jüngeren Dokumenten als vielseitig anschlussfähige Metapher in den Vordergrund – die Bedeutung dieses zweiten Prinzips zur Legitimierung des Politikbereichs zeigt sich in den älteren Papieren aber an dem Gebrauch verwandter Begriffe, die ähnliche Vorstellungen transportieren: so etwa *Austausch, wechselseitiges Verständnis, Gegenseitigkeit oder Zusammenarbeit*.

Bereits in den Dokumenten aus den siebziger Jahren verweisen diese Begriffe auf zwei elementare Argumentationsfiguren: Auf der einen Seite findet sich in allen Papieren das Bild von einem *bilateralen Dialog*, der zwischen nationalstaatlichen Einheiten zu realisieren ist und gewissermaßen den über die Jahrzehnte etablierten Normalfall kultureller Vermittlung darstellt. Auf der anderen Seite steht die Vorstellung vom *Dialog*, der Frieden und internationalem Ausgleich dient und sich somit als eine Form der kulturpolitischen Bearbeitung globaler Themenfelder und Problemlagen anbietet – eine Figur, die sich als *multilateraler* oder in der Weiterentwicklung auch als *konfliktbearbeitender Dialog* benennen lässt.

Die erste Argumentationsfigur wird häufig genutzt, um Herangehensweisen der kulturellen Vermittlungsarbeit zu präzisieren, wie sich anhand einer

83 | Konzeption 2000, S. 1.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

griffigen Formulierung aus dem Jahr 1970 verdeutlichen lässt: »Auswärtige Kulturpolitik ist nicht nur Information über unsere Kultur, sondern auch Austausch und Zusammenarbeit. [...] Was wir geben, ist nur so viel wert, wie unsere Bereitschaft zu nehmen. Offenheit für das andere ist daher ein Prinzip unserer auswärtigen Kulturpolitik.«[84]

Sieben Jahre später wird dieses Ideal der Reziprozität deutlicher auf mögliche Inhalte der kulturpolitischen Vermittlung bezogen:

»Die internationalen Kulturbeziehungen können daher nicht mehr auf einseitigen ›Kulturexport‹ (von Sprache, Wissenschaft, Kultur, Kunst etc.) beschränkt bleiben. Notwendig ist vielmehr eine auswärtige Kulturpolitik, die sich den kulturellen Wechselbeziehungen und der partnerschaftlichen Zusammenarbeit öffnet. Dabei muß dem seit 1970 entwickelten auf Gegenseitigkeit angelegten erweiterten Kulturbegriff Rechnung getragen werden.«[85]

Wechselseitigkeit wird also bereits in diesen frühen Papieren deutlich mit dem *Prinzip der kulturellen Selbstdarstellung* verwoben, um den möglichen Vorwurf eines einseitigen Kulturexports einer wohlhabenden europäischen Industrienation zu entkräften. Entsprechend wird *Dialog* zweieinhalb Jahrzehnte später sowohl als Zielsetzung als auch als zentrale Technik Auswärtiger Kulturpolitik angeführt: »(Auswärtige Kulturpolitik) kennzeichnet Deutschland als Kulturstaat im Dialog mit der internationalen Gemeinschaft der Staaten. [...] Auswärtige Kulturpolitik beschränkt sich jedoch nicht auf Kulturvermittlung, sondern fördert Dialog, Austausch und Zusammenarbeit zwischen Menschen und Kulturen.«[86]

Redeweisen vom »lebendigen Austausch zwischen den Völkern« oder von dem »wechselseitigen Verständnis für die innere Entwicklung der Völker«[87] verweisen zugleich auf eine historisch etablierte Grundkonstellation des Politikbereichs: »Völker« oder »Nationen«, die jeweils über einen abgrenzbaren »kulturellen Raum« verfügen, werden durch kulturpolitische Aktivitäten in einen bilateralen Austausch gebracht. Dieses Verständnis von *Wechselseitigkeit* kann auch zu kulturpolitischen Feldern im Inland führen, die – dem Idealbild nach – in die dialogische Praxis einbezogen werden sollen. In der *Konzeption 2000* wird formuliert: »Auswärtige Kulturpolitik findet also in zwei Richtungen statt: Gleichberechtigt neben die Beteiligung Deutschlands am Kulturdi-

84 | Leitsätze, 1970, S. 7.

85 | Stellungnahme der Bundesregierung, 1977, S. 5.

86 | Konzeption 2000, S. 1.

87 | Diese beiden Formulierungen aus den *Leitsätzen* werden bezeichnenderweise in der *Stellungnahme der Bundesregierung* als weiterhin gültig zitiert. Siehe hierzu: Ebd., S. 4 und S. 13.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

alog im Ausland tritt [...] die Förderung des Kulturdialogs im Inland. Die Vorstellungen der Partnerländer, ihre Erwartungen und Konzeptionen sind dabei zu berücksichtigen.«[88]

Die zweite Argumentationsfigur verweist auf andere politische Konstellationen: Im Zentrum steht hier die Vorstellung, wechselseitiges Verständnis könne zur globalen Friedenssicherung und Konfliktlösung beitragen – ein Gedanke, der sich in unterschiedlichen Variationen und Verbindungen ebenfalls durch alle Dokumente zieht und sich somit als ein kontinuierlicher Wissensbestand des Politikbereichs zeigt. So heißt es im Schlusswort der *Leitsätze* von 1970: »Vor allem kommt es darauf an, das Ziel der auswärtigen Kulturpolitik, der Verständigung zwischen den Menschen und so der Sicherung des Friedens zu dienen, nie aus den Augen zu verlieren.«[89]

Die zweite Argumentationsfigur, die also kulturellen Austausch, Begegnung und Kommunikation als wirksame Beiträge zu »Frieden« und »internationalem Ausgleich« versteht, führt zugleich bereits in den siebziger Jahren zu Diskussionen internationaler Problemstellungen im Umfeld von multilateralen Organisationen. Für eine nationalstaatliche Politik eröffnen sich hierdurch Handlungsspielräume, die über eine bilateral angelegte kulturelle Selbstdarstellung alleine kaum erschlossen werden könnten. Dieser Zusammenhang lässt sich durch ein Zitat aus dem Jahr 1977 verdeutlichen:

»Unter diesen Organisationen mißt die Bundesregierung der UNESCO besondere Bedeutung zu. In ihrem Rahmen wirkt sie aktiv bei dem großen Dialog mit, der auch dort zwischen Völkern verschiedener politischer Systeme, kultureller Traditionen und Entwicklungsstufen über die zukünftige Wirtschafts- und Sozialordnung der Welt geführt wird. Förderung der Menschenrechte, gleicher Zugang zu modernen Informationsmitteln, Informationsfreiheit, Recht auf Bildung sind die Hauptthemen dieser Dialoge.«[90]

Hier klingen bereits multilaterale kulturpolitische Foren und Herangehensweisen an, die später in der *Konzeption 2000* an Bedeutung gewinnen. Aus dieser Perspektive lässt sich der Gedanke einer *Auswärtigen Kulturpolitik als Konfliktprävention* auch als eine Konsequenz des bereits in den 1970er Jahren in Grundzügen etablierten *Prinzips der Wechselseitigkeit* verstehen und weniger als der komplett neue Politikansatz als der er häufig dargestellt wird.[91]

88 | Konzeption 2000, S. 2.

89 | Leitsätze, 1970, S. 15.

90 | Stellungnahme, 1977, S. 15.

91 | So etwa durch die Bundesregierung selbst in: Antwort der Bundesregierung, 2007, S. 6; aber auch in Publikationen zur Auswärtigen Kulturpolitik: Kurt-Jürgen Maaß: Überblick: Ziele und Instrumente der Auswärtigen Kulturpolitik. In: Ders. (Hrsg.): Kultur und Außenpolitik, S. 28.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Die Zielhorizonte einer *Konfliktprävention durch Dialog, Förderung demokratischer Entwicklungsprozesse und Verwirklichung der Menschenrechte* rücken in den jüngeren Papieren allerdings in den Vordergrund; die Argumentationsfigur eines *konfliktbearbeitenden Dialogs* gewinnt somit deutlich an Präsenz. Gleichzeitig bleibt ihre Anwendung nicht auf multilaterale Organisationen beschränkt – die komplexen, netzwerkartigen und zum Teil temporären Akteursfelder, die sich zunehmend zur Bearbeitung von Konfliktkonstellationen konstituieren, klingen in folgender Formulierung an:

»Zentrale Aufgabe der kommenden Jahre wird es sein, über politische und kulturelle Grenzen hinweg mehr Foren des Dialogs und globale Netzwerke aufzubauen und mitzuhelfen, auf der Basis eigener Interessen Beiträge zur Lösung gemeinsamer Probleme zu finden. In solchen ›Lerngemeinschaften‹ sollte es am ehesten gelingen, Konflikten durch besseres Wissen voneinander und mehr Verständnis füreinander vorzubeugen.«[92]

Was »Foren des Dialogs«, »globale Netzwerke« oder »Lerngemeinschaften« konkret für kulturpolitische Formate und Einsatzgebiete bedeuten, wird hier nicht weiter ausformuliert. Dennoch lässt sich festhalten, dass gerade die zweite Argumentationsfigur eine spürbare Ausdehnung erfährt und somit auch die jüngere Dynamik in diesem Politikbereich verdeutlicht. Sie gewinnt dabei nicht nur grundsätzlich an Präsenz, sondern führt zu neuen diskursiven Anschlüssen und Praxisfeldern, die sich entlang des Begriffs *Dialog* gut nachzeichnen lassen: Dieser findet sich nicht nur in dem Ansatz einer *Auswärtigen Kulturpolitik als Konfliktprävention*, sondern er avanciert nach der Jahrtausendwende zu einem ebenso elementaren wie flexibel einsetzbaren Passepartout zur offiziellen Erklärung des Politikbereichs. Diese herausgehobene Position zeigt sich etwa in den Formulierungen zu den konzeptionellen Grundlagen des Politikbereichs aus dem Jahr 2007: »Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) ist auf langfristige Wirkung angelegt. Ihre übergreifende Aufgabe ist die Förderung des Dialogs zwischen Menschen unterschiedlicher kultureller Hintergründe und die Schaffung von Vertrauen und dauerhaften weltweiten Partnerschaften mit unserem Land.«[93]

Dialog tritt an dieser Stelle also zunächst als grundlegendes Leitmotiv zur Legitimierung des gesamten Politikbereichs hervor. Bemerkenswert ist weiterhin, dass hier nun »Menschen« – und nicht primär Staaten – als Dialogpartner angeführt werden. In dem gleichen Papier findet sich zugleich eine Vielzahl von Formulierungen, die direkt auf operative Aufgaben und konkrete Maßnahmen verweisen. *Dialog* erscheint hier als das angemessene Format, um auf die beschriebenen Herausforderungen einer »unübersichtlichen Welt« zu

92 | Konzeption 2000, S. 4.

93 | Antwort der Bundesregierung, 2007, S. 6.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

reagieren: So werden die *Dialogpunkte des Goethe-Instituts* im Nahen Osten als gelungene Umsetzung des *Politikschwerpunktes Dialog mit der islamischen Welt* angeführt; *Dialogforen, Dialogseminare, bewusste Dialogpolitik, das Konzept vom Dialog der Kulturen, Europäisch-Islamischer Kulturdialog, Deutsch-Arabischer Mediendialog* oder *interkultureller Dialog mit dem Islam*[94] sind weitere Beispiele für die bemerkenswerte Anschlussfähigkeit des Begriffs in den jüngeren Regierungspapieren.

Aber zurück zur diskursiven Figur einer *Auswärtigen Kulturpolitik als Konfliktprävention*: Diese gewinnt gerade durch die vielfältigen Verknüpfungen von *Dialog* deutlich an Präsenz und avanciert in den *Berichten der Bundesregierung* sogar zu einer der vier offiziellen Zielsetzungen des Politikbereichs: *zur Konfliktprävention durch Wertedialog beitragen*.[95] Wie bereits auf den Berliner Konferenzen beobachtet, gehen *Konfliktprävention* und *Dialog* nun also eine enge Verbindung mit »Werten« ein. Diese Verknüpfung lässt sich als Konkretisierung, zugleich aber als Verengung der zunächst – etwa auf der in der Einleitung vorgestellten Stuttgarter Tagung – breit diskutierten Möglichkeiten einer konfliktpräventiven Kulturpolitik verstehen: War zu Beginn der Anspruch spürbar, Konfliktlinien zu bearbeiten, die sich aus einer ungerechten Weltordnung oder den Verwerfungen der Globalisierung ergeben, so scheint im jüngsten Dokument die Zuständigkeit auf solche Konflikte beschränkt, die sich aus »unterschiedlichen Werten« ergeben, »kulturelle Ursachen« haben und sich durch einen »Dialog über Werte« bearbeiten lassen:

»Es bleibt die Auffassung der Bundesregierung, dass die Förderung von interkulturellem Verständnis, der Dialog über Werte und die Unterstützung beim Aufbau moderner, freiheitlich orientierter Bildungssysteme konfliktmindernd wirken und verhindern helfen kann, dass aus kulturellen Unterschieden Konfrontation und Gewalt erwachsen.«[96]

Diese Verengung lässt sich dabei über zwei Perspektiven interpretieren, die auf den ersten Blick in unterschiedliche Richtungen weisen: Sie kann sowohl als Tendenz zu einer Kulturalisierung der Ursachen globaler Konflikte verstanden werden als auch als eine bewusste Zurückhaltung, politische Konflikte kulturell bearbeiten und lösen zu wollen. So finden sich etwa in der *Antwort der Bundesregierung* Passagen, die eher eine solche Ernüchterung vermuten lassen:

»Dies schließt eine nüchterne Sicht von den Grenzen der kulturpolitischen Möglichkeiten ein. Krisen und Konflikte lassen sich mit Mitteln der Kultur und Bildung allein nicht

94 | All diese Formulierungen sind zu finden in: Ebd., S. 34-37 und S. 40.

95 | Bericht zur Auswärtigen Kulturpolitik 2005/2006, S. 5.

96 | Antwort der Bundesregierung, 2007, S. 8.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

lösen. Umgekehrt gilt: Ohne Begegnungs- und Bildungsprojekte, ohne eine Unterstützung des innergesellschaftlichen Dialogs, der Einbeziehung von Minderheiten, Frauen und Jugendlichen, ohne Schaffung eines gemeinsamen kulturellen Verständnisses wird es erst recht nicht gelingen, Feindbilder und Gewaltbereitschaft abzubauen und die Voraussetzungen für politische Lösungen von Konflikten zu verbessern.«[97]

In die andere Richtung – hin zu einer Kulturalisierung politischer Konfliktlinien – weist der Politikbereich *Dialog mit dem Islam*[98], der nach den Attentaten vom 11. September 2001 aufgebaut wurde und in der *Antwort der Bundesregierung* als konkrete und erfolgreiche Umsetzung einer konfliktpräventiven Auswärtigen Kulturpolitik angeführt wird. Hier werden Bilder von unterschiedlichen »Zivilisationsräumen« und geopolitischen Trennlinien entlang von »Kultur« und »Werten« gezeichnet:

»Die anlässlich der Veröffentlichung von Mohammed-Karikaturen Ende 2005 und der nachfolgenden, zum Teil gewalttätigen Proteste in der islamischen Welt entbrannte Kultur- und Wertedebatte zeigt, dass die kulturelle Kluft zwischen dem Westen und der islamischen Welt sich zu vertiefen droht. Ziel des Europäisch-Islamischen Kulturdialogs ist es, durch praktische Maßnahmen der Kultur- und Bildungszusammenarbeit das gegenseitige Verständnis zwischen westlicher und islamischer Welt zu verbessern, Missverständnisse aufzulösen und die Ablehnung, die zahlreiche Akteure der Region unseren Werten entgegenbringen, abzubauen.«[99]

Somit wird sichtbar, dass die diskursive Figur einer *Auswärtigen Kulturpolitik als Konfliktprävention* weiterhin zu unterschiedlichen Übersetzungen und Anschlüssen führen kann. Auch anhand der Regierungsdokumente lässt sich somit die tastende Wissensarbeit von Angehörigen der policy community erahnen. Dennoch wird eine Entwicklungstendenz erkennbar: Die zunächst eher breit diskutierte Idee einer konfliktpräventiven Auswärtigen Kulturpolitik verengt sich auf das politische Programm eines »Wertedialogs« zwischen dem »Westen« und der »islamisch geprägten Welt«, der über »Missverständnisse« geführt werden soll, um hierdurch Brücken über die »kulturelle Kluft« zu bauen.

97 | Ebd., S. 8 f.

98 | Siehe hierzu vertiefend: Marcel Ernst: Der deutsche »Dialog mit der islamischen Welt«. Diskurse deutscher Auswärtiger Kultur- und Bildungspolitik im Maghreb. Bielefeld 2014.

99 | Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik 2005/2006, S. 8.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

3.3 Erweiterungen: Regulierungs- und Gestaltungsansprüche eines »Nationalstaates im Umbau«

Durch eine solche vergleichende Analyse von Regierungsdokumenten lässt sich also ein *Wechselspiel zwischen zirkulären Bezugnahmen auf stabile Bestände und linearen Veränderungen* in der Ausgestaltung der imaginären Dimension des Politikbereichs aufzeigen. Zu den kontinuierlichen Elementen gehören zwei Leitmotive zur Legitimierung Auswärtiger Kulturpolitik – das *Prinzip der kulturellen Selbstdarstellung* und das *Prinzip der Wechselseitigkeit* – sowie einige weitgehend *naturalisierte Grundfiguren*: der Glaube an die Existenz einer kollektiv geteilten nationalen Spezifik etwa, die Hoffnung auf Reputationsgewinne durch kulturelle Vermittlung oder die Überzeugung, dass kultureller Austausch sich positiv auf »internationale Verständigung« und »Frieden« auswirkt. Zugleich zeigen sich nach der Jahrtausendwende einige lineare Verschiebungen, die tatsächlich zu neuen Argumentationsfiguren führen: Besonders bedeutungsvoll erscheinen hierbei die Entwicklung eines komplett modifizierten Rahmennarrativs von der »unübersichtlichen Welt« nach Ende des Kalten Krieges, eine modifizierte Wahrnehmung von der geopolitischen Rolle Deutschlands, die völlig neue Betonung einer Konfliktlinie zwischen dem »Westen« und der »islamischen Welt« als zentralem kulturpolitischen Arbeitsfeld sowie die gleichfalls neuen Verknüpfungen etablierter Zielvorstellungen mit ökonomischen Denklogiken einerseits und mit universalen Werten andererseits. Darüber hinaus zeigt sich nach der Jahrtausendwende eine Tendenz zur Erweiterung der Zuständigkeit des Politikbereichs innerhalb seines offiziellen Narrativs, die sich anhand der im letzten Abschnitt diskutierten politischen Rationalitäten aufzeigen lässt. Die drei *Regulierungs-, Gestaltungs- und Ordnungsansprüche* sind zwar im Prinzip bereits in den 1970er Jahren vorhanden, sie erfahren in den jüngeren Papieren aber zum Teil erhebliche Erweiterungen: Etwa wenn die *globale Positionierung Deutschlands im Modus der Kultur* nun auch »die besten Köpfe« für Deutschlands Hochschulen und Industrie gewinnen soll oder auf universale Projekte – »Krisenprävention« oder »Förderung von Menschenrechten« – zurückgreift. In der zunehmenden Bedeutung von Verknüpfungen des Politikbereichs mit solchen Begriffen, die auf Felder multilateraler Konfliktbearbeitung und globaler Regierungsführung verweisen, manifestiert sich gleichfalls die immer wichtiger werdende Suche nach einer *Erweiterung außenpolitischer Handlungsspielräume durch kulturpolitische Instrumente*. Besonders relevant erscheinen mir aber die Ausdehnungen im Hinblick auf den dritten Rationalitätstyp: Eine markante Erweiterung des Anspruchs, *Perspektiven, Einstellungen und Verhaltensweisen zu verändern* zeigt sich in den jüngeren Dokumenten in Formulierungen, die explizit die Lebensführung von Individuen oder Kollektiven fokussieren. So heißt es etwa in der *Antwort der Bundesregierung* aus dem Jahr 2007 im Abschnitt *Dialog zwischen*

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

den Kulturen: »Der Erfolg eines interkulturellen Dialogs besteht in der Einstellungs- und Verhaltensänderung von Individuen.«[100] Ein ähnliches Erfolgskriterium wird im Kapitel *Auswärtige Kulturpolitik als Mittel der Krisen- und Konfliktverhütung* angeführt:

»Konfliktprävention ist jedoch ebenso wie andere Aufgaben der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik langfristig angelegt; die Ergebnisse lassen sich kaum in Form von Entschärfung einer konkreten Konfliktsituation messen. Maßnahmen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik zielen vielmehr ab auf nachhaltige Verhaltensänderungen.«[101]

Hier wird ein neuartiger Regulierungs- und Gestaltungsanspruch greifbar: Es geht offensichtlich nicht mehr alleine um die *Vermittlung deutscher Sprache und Kultur* oder um den Erwerb von Sympathie, sondern gleichfalls um ein Einwirken auf Einstellungen, Verhaltensweisen und Wissensbestände von Individuen und Gruppen, die nicht Staatsbürger der Bundesrepublik sind. In der Konsequenz deutet sich hier eine gewisse Flexibilisierung der Vorstellung von staatlichen Zuständigkeiten an: Politische Instabilitäten oder Konfliktkonstellationen – gerade wenn sich aus ihnen ein Sicherheitsrisiko für Deutschland ergibt – lassen (kultur-)politische Interventionen legitim erscheinen. Diese Veränderungen werden noch deutlicher, wenn man sie mit Formulierungen aus dem Jahr 1970 konfrontiert: »Dabei ist darauf zu achten, daß die Aufgabe Verständigung und Zusammenarbeit lautet, daß also alles zu vermeiden ist, was als Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder erscheinen könnte.«[102]

Nun lautet meine Schlussfolgerung nicht, dass außenpolitische Eliten des vereinten Deutschlands etablierte Vorstellungen von staatlicher Souveränität grundlegend in Frage stellen oder auf umfassende politische Interventionen in »Konfliktgebieten« hinarbeiten. Vielmehr geht es mir darum, spürbare diskursive Verschiebungen festzuhalten, die neue Formen der Präsenz oder Einflussnahme in Krisen- oder Transformationsregionen plausibel erscheinen lassen. Es ist naheliegend, diese Verschiebungen zum einen mit internationalen Diskussionen zur Legitimität von politischen oder militärischen Interventionen – wie sie seit den 1990er Jahren geführt werden[103] – und zum anderen mit der Suche der außenpolitischen Eliten eines »Nationalstaats im Umbau«[104]

100 | Antwort der Bundesregierung, 2007, S. 37.

101 | Ebd., S. 39.

102 | Leitsätze, 1979, S. 6.

103 | Siehe hierzu etwa: Didier Fassin & Mariella Pandolfi (Hrsg.): Contemporary States of Emergency. The Politics of Military and Humanitarian Interventions. New York 2013.

104 | Irene Götz: Deutsche Identitäten, S. 348.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

nach neuen politischen Positionierungen und kulturellen Repräsentationen in einer unübersichtlichen globalen Ordnung in Zusammenhang zu bringen. Diese diskursiven Bewegungen verweisen zugleich auf *Dynamiken im Narrativ vom Nationalen*, in denen sich solche veränderten geopolitischen Rahmenbedingungen, globalen Diskurse oder transnationalen Problemstellungen widerspiegeln. Wie sich diese Dynamiken auf urbanen Bühnen Berlins darstellen, werde ich im folgenden Kapitel untersuchen.

4. Policy takes place: Urbane Bühnen, politische Materialitäten, Formierungsmacht

In diesem Abschnitt setze ich die Beschäftigung mit den imaginären Dimensionen Auswärtiger Kulturpolitik sowie mit der Wissensarbeit ihrer policy community fort. Allerdings fokussiere ich nun explizit den urbanen Raum Berlin und insbesondere *Prozesse der Materialisierung des politischen Narrativs*, die in ihm sichtbar werden. Den empirischen Ausgangspunkt bilden wiederum Konferenzen oder Kulturveranstaltungen, die das Auswärtige Amt oder Mittlerorganisationen zu kulturpolitischen Fragestellungen in der Hauptstadt realisieren.[105] Von Interesse sind nun Formen des *Raumgreifens dieser Politik* – also die temporären Präsenzen Auswärtiger Kulturpolitik und ihrer Schlüsselbegriffe an ausgewählten Orten in Berlin, die Verwebungen ihres politischen Narrativs mit städtischen Kontexten und die Produktion urbaner Bühnen, auf denen kulturpolitische Themen und Akteure einem breiteren Publikum vorgestellt werden können. Im Zuge der Verknüpfungen von politischen Zielsetzungen, Schlüsselbegriffen, Programmen, Orten und Akteuren, die zu solchen Anlässen hergestellt werden, zeichnet der Politikbereich *temporäre Formationen in den städtischen Raum* und wird hierdurch sicht- und greifbar.

105 | Ich beziehe mich in diesem Abschnitt primär auf meine ethnografischen Beobachtungen auf folgenden Veranstaltungen: *Menschen bewegen – Kultur und Bildung in der deutschen Außenpolitik*, Berlin, Auswärtiges Amt, 25.-26. Oktober 2006; *Menschen bewegen – Kulturpolitik im Zeitalter der Globalisierung*, Berlin, Auswärtiges Amt, 25.-26. April 2009; *Perspektive Europa*, eine Veranstaltung der Akademie der Künste in Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt in der Akademie der Künste, 1.-2. Juni 2007; *Wiedervorlage: Nationalkultur*, eine Veranstaltung des Goethe-Instituts in Partnerschaft mit den Staatlichen Museen zu Berlin, in Zusammenarbeit mit der Japan Foundation, der Allianz Kulturstiftung und dem Auswärtigen Amt auf der Museumsinsel Berlin, 24.-26. April 2008 und *Illusion der Nähe? Ausblicke auf die europäische Nachbarschaft von Morgen*, ein Forum des Goethe-Instituts in Partnerschaft mit dem Polnischen Institut Berlin und dem Deutsch-Französischen Institut Berlin im ehemaligen Flughafen Tempelhof, Berlin, 27.-29. Oktober 2010.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Rituelle Abläufe und besondere Orte: Urbane Präsenzen und Performanzen einer policy community

Der Auftakt solcher Tagungen verläuft zumeist nach einem fast rituellen Schema: Man trifft sich zu einem feierlichen Eröffnungsabend an einem »besonderen Ort« in Berlin – eine junge Kultureinrichtung mit postindustriellem Charme etwa, ein überregional bekanntes Bauwerk mit historischen Bezügen oder auch eine renommierte, im Kulturleben etablierte Institution können den Rahmen für eine zumeist halb-öffentliche Veranstaltung bilden. »Auf gesonderte Einladung« heißt es dann in dem Tagungsprogramm und entsprechend überprüfen Mitarbeiter der Organisatoren am Eingang die Berechtigung der Teilnahme einer Besucherin. Sofern ein Name identifiziert werden konnte, bekommt man ein Bändchen um das Handgelenk gebunden oder auch ein Namensschild und kann die inneren Räumlichkeiten betreten. Den Auftakt bildet eine Rede des Ministers, des Präsidenten des Goethe-Instituts oder auch eine Podiumsdiskussion mit einem eher vage definierten Titel, die in das Themenfeld der Konferenz einführen soll. Auf dem Podium sitzen in diesem Fall ranghohe Politikerinnen, führende Vertreter des Goethe-Institutes, zuweilen auch Diplomatinnen, häufig ergänzt durch Kulturschaffende oder Wissenschaftler. Diese Wortbeiträge werden begleitet durch ein leicht verdauliches – also kurz gehaltenes – kulturelles Rahmenprogramm, das in den informellen Teil des Abends überleitet: Gespräche in wechselnden Kleingruppen an Cocktailtischen, die in Reichweite eines Buffets platziert sind. Hier begegnet sich die policy community in einer Zusammensetzung, die vom konkreten thematischen Zuschnitt und der Größe der Tagung abhängig ist. Das regelmäßige Zentrum bilden die Mitarbeiterinnen der Mittlerorganisationen, der Abteilung Kultur und Kommunikation des Auswärtigen Amtes sowie der wichtigen Partnerorganisationen. Hinzu kommen – je nach Art der Veranstaltung – Politiker, ausländische Diplomaten, Künstler, Wissenschaftlerinnen, Journalistinnen und ein interessiertes Fachpublikum. Solche Tagungen bieten also die Möglichkeit, in das Akteurs- und Diskussionsfeld Auswärtige Kulturpolitik einzutauchen und eine policy community in ihrer Struktur – mit ihren Zentren und Verflechtungen – zu erfahren: Die spezifische Konstellation, die den Politikbereich prägt, findet hier ihre performative Bestätigung.

Einen bereits angedeuteten Aspekt dieser urbanen Inszenierungen möchte ich nun vertiefen: Auffällig ist der Rückgriff auf »besondere Orte« als räumlichen Rahmen für solche Veranstaltungen. Die beiden in den letzten Abschnitten diskutierten Konferenzen *Menschen bewegen* werden jeweils mit einem »Kulturabend« in einer aufstrebenden, kürzlich etablierten Kultureinrichtung eröffnet. Im Jahr 2006 werden die Besucher in das in einem ehemaligen Pumpwerk am Spreeufer in Berlin-Mitte neu gegründete *Radialsystem V* geführt, das sich als ein unabhängiger »offener Raum für den Dialog

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

der Künste« und als Ort »innovativer und hochwertiger Konzerte, Tanz- und Musiktheateraufführungen« präsentiert.[106] Drei Jahre später findet die Eröffnungsveranstaltung in den *Uferhallen* im Wedding statt – ein »Kulturzentrum in privater Trägerschaft«, das zu diesem Zeitpunkt gerade in der ehemaligen Zentralwerkstatt der Berliner Verkehrsbetriebe entstand. Der Komplex wurde hierzu im Jahr 2007 von einer Uferhallen AG erworben und »bietet heute eine gemeinsame Plattform für Bildende Künstler, Musiker, Tanzprojekte, Theaterinszenierungen, Ausstellungen, Wohnexperimente, Tonstudios und Proberäume. Dieses kreative Nebeneinander verschiedener Kunstrichtungen schafft Synergien und fördert übergreifende Dialoge.«[107]

In beiden Fällen werden also Orte gewählt, an denen kulturpolitische Metaphern und Narrative, Zielvorstellungen und Erwartungen eine materielle und performative Form erhalten und somit auch greifbar werden: etwa die Möglichkeit einer Umnutzung ehemaliger industrieller oder gewerblicher Flächen und Gebäudeensembles durch »Kultur« in der postindustriellen Stadt; oder die Suche nach privaten oder flexiblen Trägerschaften und Förderstrukturen, die nicht primär auf öffentliche Gelder abzielen; oder die Orientierung einer Kultureinrichtung an gegenwärtigen Schlüsselbegriffen wie *Dialog, Innovation* und *Kreativität*; und auch die Offenheit einer staatlich finanzierten kulturpolitischen Struktur für gegenwärtige Dynamiken und Knotenpunkte des urbanen kulturellen Lebens – kurz: durch eine solche Ortswahl lassen sich Assoziationsketten transportieren, die anschlussfähig sind für zeitgenössische Diskussionen und Positionierungen des Politikbereichs.

Auch durch weitere Beispiele ließe sich diese spezifische Form des Raumgreifens Auswärtiger Kulturpolitik verdeutlichen: Zur öffentlichen Präsenz und Selbstdarstellung schafft sich der Politikbereich urbane Bühnen oder Kontexte und bindet hierzu die Reputation oder die Aura »besonderer Orte« ein – eine Reputation, die durch die Orientierung an zeitgenössischen kulturpolitischen Schlüsselbegriffen, durch eine herausgehobene öffentliche Aufmerksamkeit,[108] durch historische Bezüge oder auch – wie noch zu zeigen sein wird – durch die Versammlung seltener Güter begründet sein kann. Für die Sichtbarkeit Auswärtiger Kulturpolitik erfüllen diese »besonderen Orte« eine

106 | So Formulierungen in der Selbstbeschreibung: www.radialsystem.de (letzter Zugriff am 11. August 2017).

107 | So im Dezember 2011 zu lesen auf: http://www.uferhallen.de/index.php?option=com_content&task=view&id=1&Itemid=43.

108 | So veranstaltete das Goethe-Institut im Jahr 2010 die Tagung *Illusion der Nähe? Ausblicke auf die europäische Nachbarschaft von Morgen* in dem Empfangsgebäude des kurz zuvor stillgelegten Flughafens Berlin-Tempelhof, dessen multiple historische Bezüge und zukünftige Nutzungsoptionen zu diesem Zeitpunkt umfangreich politisch und medial diskutiert worden waren.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

wichtige Funktion, denn sie – so möchte ich im Anschluss an Pierre Bourdieu formulieren – »weihen« den Politikbereich und seine policy community durch das »symbolische Kapital«, das sie akkumuliert haben.[109]

Ortseffekte: Die symbolische und gesellschaftspolitische Dimension von Räumen

In seinem Artikel *Ortseffekte* erinnert Bourdieu an eine solche Wechselwirkung zwischen den symbolischen Dimensionen des Raums und seinen Bewohnerinnen oder regelmäßigen Nutzern. Den Ausgangspunkt bildet hierbei die Überlegung, dass in einer Gesellschaft, die von sozialer Ungleichheit geprägt ist, auch die Räume hierarchisiert sind und somit »soziale Abstände zum Ausdruck« bringen – anders formuliert: der bewohnte und angeeignete Raum lässt sich zugleich als Materialisierung sowie als Symbolisierung sozialer Relationen lesen.[110] Die Verknüpfung von Räumen mit Wertigkeiten verweist demnach also auf die grundlegenden Beziehungsstrukturen einer Gesellschaft; eine solche räumliche Rangordnung kann zugleich durch politische Entscheidungen und mediale Berichte verstärkt werden und zeigt sich etwa anhand der Gerüchte, Narrative, Reputationen oder Stigmata, die Orte umgeben und repräsentieren. Die »Ortseffekte«, die im Rahmen dieser Wechselbeziehung zwischen den symbolischen Bedeutungen des Raums und der sozialen Position seiner Bewohner entstehen, lassen sich am Beispiel urbaner Armutsquartiere nachzeichnen: Der negative Ruf, den ein solches Viertel häufig besitzt, bestätigt sich demnach im Zuge von sozialen Prozessen, da eine Bevölkerung, die sich durch eine geringe Verfügung über Geld, einen Mangel an sozialen Beziehungen zu den gesellschaftlichen Eliten sowie an angesehenen Bildungsabschlüssen auszeichnet, sich tatsächlich hier ansiedelt oder – aufgrund von politischen und ökonomischen Zwängen – hier ansiedeln muss. Das Stigma des »Slums« oder des »Problemquartiers« geht auf die Bewohner über und wird somit zu einem relevanten Effekt in der Hierarchisierung einer Gesellschaft.[111] Eine ähnliche Wechselwirkung beobachtet Bourdieu im Hinblick auf die Wohngebiete der Reichen oder auf die Zentren politischer und ökonomischer Macht, in denen sich »seltene Güter und ihre Besitzer« konzentrieren: Die materiellen Ressourcen, sozialen Beziehungen und das hohe Bildungsni-

109 | Pierre Bourdieu: Ortseffekte. In: Pierre Bourdieu et al.: Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft. Konstanz 1997, S. 159-167.

110 | Ebd., S. 160.

111 | Siehe hierzu: Jens Adam: »Kaum noch normale Berliner«. Stadtethnologische Erkundungen in einem »sozialen Problemquartier«. Münster 2005.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

veau der hier versammelten Akteure übertragen sich als »symbolisches Kapital« auf den Ort und die hier Anwesenden. In der Konsequenz

»weiht das schicke Wohnviertel jeden einzelnen seiner Bewohner symbolisch, indem es ihnen erlaubt, an der Gesamtheit des akkumulierten Kapitals aller Bewohner Anteil zu haben. Umgekehrt degradiert das stigmatisierte Viertel symbolisch jeden einzelnen seiner Bewohner, der das Viertel degradiert, denn er erfüllt die von den verschiedenen gesellschaftlichen Spielen geforderten Voraussetzungen ja nicht.«[112]

Die Greifbarkeit kulturpolitischer Diskurse im urbanen Raum: Potenziale der Sichtbarkeit und Formierungsmacht

Im Anschluss an Bourdieu lässt sich somit nach den symbolischen und gesellschaftspolitischen Dimensionen der beschriebenen Formen des Raumgreifens Auswärtiger Kulturpolitik fragen: Welche Schlussfolgerungen zu dem Selbstverständnis des Politikbereichs lassen sich aus diesen Strategien der Ortswahl ziehen? Welche Wechselwirkungen zeigen sich zwischen einer policy community und den urbanen Kontexten, an denen sie sich trifft und bildet? Und welche Effekte ergeben sich aus der Produktion solcher urbaner Bühnen für die öffentliche Präsenz und Positionierung Auswärtiger Kulturpolitik und ihres Narrativs?

Zwei Konsequenzen stechen dabei hervor, von denen die erste bereits angeklungen ist: Die »besonderen Orte« bieten für die policy community *Potenziale der Sichtbarkeit* – ein Politikbereich, der im großen Maße außerhalb Deutschlands operiert, wird in der Hauptstadt greifbar. Im urbanen Raum eröffnen sich temporäre Foren, in denen sich nicht nur die policy community begegnen und formieren kann, sondern sich zugleich durch die Präsenz hochrangiger Politiker die exklusive Nähe der Mittlerorganisationen zum »politischen Feld«[113] zur Schau stellen lässt – denn schließlich besitzt man einen »offiziellen Auftrag« zur kulturellen Vermittlung und setzt sich hierdurch von anderen Akteuren ab. Zugleich tragen das Renommee der Kultureinrichtungen und die Demonstration der Verflechtungen der policy community mit den Dynamiken und Innovationen des gegenwärtigen kulturellen Lebens in Deutschland zur Steigerung der Legitimität des Politikbereichs bei – kurz: die spezifische

112 | Pierre Bourdieu: Ortseffekte, S. 166.

113 | Im Anschluss an Bourdieu meint »politisches Feld« hier den »Mikrokosmos«, in dem führende Politiker, Regierungsvertreter und Abgeordnete, aber auch einflussreiche Journalisten, Meinungsforscher, Denkfabriken usw. die »politischen Produkte« – also etwa »Probleme, Programme, Analysen, Kommentare, Konzepte, Ereignisse« – erzeugen, die den öffentlichen Diskurs bestimmen. Siehe hierzu: Pierre Bourdieu: Das politische Feld, S. 13ff.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Struktur Auswärtiger Kulturpolitik an der Schnittstelle von Politik und Kultur und das Selbstverständnis ihrer Akteure werden auf urbanen Bühnen sichtbar.

Der zweite Effekt baut auf diesen Potenzialen auf, geht aber in seinen politischen Dimensionen über sie hinaus: In den beschriebenen Prozessen des Raumgreifens tritt ein Vermögen zutage, politische Narrative, Schlüsselbegriffe, Wissensbestände, Orte, Akteure und Ressourcen zu *temporären Formationen* zusammenzufügen und hierdurch auch kulturpolitische Diskurse wirkmächtig zu strukturieren – anders formuliert: durch die Materialisierung bestimmter Schlüsselbegriffe in urbanen Kontexten wird das offizielle Narrativ Auswärtiger Kulturpolitik nicht nur greifbar, sondern es lässt sich gewissermaßen ein »Standpunkt« schaffen, der Kernaussagen und Argumentationsfiguren institutionalisiert und als Ausgangspunkte für die weitere kulturpolitische Diskussion und Praxis etabliert. Dieses Vermögen, das ich als *Formierungsmacht* bezeichne, setzt sich aus zumindest drei Bestandteilen zusammen: zunächst aus dem Potenzial, ausgewählte Schlüsselbegriffe etwa im Rahmen von Tagungen und Veranstaltungen zum Kristallisationspunkt kulturpolitischer Öffentlichkeiten zu machen; zweitens aus der Verfügung über einen »offiziellen Auftrag« und somit der Nähe zum »politischen Feld«, durch die solche Begriffe eine »objektivierte, unmittelbar für alle sichtbare, öffentliche, offizielle und damit autorisierte Existenz« erlangen können;[114] und drittens aus den finanziellen und institutionellen Ressourcen eines staatlich initiierten Politikbereichs, die es ermöglichen, solche bestätigten oder neu-konfigurierten Schlüsselbegriffe durch ein weltweites Netzwerk zu mobilisieren und zu Ausgangspunkten der Programmarbeit in den unterschiedlichsten lokalen Kontexten zu machen. Ob und in welchem Umfang sich diese Potenziale realisieren, wäre im Hinblick auf ein jeweiliges Tagungsthema zu prüfen; sicherlich laufen auch manche temporäre Formationen und ihre urbanen Inszenierungen ins Leere. Im Prinzip kann aber das Wirken der *Formierungsmacht* zu Konsequenzen führen, die über die Strukturierung aktueller Diskussions- und Handlungsfelder hinausgehen. Ihr mächtigster Effekt besteht in der Etablierung, Veränderung oder Bestätigung von grundlegenden Ordnungsmustern und Denkmodellen, über die internationale Kulturbeziehungen gedacht und praktiziert werden können. Diese Zusammenhänge möchte ich nun an einem weiteren Beispiel genauer erläutern.

114 | Ebd., S. 82.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

»Wiedervorlage: Nationalkultur«: Reflexivierung und Rezentrierung eines kulturpolitischen Schlüsselbegriffs

Im April 2008 organisiert das Goethe-Institut gemeinsam mit den Staatlichen Museen zu Berlin ein Symposium unter dem Titel *Wiedervorlage: Nationalkultur*. Zu diesem Anlass bietet die Museumsinsel im Zentrum Berlins die urbane Bühne zur Sichtbarmachung und Materialisierung Auswärtiger Kulturpolitik in der deutschen Hauptstadt. Der *Ortseffekt* ergibt sich in diesem Fall aus der Versammlung seltener und wertvoller Güter an einem zentralen Platz der Republik sowie aus dem historisch gewachsenen Renommee von Museen als Institutionen von nationalem und globalem Rang. Am Beispiel dieses Symposiums lassen sich nicht nur die bereits beschriebenen Prozesse des Raumgreifens eines Politikbereichs weiter verdeutlichen, sondern zugleich unterschiedliche Strategien der Rezentrierung eines Schlüsselbegriffs und elementaren Ordnungsmusters Auswärtiger Kulturpolitik durch seine Inszenierung auf urbanen Bühnen analysieren.

»Darf man in Deutschland wieder von Nationalkultur sprechen?«, fragt der Generalsekretär des Goethe-Instituts in seiner Einleitung im Programmheft und begründet den thematischen Zuschnitt des Symposiums mit einem gegenwärtig zunehmenden »Bedürfnis [...], sich über wirtschaftliche und politische Aspekte hinaus mit dem eigenen Land zu identifizieren«.[115] Die europäischen Hoffnungen gerade der Deutschen im Hinblick auf eine Auflösung des »nationalen Bewusstseins« hätten sich nicht erfüllt:

> »Nationalstaaten werden hier noch lange die Bezugspunkte kultureller Identität bleiben. 9/11 oder der Karikaturenstreit verstärken kulturelle Abgrenzungssehnsüchte. Und schließlich sorgt die Globalisierung auch bei uns dafür, dass die Menschen der zunehmenden grenzüberschreitenden Lebensgewohnheiten weltweit vereinheitlichenden Dynamik ortsbezogene kulturelle Identifikationen entgegensetzen. Hierhin gehört auch die teilweise ausgeprägte Hinwendung von Migranten zu ihrer Herkunftskultur – womit wiederum die Gesellschaften in den Zielländern der Migration umzugehen lernen müssen.«

Ziel des Symposiums sei es, »diese Entwicklungen zu diskutieren und zu überprüfen, inwieweit die Rückbesinnung auf nationale Orientierungen tatsächlich zeitgemäß und zukunftsfähig ist, insbesondere in Hinblick auf eine moderne internationale Kulturarbeit.«

115 | Dieses und die beiden folgenden Zitate des Generalsekretärs: Hans-Georg Knopp: Zur Sache. In: Goethe-Institut & Staatliche Museen zu Berlin: Wiedervorlage: Nationalkultur. 24. – 26. April 2008 auf der Museumsinsel Berlin. Programmablauf, S. 5.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

In diesen Formulierungen zeigt sich ein Wechselspiel zwischen *Reflexivierung und Rezentrierung von Nationalkultur* als einem Schlüsselbegriff des Politikbereichs, das ich anhand dieser Tagung genauer untersuchen möchte. Hierzu werde ich erstens die bereits herausgearbeiteten Wirkungsweisen der *Formierungsmacht* an diesem besonders illustrativen Beispiel weiter erläutern. Ich greife dabei auf Pierre Bourdieu zurück, der darauf hingewiesen hat, dass die legitimen Themen des öffentlichen Diskurses nicht gegeben sind, sondern in politischen, medialen oder gesellschaftlichen Konstellationen produziert werden: »Jede Gesellschaft entwickelt unablässig einen Komplex von sozialen Problemen, die als legitim gelten, als diskussionswürdige, öffentliche, manchmal zu offiziellen erhobene und gewissermaßen staatlich anerkannte Probleme.«[116]Vor diesem Hintergrund untersuche ich, wie *Nationalkultur* durch eine temporäre Materialisierung im urbanen Raum und im Zusammenspiel von Kulturmittlern und maßgeblichen Akteuren des »politischen Feldes« eine erneute *offizielle Anerkennung* als elementares Ordnungsmuster und legitimer Ausgangspunkt Auswärtiger Kulturpolitik erfährt. Zweitens geht es mir um die *inhaltlichen Dimensionen* dieser Rezentrierung – ich frage also nach der konkreten Ausgestaltung des Konzeptes von *Nationalkultur,* die auf diesem Symposium sichtbar wird: Mit welchen Begriffen und thematischen Bezügen wird es verbunden? Welche diskursiven Formationen werden im Rahmen dieser Debatten gestärkt? Und zeigen sich offensichtliche Auslassungen, also naheliegende Problematisierungen oder Verknüpfungen von *Nationalkultur,* die nicht thematisiert werden? In einem dritten Schritt gehe ich davon aus, dass auch hier *implizite Wissensbestände* der policy community sichtbar werden. Von den Formen des Raumgreifens Auswärtiger Kulturpolitik und den hierdurch gestärkten Wissensordnungen schließe ich auf die Formierung eines *Habitus kultureller Repräsentation*. Hierunter verstehe ich ein kollektiv entwickeltes Wissens- und Erfahrungssystem, das sowohl öffentliches Auftreten, Äußerungen und Haltungen innerhalb der policy community maßgeblich strukturiert als auch der Distinktion gegenüber anderen Akteursgruppen dient.

Nationalkultur als räumliche Erfahrung: Symbolisches Kapital und materielle Botschaften der Museumsinsel in Berlin

Für dieses Symposium wurde mit der *Museumsinsel* also wiederum ein Ort ausgewählt, dessen topografische Beschaffenheit, Vergangenheit und Reputation eine plausible materielle Basis für das temporäre Raumgreifen Auswärtiger Kulturpolitik darstellen: Die Basilika und der Große Kuppelsaal des Bode-Museums, die Rotunde des Alten Museums oder der Theodor-Wiegand-Saal im Pergamonmuseum bilden den Rahmen für die Reden, Foren und Diskussions-

116 | Pierre Bourdieu: Die Praxis der reflexiven Anthropologie, S. 271.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

runden, zu denen das Symposium an drei Tagen einlädt. Im Begleitprogramm werden Führungen durch unterschiedliche Sammlungen der Staatlichen Museen organisiert. Die Museumsinsel bietet nicht nur einen besonderen Rahmen für die Diskussionen zum Konferenzthema *Nationalkultur*, sondern gleichzeitig die Möglichkeit zu einer einprägsamen räumlichen und kulturellen Erfahrung für die Teilnehmer, die auf ihrem Weg zum nächsten Panel an Statuen, Gemälden und archäologischen Objekten vorbeilaufen.[117]

Mit diesem Ort lassen sich zumindest drei historisch begründete und zugleich materiell greifbare Botschaften verbinden, die wesentlich zu seinem symbolischen Kapital beitragen und sich zugleich auf einer inhaltlichen Ebene für dieses Symposium als anschlussfähig erweisen:

Zunächst zieht die Museumsinsel seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten als ein zentrales, langwieriges und ambitioniertes kulturpolitisches Vorhaben die Aufmerksamkeit auf sich. Im Kern geht es dabei um die Renovierung und bauliche Umgestaltung sowie die Restrukturierung der Sammlungen von insgesamt fünf Museumsbauten. Die Gebäude und Exponate wurden nach Mauerfall in die Obhut der Staatlichen Museen zu Berlin übergeben und somit mit deren in West-Berlin untergebrachten Sammlungen institutionell vereinigt. Die Entwicklung und Diskussion eines städtebaulichen Masterplans[118] für die gesamte Museumsinsel sowie der Beginn oder Abschluss einzelner Bauabschnitte erfuhren jeweils eine prominente mediale Begleitung. Dieses Interesse bleibt dabei nicht auf die urbane Öffentlichkeit begrenzt: Die Wiedereröffnungen der Alten Nationalgalerie, des Bode-Museums oder des Neuen Museums wurden jeweils als nationale Ereignisse markiert. Hochrangige Vertreter des politischen Feldes hielten auf den Festakten die zentralen Reden;[119] die großen deutsch(sprachig)en Zeitungen und Fernsehstationen berichteten von den Feierlichkeiten und stellten die renovierten Museen und ihre Sammlungen in Bildgalerien vor. Ein Foto der Bundeskanzlerin neben der im Neuen Museum ausgestellten Büste der Nofretete wurde auf den Titelseiten einer Vielzahl großer Tageszeitungen abgedruckt.[120]

117 | Feldnotizen, 26. April 2008.

118 | Siehe hierzu: www.museumsinsel-berlin.de (letzter Zugriff am 11. August 2017).

119 | Zur Eröffnung der Alten Nationalgalerie am 2. Dezember 2002 sprachen Kulturstaatssekretär Julian Nida-Rümelin und der Regierende Bürgermeister von Berlin Klaus Wowereit; an der Eröffnung des Bode-Museums am 17. Oktober 2006 nahmen der Bundestagspräsident Norbert Lammert und Kulturstaatsminister Bernd Neumann teil; die zentrale Rede zur Eröffnung des Neuen Museums am 16. Oktober 2009 hielt die Bundeskanzlerin Angela Merkel.

120 | So in der *FAZ*, dem *Handelsblatt*, der *Neuen Zürcher Zeitung*, dem *Tagesspiegel* und der *BZ*, zumeist in ihren Ausgaben vom 17. Oktober 2009. In ihrer Rede »bei der Eröffnung des Neuen Museums« bezeichnete die Bundeskanzlerin die Museumsinsel als »ei-

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Die zweite Botschaft ergibt sich aus den kulturpolitischen Projekten unterschiedlicher Epochen deutscher Geschichte, die sich hier im urbanen Raum materialisiert haben: Die Ursprünge des Konzepts und der baulichen Gestaltung des Areals liegen im frühen 19. Jahrhundert und verweisen auf den Plan, einen ausgewiesenen Ort für Kunst und Wissenschaft in der Nähe des politischen Zentrums Preußens zu schaffen. Den Anfang machten das Alte Museum und das Neue Museum, die in den Jahren 1830 und 1855 eröffnet wurden. Während des Deutschen Kaiserreichs folgten die Alte Nationalgalerie (1876) und das Bode-Museum (1904). Aus dieser Zeit stammt auch der Name *Museumsinsel* für den Gesamtkomplex, durch den der Anspruch formuliert wurde, mit ähnlichen Museen westeuropäischer Staaten – insbesondere dem *Louvre* und dem *Britischen Museum* – an Relevanz gleichzuziehen und somit die gesteigerte Bedeutung des geeinten Deutschen Reichs kulturpolitisch zu untermauern.[121] Dieses neue nationalkulturelle Selbstbewusstsein wurde durch die Inschrift »Der Deutschen Kunst« auf der Fassade der Nationalgalerie öffentlich sichtbar demonstriert – ein Motto, das sich zugleich als Referenz an das in Deutschland wirkmächtige Konzept der »Kulturnation« als Basis politischer Einigungsbestrebungen lesen lässt.[122]

Neben dieser Konkurrenzkonstellation europäischer Staaten und Imperien ist der Museumsinsel aber auch der geopolitische Kontext ihrer Entstehung als eine dritte Bedeutungsebene eingeschrieben: Im großen Umfang werden in den Museen archäologische und künstlerische Objekte ausgestellt, die im Zuge europäischer Hegemonie und kolonialer Dominanz im Nahen und Mittleren Osten oder in Nordafrika ausgegraben oder erworben wurden. Die archäologischen Sammlungen stellen bis heute – bisher meist ohne diesen Aspekt ihrer

nen der schönsten und interessantesten Orte in Berlin«. Die Wiedereröffnung des Neuen Museums beschreibt für sie »ein Stück des Weges, den wir in diesem Deutschland seit 1990 nunmehr gemeinsam gegangen sind«. Im Zusammenhang dieser Arbeit interessiert aber insbesondere die Verknüpfung des Ortes mit dem Bild der »Kulturnation«, deren »Einheit [...] immer als das entscheidende Bindeglied für die künftige Einheit Deutschlands dargestellt worden« sei. Die Förderung der Umsetzung des Masterplans für die Museumsinsel bezeichnete sie als »eine gute Investition in unsere Kulturnation, in unsere Bundesrepublik Deutschland«. In: Bulletin der Bundesregierung Nr. 104-2 vom 16. Oktober 2009; online abrufbar unter: https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2009/10/104-2-bk-neues-museum.html (letzter Zugriff am 11. August 2017).

121 | Das Pergamonmuseum wurde als letztes der fünf Museumsbauten erst während der Weimarer Republik im Jahre 1930 eröffnet.

122 | Siehe zur Etablierung und Wirkungsgeschichte des Konzepts der »Kulturnation«: Irene Götz: Deutsche Identitäten, insbesondere S. 119ff.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Entstehungsgeschichte zu problematisieren[123] – einen zentralen Baustein in der Außendarstellung der Museumsinsel dar: So sieht der Masterplan die Gestaltung einer *archäologischen Promenade* vor, welche die verschiedenen Museen räumlich und inhaltlich miteinander verknüpfen soll.

Eine wesentliche Bedeutungsebene dieses Ortes besteht somit in der Positionierung eines nationalstaatlichen kulturpolitischen Projekts und nationalkultureller Wissensordnungen in einen universalen Kontext: Ein einstmals patriotisches Konzept von »Deutscher Kunst« sowie der Anspruch des Deutschen Reichs auf »Weltgeltung« wurden hier in eine enge räumliche und inhaltliche Beziehung zu Vorstellungen und Objekten eines »universalen kulturellen Erbe« gesetzt. Diese Verbindung zwischen National- und Universalkultur wurde in aktualisierter Form durch die Aufnahme der Museumsinsel auf die UNESCO-Liste des Weltkulturerbes im Jahre 1999 öffentlichkeitswirksam aktiviert und endgültig in ein symbolisches Kapital des Ortes transferiert.[124] Somit lässt sich formulieren, dass mit der Museumsinsel ein Ort für das Symposium gewählt wurde, an dem eine konzeptionelle Grundspannung, die auch der Auswärtigen Kulturpolitik weiterhin eingeschrieben ist, im urbanen Raum der deutschen Hauptstadt eine materielle Form gefunden hat – nämlich die Ausgestaltung der Beziehungen zwischen der Vorstellung eines begrenzbaren, distinkten nationalkulturellen Raums einerseits sowie seines globalen Kontexts und Bezugsrahmens andererseits.

Nationalkultur als diskursive Formation: Strategien der Rezentrierung und inhaltliche Dimensionen eines Schlüsselbegriffs

Sowohl in den Redebeiträgen als auch in den Druckprodukten des Symposiums wird mehrfach auf solche Bedeutungsebenen Bezug genommen: So ist etwa im Vorwort zum Konferenzband zu lesen, dass diese Tagung an einem Ort stattgefunden habe, »der das ›Patrimonium der Deutschen‹ versammelt und zugleich ›Weltkulturerbe‹ ist«.[125] Der Außenminister betont gleichfalls in seiner Eröffnungsrede: »Es gibt keinen besseren Ort als die Museumsinsel, um sich für einen Moment die kulturellen Leistungen unseres Landes zu verge-

123 | So stellte es sich zumindest zum Zeitpunkt meiner teilnehmenden Beobachtung auf dieser Konferenz im Jahr 2008 dar.

124 | Siehe hierzu: http://www.unesco.de/kultur/welterbe/welterbe-deutschland/museumsinsel-berlin.html (letzter Zugriff am 11. August 2017).

125 | Christoph Bartmann & Hans-Georg Knopp: Vorwort. In: Christoph Bartmann, Carola Dürr & Hans-Georg Knopp (Hrsg.): Wiedervorlage: Nationalkultur. Variationen über ein neuralgisches Thema. Göttingen 2010, S. 7-10, S. 7.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

genwärtigen.«[126] Das symbolische Kapital der Museumsinsel wird also von zentralen Akteuren bewusst zur öffentlichen Positionierung des Tagungsthemas genutzt und unterstützt somit einen Prozess der Rezentrierung elementarer Ordnungsmuster des Politikbereichs, die als räumlich erfahrbare Konzepte – um es noch einmal mit Bourdieu auszudrücken – eine »offizielle und damit autorisierte Existenz« gewinnen.

Vor diesem Hintergrund möchte ich mich nun den *inhaltlichen Dimensionen* des somit autorisierten Konzepts zuwenden. Bereits eine Beschäftigung mit dem Aufbau des Tagungsprogramms führt zu den inhaltlichen Schwerpunkten und Strukturierungsprinzipien: So sticht zunächst die Verknüpfung von politischen Positionen, publizistischen Debatten, wissenschaftlichen Diskussionen, populärkulturellen Phänomenen und kultureller Vermittlungspraxis hervor. Das Symposium eröffnet somit ein Übersetzungsfeld, das gerade durch diese Verbindungen zwischen unterschiedlichen Diskussions- und Handlungszusammenhängen seine Spezifik erhält. Hierdurch entsteht eine temporäre »Arena kultureller Produktion«[127], in der eine kulturpolitische Elite einen Schlüsselbegriff ihrer Arbeit in seinen unterschiedlichen Bedeutungsebenen und Verbindungen auslotet und neu positioniert.

Konkret folgt auf den Eröffnungsabend mit einer Rede des Bundesaußenministers und einem Vortrag der Journalistin Mely Kiyak zu dem Thema *Deutsche Nationalkultur mit Migrationshintergrund?* das eigentliche Tagungsprogramm mit einer Aneinanderreihung von Vorträgen, Diskussionsrunden und Panels:

»Plenarvortrag Saskia Sassen Das Paradox des Nationalen

Podiumsdiskussion	Wie viel Nationalkultur braucht der Mensch?
Forum 1	Zurück in die Zukunft? Nation und Kultur im östlichen Europa
Forum 2	Von der Nationalkultur zur Kulturnation? Tendenzen im westlichen Europa
Forum 3	Nationalkultur und regionale Integration in Asien
Forum 4	Postnationale Geschichtsbilder? Zum Wandel unserer Geschichtswahrnehmung
Forum 5	Vom ›Deutschen Klang‹: Wie national ist die Musik?
Forum 6	Bühne der Nation? Zum Selbstverständnis des Gegenwartstheaters

126 | Frank-Walter Steinmeier: »Nie geraten die Deutschen so außer sich, wie wenn sie zu sich kommen wollen« – Was heißt Nationalkultur im 21. Jahrhundert? In: Christoph Bartmann et al. (Hrsg.): Wiedervorlage: Nationalkultur, S. 17-25, S. 17.

127 | Anna Lowenhaupt Tsing: Friction, S. 51.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Forum 7	Fernsehen: Das Wohnzimmer der Nation? Zum Verhältnis von Medien und kultureller Identität
Forum 8	Nationale Sammlungen und universale Kulturgüter: Wohin bewegt sich das Nationalmuseum«[128]

Nationalkultur besitzt hier gewissermaßen eine Omnipräsenz: Museen, Fernsehen, Theater, Musik, Geschichtsbilder, Europa oder menschliches Bedürfnis – überall stellt sie sich aus Sicht der Veranstalter als eine relevante und erklärungsmächtige Kategorie dar. Wenn man das Symposium als ein Projekt zur Rezentrierung von *Nationalkultur* als einem kulturpolitischen Schlüsselbegriff versteht, so wird hier eine erste Strategie sichtbar: Das Nationale wird durch diese Vielzahl an inhaltlichen und sektoralen Verknüpfungsmöglichkeiten als eine Art »Zentralperspektive« (re-)etabliert, um die unterschiedlichsten kulturellen Felder, Fragestellungen und Dynamiken zu diskutieren.[129]

Eine zweite Strategie wird deutlicher, wenn man zentrale Redebeiträge auf der Tagung sowie die einleitenden Texte ihrer Initiatoren in die Analyse mit einbezieht. Hier zeigt sich eine durchgängige Wechselbewegung zwischen *Rezentrierung und Reflexivierung von Nationalkultur* als das eigentliche Kernelement der diskursiven Formation, die im Rahmen der Konferenz entsteht: Einerseits wird die Vorstellung einer grundlegenden Bindung zwischen dem »Nationalen«, seinem »Territorium« und »Kultur« hervorgerufen und reproduziert; andererseits werden die genaue Gestalt und die aktuelle Relevanz dieser Beziehung aus unterschiedlichen Perspektiven diskutiert, problematisiert und kommentiert. Dieser *reflexive Modus*, also die routinierte Reflexivierung des Begriffs *Nationalkultur* auf dieser Konferenz und innerhalb der policy community, führt letztlich – so die These – zu seiner Rezentrierung. Diesen Zusammenhang möchte ich anhand von einigen Beispielen erläutern:

In ihren einleitenden Beiträgen knüpfen die Initiatoren an verbreitete Beobachtungen und wissenschaftliche Debatten an, die einen Bedeutungsverlust nationalstaatlicher Bindungen festhalten. So ist die Rede von Prozessen der Entnationalisierung, von der selbstverständlichen Mobilität im internationalen Kulturbetrieb, von grenzüberschreitenden Bildungsbiografien im Zeitalter von Erasmus oder von der grundsätzlich zunehmenden Durchlässigkeit nationaler Grenzen innerhalb der erweiterten Europäischen Union: »Dass die Nation – in

128 | Goethe-Institut & Staatliche Museen zu Berlin: Wiedervorlage: Nationalkultur, Programmablauf, S. 3.

129 | Irene Götz nutzt den Begriff »Zentralperspektive«, um die Etablierung der Nation als grundlegendes politisches, wissenschaftliches, gesellschaftliches Ordnungsprinzip im 19. Jahrhundert zu benennen. Siehe: Irene Götz: Deutsche Identitäten, S. 106. »Strategie« im Anschluss an Wolfgang Kaschuba, Pierre Bourdieu sowie auf Basis meiner eigenen Überlegungen; siehe hierzu die Kapitel I.3 und III.2.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Deutschland hat sich auch der Begriff ›Kulturnation‹ etabliert – eine weiterhin gültige Zurechnungsgröße für kulturelle Phänomene und Produkte darstellen könne, gilt vielen als überholte Vorstellung.«[130]

Diese Entwicklungen bilden aus Perspektive der Veranstalter allerdings nur die eine Tendenz, die Gegenbewegungen hervorruft: Kontroversen über den Neubau von Moscheen in Mitteleuropa, staatlich initiierte Reflexionen über die »nationale Identität« im 21. Jahrhundert, ein Revival nationaler Geschichtsprogramme im Fernsehen oder die Popularität der Fußballnationalmannschaft werden als Beispiele angeführt, die auf die bleibende oder wiederkehrende Bedeutung des nationalen Narrativs sowie auf die Normalität territorialer Bindungen von Menschen und Kultur verweisen:

»Auch wenn man das alte Narrativ der Nationalkultur für erschöpft hält, sollte man freilich bedenken, dass die Mehrheit der Bevölkerung und Kulturschaffenden weiterhin nicht in transnationalen und global vernetzten Kulturwelten zu Hause ist. Zwar gibt es ein modernes Nomadentum, das Kuratoren und Künstler mit anderen Arbeitsmigranten teilen, aber diese instabilitas loci bleibt selbst unter heutigen Bedingungen die Ausnahme. Der überwiegende Teil der Bevölkerung erweist sich als ausgesprochen ortsfest. Die Beharrungskräfte in der Gesellschaft entwickeln sich proportional zum Anstieg der Mobilität.«[131]

Es sind gerade diese Gegenbewegungen, diese Beharrungskräfte und nachhaltigen Ortsbindungen, aus denen sich – in der Einschätzung der Veranstalterinnen – die Relevanz und Legitimität eines Symposiums zu den nationalen Bindungen von Kultur in der Gegenwart ergibt:

»Diese gegenläufigen Bewegungen transnationaler Mobilität und nationaler Selbstvergewisserung machen eines deutlich: So sehr sich viele vor allem in Deutschland wünschen, das Kapitel der nationalen Verankerung von Kultur zu schließen und die Akte ins Archiv zu tragen – es verlangt heute nach abermaliger Diskussion und ist unter den aktuellen Gegebenheiten neu zu beleuchten, wie empfindlich der damit stimulierte Nerv auch sei.«[132]

130 | Christoph Bartmann & Hans-Georg Knopp: Vorwort, S. 7.

131 | Ebd., S. 8.

132 | Carola Dürr: Nationalkultur – schon wieder oder immer noch? Eine Einführung. In: Christoph Bartmann et al. (Hrsg.): Wiedervorlage: Nationalkultur, S. 11-16, S. 11.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Elemente eines Habitus kultureller Repräsentation

Dieses letzte Zitat führt zugleich zu einer Position, die mir für die Erarbeitung der *impliziten Wissensbestände der policy community* und somit auch eines *Habitus kultureller Repräsentation* zentral erscheint: Sichtbar wird hier die Argumentationsfigur, dass es in Deutschland eine besondere Zurückhaltung in der Thematisierung und Wahrnehmung nationaler Bindungen von Kultur und Identität gäbe. Solche Vorstellungen von einem spezifisch deutschen Unwillen, sich gewissen Diskussionen zu stellen oder sogar von der Tabuisierung bestimmter Herangehensweisen an das Nationale, bilden Grundmotive sowohl der Tagung als auch anderer Foren deutscher kulturpolitischer Eliten. Zugleich zeigt sich, dass genau diese Feststellung einer angeblichen Zurückhaltung eine erneuerte und explizite Beschäftigung mit dem Nationalen und der *Nationalkultur* in Deutschland ermöglicht. Entsprechend werden diese Argumentationsfiguren auch für die Diskussion einer zeitgemäßen Auswärtigen Kulturpolitik mobilisiert:

»Als Leitbegriff der deutschen auswärtigen Kulturpolitik weithin außer Gebrauch, ist sie doch weiterhin latent gegenwärtig, […] Worum sollen sich nationale Kulturinstitute eigentlich kümmern, wenn nicht um die jeweils nationale Kultur – die sie andernorts in neue und produktive Diskussions- und Produktionszusammenhänge einbringen? […] Nationale Kulturinstitute bekommen ihr Geld vom Parlament und letztlich vom Steuerzahler, damit sie im Ausland etwas von der grandeur der eigenen Kultur vermitteln. Ein wenig anders stellt sich die Situation in Deutschland dar: Das Nationale in und an der ›deutschen Kultur‹ – und vor allem der Gegenwartskultur – bleibt ein neuralgisches Thema.«[133]

Der ambivalente Charakter, den die Kategorie *Nationalkultur*[134] aus Perspektive der Initiatorinnen besitzt, der reflexive Modus, über den sich kulturpolitische Eliten ihr nähern sowie die Überzeugung von einer spezifischen deutschen Konstellation werden auch in diesem Zitat deutlich. Für die Erarbeitung impliziter Wissensbestände der policy community und ihres Habitus kultureller Repräsentation erscheinen mir zwei weitere Argumentationslinien zentral:

Einerseits behaupten die Initiatoren ein Fortwirken nationalstaatlicher Konkurrenzen und betonen hierdurch die Rolle von *Nationalkultur* als einem Schlüsselkonzept:

133 | Christoph Bartmann & Hans-Georg Knopp: Vorwort, S. 7.

134 | »Es gibt also die Nationalkultur, und es gibt sie nicht.«, heißt es an anderer Stelle: Ebd., S. 9.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

»Ist die Auswärtige Kulturpolitik eine Kulturpolitik nach der Nationalkultur? [...] Das Zeitalter der nationalen Konkurrenzen ist nicht vorbei, es erfindet sich unter aktuellen Auspizien jeweils neu, und die nationalen Kulturen definieren oder branden sich als Kultur-, Wirtschafts- und Studienstandorte unablässig neu. Die Rede vom internationalen Kulturaustausch hilft lediglich, das ungebrochene Konkurrenzgebaren der Nationen zu camouflieren.«[135]

Andererseits zeigen sich Wunsch und Anspruch, *Nationalkultur* mit neuen Bedeutungsgehalten zu verknüpfen. Gerade die Thematisierung von »Einwanderung« und ihren Folgen führt auf dieser Tagung weniger zu der Suche nach neuen Grundbegriffen, um eine sich verändernde Wirklichkeit adäquat beschreiben zu können, sondern zu dem Bemühen, eine sich rasant modifizierende Gegenwart in die etablierten Ordnungsmuster einzupassen. Den Anknüpfungspunkt bilden hierzu die integrativen und emanzipatorischen Potenziale, die das Konzept *Nationalkultur* ursprünglich einmal besessen habe:

»Warum ist Nationalkultur heute in Deutschland eine Provokation? Weil die früher einmal inklusive Dimension des Begriffs gänzlich von der exklusiven verdrängt worden ist. Auf Nationalkultur zu pochen, heißt offenbar: Bürger im eigenen Land und den Rest der Welt von ihr auszuschließen. Wer so redet, verkennt den Umstand, dass Nationalkultur in ihrer progressiven Idee ein Angebot zur Teilhabe war. Jeder Bürger, auch die Vertreter von Minderheiten, sollte einen Beitrag zu diesem Projekt leisten können, und den anderen Nationen konnte unsere Nationalkultur dienen als eine Erzählung von unserer Art zu sein. Wer heute die ›Erste Person Plural‹, die kollektiven Erzählungen und das ›Wir-Gefühl‹ beschwört, könnte an solche Erzählungen anschließen.«[136]

Dieser Versuch, neue Erzählungen zu konstruieren, führt also zunächst zu dem Festhalten an einer Reihe von Vorstellungen, die in der Phase der Nationenbildung im 19. Jahrhundert entwickelt und etabliert worden waren: etwa von der Integration eines Kollektivs über die gemeinsame Kultur; von der Existenz eines »kulturellen Wir«; von dem Übereinanderfallen von Kultur, Nation und Territorium als weiterhin anzustrebenden Normal- und Idealfall oder auch von der Markierung von Grenzen durch Kultur. Dieser Versuch führt aber auch zu Verweisen auf die historischen Begrenzungen des Konzepts; zu einer expliziten Orientierung an prozessualen und dynamischen Vorstellungen von »Kultur« sowie zu einem Plädoyer für eine bewusste Öffnung der *Nationalkultur* für Differenz:

135 | Ebd., S. 9.
136 | Ebd., S. 9.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

»Warum nicht eine inklusive Nationalkultur befördern, die den Vielen und Verschiedenen eine Chance zur Partizipation einräumt, die sich der Tatsache bewusst ist, dass Nationalkultur kein Museum, sondern vielmehr dessen ewige Baustelle ist, und die entsprechend handelt? Wäre nicht das progressive Moment einer solchen Nationalkultur, dass sie Grenzen anerkennt, in denen sich leben lässt, wohl wissend, dass die europäische kulturelle Identität ein Projekt für Generationen ist und noch auf sich warten lässt. Was wäre falsch an einer integrativen ›Nationalkultur für alle‹?«[137]

Aus der Organisation und inhaltlichen Ausgestaltung dieses Symposiums lässt sich somit auch der Anspruch kulturpolitischer Eliten ablesen, Diskurse mitzugestalten und hierbei Grundbegriffe zu setzen oder zu verschieben. In diesem Fall führt dies zu einer Rezentrierung von *Nationalkultur* als dem Ordnungsmodell, über die »Kultur« oder »internationale Kulturbeziehungen« gedacht und diskutiert werden können: Das Bild von abgrenzbaren nationalstaatlichen Einheiten, die durch Auswärtige Kulturpolitiken in Dialog treten, erfährt ebenso eine Bestätigung wie die Vorstellung von deren innerer Integration über eine gemeinsame Kultur.

Auslassungen: Politische Aushandlungen und die »pathologischen Elemente« des Nationalen

Hieraus ergibt sich eine erste Auslassung in der diskursiven Formation, die dieses Symposium strukturiert – eine Auslassung, die bereits Erwähnung gefunden hat: Es zeigen sich kaum Ambitionen, nach Begriffen und Ordnungsmustern zu suchen, die vielleicht besser geeignet wären, kulturelle Dynamiken im Kontext von vielfältigen Mobilitäten, von Globalisierungs- und Europäisierungsprozessen einzufangen als diese Betonungen einer territorialen Verankerung von »Kultur« und der angenommenen Normalität nationalkultureller Identitäten. Anstatt also die enge Bindung von Kultur, Territorium und Nation grundlegend in Frage zu stellen und Deutschland etwa als einen *kosmopolitischen Kreuzungspunkt unterschiedlicher Migrationsbewegungen und transnationaler Mobilitäten*[138] auch konzeptionell neu zu denken, führt das Symposium zu einer Bestätigung etablierter Ordnungsmodelle, die eine nationale Bindung von Kultur als Ideal- und Normalfall betrachten. Hierbei ist entscheidend, dass die damit verbundenen Vorstellungen von »unserer Art zu sein« und einer verbindenden »eigenen Kultur« im Kontext von globalen

137 | Ebd., S. 10.

138 | Hier im Anschluss an: Regina Römhild: Transnationale Migration und soziokulturelle Transformation: Die Kosmopolitisierung der Gesellschaft; siehe: http://heimatkunde.boell.de/2011/05/18/transnationale-migration-und-soziokulturelle-transformation-die-kosmopolitisierung-der (letzter Zugriff am 24. November 2017).

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Verflechtungen, Mobilitäten, politischen und medialen Entgrenzungen, aber auch von innergesellschaftlichen Individualisierungsprozessen zunehmend ihre Fraglosigkeit verlieren. An ihre Stelle treten Verhandlungen, in denen im Kern um Zugehörigkeiten, die Sichtbarkeit unterschiedlicher Gruppen und Partizipationsrechte gerungen wird – anders formuliert: die Fragen nach »Zusammengehörigkeit«, gesellschaftlicher »Integration«, aber auch nach »kultureller Außendarstellung« sind zutiefst politische, wie sich anhand eines Zitates verdeutlichen lässt:

»Whose culture shall be the official one and whose shall be subordinated? What culture shall be regarded as worthy of display and which shall be hidden? Whose history shall be remembered and whose forgotten? What images of social life shall be projected and which shall be marginalized? What voices shall be heard and which silenced? Who is representing whom and on what basis?«[139]

Bemerkenswert ist, dass dieses Symposium solche politischen Aushandlungen um Partizipation und Sichtbarkeit kaum als Grundlage spätmoderner Gesellschaften einbezieht und sich stattdessen darauf konzentriert, Zugehörigkeit zu rekulturalisieren. In den Hintergrund gerät hierbei, dass sich Vorstellungen von einer verbindenden Nationalkultur oder einer geteilten nationalen Identität – in Anbetracht der bereits im Abschnitt I.3 diskutierten Dynamiken – nur durch politische, kulturelle und mediale Verfahren oder »Technologien« zur Rezentrierung aufrecht erhalten lassen. Das Beispiel dieses Symposiums verdeutlicht, wie aktiv Angehörige der policy community an solchen Konstruktionsprozessen beteiligt sind. Sie zeigen sich hier gewissermaßen als »Technologen des Nationalen«, die an der Anpassung und Bestätigung etablierter Begriffe mitwirken und zumindest in diesem Rahmen die Suche nach neuen Beschreibungsmustern eher vernachlässigen.

Eine zweite Auslassung bezieht sich stärker auf systemische Faktoren, aufgrund derer die Kategorien des Nationalen überhaupt erst zum »Problem« geworden sind. Arjun Appadurai hat darauf hingewiesen, dass »hinter dem modernen Nationalstaat eine fundamentale und gefährliche Idee steckt: die des ›nationalen Ethnos‹«. Die ausschließenden und ausgrenzenden Effekte der nationalen Idee sind demnach weniger Ausdruck eines seltenen Extremfalls, sondern ihr gewissermaßen systemisch mitgegeben:

»Keine moderne Nation, so freundlich bzw. gutmütig ihre Regierung auch sein mag und so beredt ihre Repräsentanten in der Öffentlichkeit die Werte von Toleranz, Multikultu-

139 | Glen Jordan & Chris Weedon: Cultural Politics: Class, Gender, Race and the Postmodern World. Oxford 1995, S. 4.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

ralismus und Inklusion auch beschwören mögen, kommt ohne die Vorstellung aus, ihre nationale Souveränität gründe sich auf eine Art ethnischen Geist.«[140]

Im Anschluss an maßgebliche Theoretiker des Nationalstaates betont Appadurai, dass die »Idee eines einzigartigen nationalen Ethnos« keineswegs »natürlich« entstanden sei, sondern durch die »Rhetorik des Krieges und des Opfers« sowie durch repressive kultur- und sprachpolitische Maßnahmen »konstruiert und naturalisiert wurde«.[141] Die Globalisierung – so seine ernüchternde These – fördert die »pathologischen Elemente im Kern der heiligen Ideologie der Nation und der nationalen Identität«[142] besonders deutlich zutage, da sich im Kontext von mobilen Bildern, Kapitalien und Menschen die Illusionen einer Kongruenz von Territorium, Nation und Bevölkerung, von einem homogenen Kollektiv oder einer »reinen Nationalkultur« letztlich nur durch Gewalt und Politiken der Exklusion pflegen lassen.

Sicher macht es einen Unterschied, ob man *Nationalkultur* »inklusiv« oder »exklusiv« versteht und welche Bestände des tradierten nationalen Diskurses man in der Gegenwart aufgreifen möchte – aber in jedem Fall handelt es sich um ein Konzept, das irgendwo einen Anfang hat, anhand bestimmter Kriterien begrenzt werden muss und ein distinktes »kulturelles Wir« hervorruft. Vor dem Hintergrund rassifizierender Debatten um Zugehörigkeit und unterschiedlicher Ausformungen von Mehrheitschauvinismen in vielen europäischen Staaten, der weitgehenden Hinnahme der Marginalisierung oder Exklusion großer Bevölkerungsteile und der zunehmenden Kategorisierung von Migranten entlang ihrer »Brauchbarkeit« scheint eine gewisse Skepsis gegenüber der Intention der Organisatorinnen, durch das Symposium ein »inklusives« Verständnis zu stärken, angemessen – oder um es expliziter zu formulieren: die Gewalt- und Ausgrenzungsgeschichte ist dem Konzept der *Nationalkultur* so elementar eingeschrieben, dass sie, aus meiner Perspektive, den zentralen Ausgangspunkt der Reflexionen über zeitgemäße Beschreibungsmuster für Zugehörigkeiten und Ordnungsmodelle für internationalen Kulturaustausch darstellen müsste.

140 | Arjun Appadurai: Die Geographie des Zorns, S. 15f.

141 | Ebd., S. 16.

142 | Ebd., S. 13.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Zeithistorische Kontexte: Nation Rebuilding in der Berliner Republik

Abschließend möchte ich das Symposium vor dem Hintergrund der Beobachtungen von Irene Götz zu einer *Wiederentdeckung des Nationalen nach 1989*[143] in einen breiteren zeithistorischen Rahmen einordnen. Götz entwickelt den Begriff des »Nation Rebuilding«, um eine neue Konjunktur des Nationalen nach der deutschen Vereinigung, sein vermehrtes Auftauchen in den Feuilletons, in Ausstellungen, erinnerungspolitischen Debatten, Fernsehsendungen oder Symposien zu interpretieren. Im Kern erkennt sie ein »Wechselspiel von De- und Renationalisierungsprozessen, das die Konjunktur nationaler Diskurse und entsprechender Praktiken seit den 1990er Jahren bestimmt«[144] und letztlich auf grundlegende Transformationsprozesse des deutschen Nationalstaates verweist. Auf der einen Seite stehen demnach also umfassende Prozesse der Denationalisierung vormals staatlicher Aufgaben und Souveränitäten, politischer Zuständigkeiten und biografischer Bezugssysteme. Auf der anderen Seite beobachtet sie »die mit diesen post- und transnationalen Strukturveränderungen auch verbundenen Gegen- oder Rückwärtsbewegungen: die Tendenzen einer Renationalisierung«[145] und somit den verstärkten »Rückbezug auf tradierte nationale Leitbilder und Semantiken gerade im politischen Alltag«.[146]

Diese Vorstellung eines Wechselspiels – welche die Initiatoren des Symposiums in ähnlicher Weise bedienen – ergänzt Irene Götz durch eine dritte Dynamik, die zur Analyse dieser Tagung und auch zur Identifizierung eines *Habitus kultureller Repräsentation* besonders interessant erscheint: Die zunehmende Aktivierung des Nationalen als einer »reflexiven Größe«, die sich etwa in der Gründung oder Etablierung neuer staatlicher Institutionen, politischer Rituale und Mythen, neuer Geschichtsbilder und Symbole zeigt und auf das Ziel verweist,

> »dem nach 1990 gewissermaßen neu gegründeten Nationalstaat veränderte Konturen und gewandelte identitätspolitische Semantiken zu verleihen sowie ihn transnational zu positionieren, wozu die verschiedenen Akteursgruppen von Politik, Medien, Kunst und Wirtschaft alte und neue Bilder der Nation, je nach Kontext in unterschiedlicher Gewichtung und Zusammenstellung zusammenfügen. Diese hybriden Formen des Nation Branding sind dabei eng mit dem Prozess eines Building Europe verknüpft.«[147]

143 | So der Untertitel ihrer bereits mehrfach zitierten Studie: Irene Götz: Deutsche Identitäten.

144 | Ebd., S. 89. Auch der Begriff »Nation Rebuilding« findet sich auf dieser Seite.

145 | Ebd., S. 89.

146 | Ebd., S. 90.

147 | Ebd., S. 92.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Der diskursive Raum, der im Rahmen des Symposiums *Wiedervorlage: Nationalkultur* entsteht, wird maßgeblich durch diese drei Entwicklungen durchzogen und bestimmt: Der Verweis auf Gegenreaktionen zu aktuell wirkmächtigen Denationalisierungsprozessen stellt eine wesentliche Argumentationsfigur dar, über welche die Initiatorinnen den inhaltlichen Fokus ihrer Tagung begründen. Hinzu treten in den Diskussionen und Redebeiträgen routinierte Bezugnahmen auf Leitbilder und Semantiken des Nationalen, die zumeist im 19. Jahrhundert entwickelt worden sind: etwa auf *unsere gemeinsame Muttersprache Deutsch* als selbstverständlichen Kernbestand der verbindenden *Nationalkultur,* auf das Idealbild von der *Kulturnation* oder auf die Vorstellung von einer *besonderen geschichtlichen Erfahrung,* welche die Deutschen als Kollektiv identitär und kulturell präge.[148] Zugleich ließ sich ein reflexives Moment in zumindest zweierlei Hinsicht erkennen: Einerseits als ein Modus, um sich dem Nationalen mit einer demonstrativen Distanz und Diskussionsbereitschaft zu nähern; andererseits als eine Praxisform, die bestimmte Elemente des tradierten Diskurs vom Nationalen entdeckt, betont oder herausstellt und zu einem erneuerten *Narrativ von der integrativen Nationalkultur* zusammenfügt. Sichtbar wird somit, in welch grundlegendem Umfang das Akteursfeld Auswärtiger Kulturpolitik an den Prozessen einer reflexiven Produktion von *identitätspolitischen Semantiken und symbolischen Räumen des Nationalen* in der Berliner Republik beteiligt ist.

Reflexiver Modus und reflexive Praxisformen im Umgang mit dem Nationalen lassen sich somit auch als Schlüsselbestand eines *Habitus kultureller Repräsentation* – wie er sich auf dem Symposium darstellte – festhalten: also des Ensembles von Positionen, Haltungen und Wissensbeständen, mit denen auch eine Kulturmittlerin in Sarajevo oder Ramallah umgehen können muss, um zwischen kulturpolitischen Diskursen und Förderinstanzen einerseits und ihren lokalen Arbeitskontexten andererseits plausible Verbindungen herzustellen. Grundlegend erscheint mir hierbei die *routinierte Bewegung zwischen Reflexion und Rezentrierung, zwischen Flexibilisierung und Authentisierung* im Umgang mit »Kultur« und ihren nationalstaatlichen Bindungen. In dieser Bewegung lässt sich ein Narrativ entwickeln, das durch Bezugnahmen auf klassische nationale Leitbilder – gemeinsame Sprache und Kultur, geteilte Geschichte und Identität – eine Authentisierung erfährt und sich durch Verweise auf die *Weltoffenheit* Deutschlands, die innere *Vielfalt* oder den *europäischen Rahmen der deutschen Nationalkultur* flexibilisieren lässt. Diese reflexive Verknüpfung lässt sich anhand eines Zitates aus der Rede des Bundesaußenministers verdeutlichen:

148 | Siehe hierzu etwa den Beitrag des Präsidenten des Goethe-Institutes: Klaus-Dieter Lehmann: Selbstvergewisserung und Integration durch praktisches Handeln. In: Christoph Bartmann et al. (Hrsg.): Wiedervorlage: Nationalkultur, S. 27-33.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

»Weltoffenheit, Weltzugewandtheit, aber auch: Eigenständigkeit, das Ganze gepaart mit vernünftigen und modernen Strukturen und einer Prise Ironie, einer ›Identität im Zweifel‹ wie das der Historiker Hans Belting genannt hat, scheinen mir für beides, für äußeres Ansehen und für eine aktuelle kulturelle Blüte, eine Rolle zu spielen.«[149]

Entscheidend ist hier das Festhalten an der Idee von der *Eigenständigkeit* – anders ausgedrückt: Reflexivität, Zweifel oder Weltoffenheit bestimmen vielleicht die konkreten Inhalte und Erzähltechniken des Narrativs vom Nationalen, das im Rahmen eines solchen Symposiums zusammengesetzt und mobilisiert wird; zugleich erfahren aber elementare Grundmuster eine Naturalisierung als »Geschäftsgrundlage« des Akteursfeldes Auswärtiger Kulturpolitik: etwa von der zu bewahrenden *Eigenständigkeit einer geteilten Kultur und Identität* oder von den gemeinsamen Erfahrungen eines »kulturellen Wirs«.

Diese Überlegungen bieten zugleich die Möglichkeit, die Veranstaltung eines Symposiums mit dem Titel *Wiedervorlage: Nationalkultur* mit dem Fokus dieser Studie in Zusammenhang zu bringen: Denn die Definition von *Konfliktprävention* oder der *Förderung von Demokratie und Menschenrechten* als Zielsetzungen Auswärtiger Kulturpolitik um die Jahrausendwende lässt sich als eine Bewegung zur Denationalisierung und kosmopolitischen Öffnung des Politikbereichs verstehen. Sicherlich ist es nicht angemessen, eine direkte Abhängigkeit zwischen politischen Papieren – wie der *Konzeption 2000* – und einem solchen Symposium zu behaupten. Aus einer diskursanalytischen Sicht liegt es aber doch nahe, die Organisation einer so hochkarätigen Tagung im Zentrum Berlins als eine Art renationalisierende Gegenbewegung zu den entnationalisierenden Tendenzen in der diskursiven Formation einer *Auswärtigen Kulturpolitik als Konfliktprävention* zu interpretieren.

5. Dichotomien: Der innere und der äussere Raum der Kultur

In diesem Abschnitt führe ich die bisherigen Analysen zur imaginären Dimension Auswärtiger Kulturpolitik zusammen, indem ich abschließend die *epistemologische Ordnung*, welche die Diskurse, Sprechpositionen und Wissensbestände in diesem Politikbereich auf einer elementaren Ebene strukturiert, herausarbeite. Die These lautet, dass sich diese epistemologische Ordnung durch eine *dichotomische Logik* im Umgang mit »Kultur« auszeichnet. Diese Logik führt zu einem bemerkenswerten doppelten Effekt: Einerseits wird

149 | Frank-Walter Steinmeier: »Nie geraten die Deutschen so außer sich, wie wenn sie zu sich kommen wollen« – Was heißt Nationalkultur im 21. Jahrhundert? In: Christoph Bartmann et al. (Hrsg.): Wiedervorlage: Nationalkultur, S. 17-25, S. 20.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

durchgängig das Bild einer *Grenze zwischen einem inneren und einem äußeren Raum der Kultur* reproduziert und andererseits zugleich kontinuierlich zu ihrer *Bearbeitung, Überschreitung und Relativierung* aufgefordert. Das Vermögen, mit dieser Logik umzugehen, also routiniert entlang dieser imaginären Grenze zu operieren, zähle ich wiederum zu den *impliziten Wissensbeständen*, über die ein Akteur verfügen muss, um sich dauerhaft innerhalb der policy community bewegen zu können.

»Unsere Geschichte, Traditionen, Werte und Haltungen«: Die epistemologische Grundfigur Auswärtiger Kulturpolitik

Die Grundfigur zur Ordnung von Wissen in diesem Politikbereich lässt sich anhand einer Äußerung von Außenminister Steinmeier illustrieren:

»Die neue unübersichtliche, oder in diplomatischer Sprache multipolare Welt, das Wachsen neuer Zentren mit wirtschaftlichem und politischem Einfluss führt auch zu neuem kulturellen Selbstbewusstsein in Ostasien, Afrika und der arabischen Welt. Weniger denn je können wir davon ausgehen, dass europäische Werte und Traditionen selbstverständlich Ziel und Orientierungspunkt der gesellschaftlichen Entwicklung in anderen Regionen der Erde sind. [...] Wir haben keine Garantie, dass wir gehört werden. Aber wir müssen mehr investieren: kulturell, politisch, finanziell, um uns im besten Sinne des Wortes ›verständlich‹ zu machen, uns zu erklären, draußen in der Welt, unsere Geschichte, Traditionen, Werte und Haltungen, um Gefahr von Missverständnissen zu reduzieren.«[150]

Hier fällt auf, dass in einer Äußerung, die eine zunehmend »unübersichtliche Welt« zum Ausgangspunkt nimmt und eine Reflexion über die eigenen kulturpolitischen Herangehensweisen einfordert, die Existenz eines »Wirs«, das über eine gemeinsame »Geschichte«, über geteilte »Traditionen, Werte und Haltungen« verfügt und sich »draußen in der Welt« »verständlich machen will«, nicht zur Debatte steht. Entscheidend ist, dass sich die Logik der Grenzziehung innerhalb der Selbstverständigungen der policy community als konstanter erweist als die konkreten Motive, die zur Begründung der Differenz zwischen »Innen« und »Außen« angeführt werden. In der Kombination von Inhalten zur Illustration der Vorstellung von »unserer Kultur« tritt eine gewisse Flexibilität zutage, auch wenn Bezugnahmen auf die etablierten oder auch jüngeren Bestände des Narrativs vom Nationalen zumeist eine zentrale Rolle spielen: etwa auf das Bild von der *geteilten deutschen Sprache;* auf die Vorstellung einer durch die kollektiven Erfahrungen von *Krieg und Schuld, Teilung und Wiedervereinigung* historisch gewachsenen *Schicksalsgemeinschaft*; auf den öffentlich

150 | Menschen bewegen, Konferenzdokumentation 2009, S. 10.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

gemachten Stolz auf die *großartigen globalen Erfolge deutscher Kunst*; auf die Betonung einer *besonderen Ästhetik der zeitgenössischen deutschen Architektur*; oder auf die globale Anziehungskraft *deutscher Bildungstraditionen*. Die Motive, die in der Phase der Nationalstaatsbildung zur Begründung der Vorstellung einer »geteilten Kultur« etabliert worden sind, können flexibel kombiniert und situativ mit neueren Figuren verknüpft werden. So lässt sich etwa die altbekannte Vorstellung einer *nationalen Schicksalsgemeinschaft* durch Verweise auf die *besondere Erfahrung der Deutschen in der Aufarbeitung und Überwindung von Diktaturen* aktualisieren und als Ausgangspunkt gegenwärtiger kulturpolitischer Vermittlungsarbeit in Transformationsländern repositionieren. [151]

Authentisierung und Flexibilisierung des inneren Raums: Das Wechselspiel zwischen Betonung und Relativierung von kultureller Differenz

Im Anschluss an die Befunde der letzten Abschnitte lässt sich somit auch in der inhaltlichen Füllung der epistemologischen Grundfigur des »inneren Raums« ein Wechselspiel zwischen *Rezentrierung und Reflexivierung des Nationalen*, zwischen *Strategien der Authentisierung und Flexibilisierung* nachzeichnen: Denn trotz der anpassungsfähigen Kombination von Motiven und Bezugnahmen wird die Vorstellung von einem begrenzbaren »inneren Raum« in all diesen Fällen kulturalisiert und zugleich authentisiert. Die zentrale Strategie der Authentisierung stellt hier die kontinuierliche Reproduktion des Bildes von einer Grenze dar, das die Grundfigur des Politikbereichs von einem »kulturellen Wir«, das sich *verständlich machen will*, immer wieder aufs Neue bestätigt. Die relative Flexibilität im Umgang mit Inhalten lässt sich hingegen als eine Konsequenz der besonderen Verwendungskontexte von Kultur in diesem Politikbereich verstehen: Denn hier geht es weder darum, das »Innere« gegen das »Äußere« undurchlässig abzuschließen, noch um eine einseitige Präsentation gleichbleibender Inhalte einer »eigenen Kultur« jenseits ihrer Grenzen. Im Zentrum steht stattdessen die Absicht, Beziehungen zwischen dem inneren und dem äußeren Raum herzustellen und somit kontinuierlich entlang dieser imaginären Grenze kulturpolitische Praxisfelder zu eröffnen – um Bilder und Positionen aus dem »Innen« nach »Außen« zu vermitteln; um Dialogprozesse zwischen dem inneren und dem äußeren Raum zu initiieren; aber auch um etwa im Zuge einer Standortpolitik zur positiven Entwicklung des inneren Bereichs durch die Einbeziehung von Kreativität und wissenschaftlicher Exzellenz aus dem »Außen« beizutragen. Gemäß dem politischen Narrativ geht es im Kern darum, Anschlüsse zu produzieren, Verknüpfungen herzustellen und somit die Grenze in der kulturpolitischen Praxis routiniert zu überschrei-

151 | Alle diese Positionen wurden auf den Berliner Konferenzen vorgebracht.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

ten. Auswärtige Kulturpolitik ist also durch eine epistemologische Grundfigur geprägt, die einerseits durchgängig die Vorstellung einer Grenze reproduziert und andererseits kontinuierlich zur Relativierung dieser Grenze durch *Dialog, Begegnung und Austausch* auffordert. Wie erklärt sich dieses auf den ersten Blick etwas ambivalente Wechselspiel?

Diese Fragestellung lässt sich durch einen Rückgriff auf Herangehensweisen einer anthropologischen Ethnizitäts- und Nationalismusforschung bearbeiten, in denen dem Problem der Beziehung zwischen Grenzen und kultureller Differenz eine besondere Beachtung geschenkt wird. Fredrik Barth hat dieses Forschungsfeld Ende der 1960er Jahre grundlegend verändert, indem er aufzeigte, dass sich Vorstellungen von kulturellen Unterschieden häufig gerade durch grenzüberschreitende Austauschs- und Interaktionsprozesse zwischen sozialen und ethnischen Gruppen immer wieder aufs Neue konstituieren.[152] Die analytische Perspektive auf sozial wirkmächtige Bilder von »kultureller Differenz« oder von der »eigenen Kultur« hat sich durch diese Beobachtung gewissermaßen umgedreht: Anstatt kulturelle Unterschiede zwischen sozialen Gruppen oder staatlichen Einheiten als substanziell gegeben und Abgrenzungen als deren natürliche Folge zu betrachten, rückten Prozesse, Mechanismen und Techniken der Grenzziehung in den Fokus. Durch eine solche Herangehensweise lässt sich aufzeigen, dass die Aufrechterhaltung von Grenzen in vielen Feldern gewissermaßen das eigentliche »Problem« darstellt, da ohne sie die Vorstellung von nach außen abgrenzbaren und nach innen kohärenten Gruppen kaum am Leben zu halten wäre. »Kultur« wird vor diesem Hintergrund zu einem zentralen Modus, um Bilder von der Existenz distinkter Kollektive immer wieder hervorzurufen. Grenzüberschreitende Austauschprozesse führen demnach nicht zwingend zur Verflüchtigung der Vorstellungen von kulturellen Unterschieden, sondern häufig ganz im Gegenteil zur Verfestigung und Inszenierung von »Differenz«, die anhand bestimmter Symbole, Praxen oder Rituale markiert und sichtbar gehalten wird.

Wendet man diese Erkenntnisse auf die Analyse der epistemologischen Grundfigur Auswärtiger Kulturpolitik an, so wird deutlich, dass die policy community gewissermaßen systemisch zur Reproduktion des Bildes einer Grenze angehalten ist, um elementare Ausgangspunkte des politischen Narrativs aufrechtzuerhalten: Eine dichotomische Logik durchzieht die Akteurs- und Diskursfelder, ordnet die Wissensbestände, kulturellen Positionen und Personen einem »Innen« oder »Außen« zu und führt zugleich zu dem Auftrag, diese beiden Sphären in einen Austausch zu bringen. Bereits in Vorbereitung auf das folgende Kapitel lässt sich festhalten, dass die kontinuierliche

152 | Siehe hierzu: Fredrik Barth: Introduction. In: Ders. (Hrsg.): Ethnic Groups and Boundaries: The Social Organization of Culture Difference. Boston, Oslo et al. 1969, S. 9-38.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Betonung von *Dialog und Begegnung* nicht nur auf einer diskursiven Ebene zu einer Wechselwirkung zwischen Reproduktion und Relativierung der Vorstellungen von »Grenzen« und »kulturellen Unterschieden« führt, sondern zugleich im Hinblick auf die kulturpolitische Praxis in den Zielregionen einen doppelten Effekt hervorruft: Die dichotomische Logik verlangt einerseits nach *Bühnen* zur Repräsentation und Inszenierung der distinkten »eigenen Kultur« und »nationalen Spezifik«; erforderlich sind andererseits *Praxis- und Übersetzungsfelder*, in denen grenzüberschreitende Kooperationen, Interaktionen und Austauschprozesse zwischen Individuen und Gruppen konkret stattfinden können. Goethe-Institute im Ausland müssen beide Funktionen erfüllen, um den Vorgaben des offiziellen Narrativs und seiner epistemologischen Grundfigur gerecht zu werden.

Materielle Effekte der epistemologischen Grundfigur: Goethe-Institute im Ausland

Ein Goethe-Institut selbst lässt sich dabei als eine Materialisierung dieser epistemologischen Grundfigur verstehen. Hier findet das Bild von einem »inneren Raum«, der sich durch kulturelle Differenz von seiner Umgebung unterscheidet und zugleich den Ausgangspunkt für Dialog und Austausch mit dem »äußeren Raum« darstellt, eine physische Form: Betritt eine Besucherin ein Goethe-Institut in Sarajevo, Ramallah oder Tel Aviv, so überschreitet sie eine wahrnehmbare Grenze und findet sich in einem ästhetisch und symbolisch markierten Raum wieder. Goethe-Institute vermitteln auf einer sinnlich erfahrbaren Ebene den Unterschied zwischen einem inneren und einem äußeren Raum der Kultur: die Beschriftungen am Gebäude und Wegweisern im Inneren sind zweisprachig auf Deutsch und in der Landessprache gehalten; ein *Deutsche-Welle-Punkt* – im Prinzip ein etwas höher montierter, von Stellwänden eingefasster Fernsehapparat – breitet ganztägig einen Klangteppich mit dem Programm des deutschen Auslandssenders aus; in Ständern sind Werbematerialien mit *Deutschlandbezug* und zu Kulturveranstaltungen untergebracht; die Wände sind durch Plakate mit deutschen Sehenswürdigkeiten, Verbkonjugationen oder Hinweisen auf Sprachkurse geschmückt; ein Bereich des Hauses enthält in der Regel eine Bibliothek, in der Bücher auf Deutsch oder zu Deutschland bereitstehen; in Klassenräumen findet deutscher Sprachunterricht statt; eine Programmabteilung setzt »deutsche Impulse« im Kulturleben des »Gastlandes«; aus Deutschland eingeladene Künstler, Schriftstellerinnen oder Musikerinnen werden durch ihren Auftritt an derart codierten Orten zu Repräsentanten »deutscher Kultur«; ein deutsches Leitungspersonal demonstriert »Deutschsein« bereits durch seine körperliche Präsenz und einen inkorporierten Habitus kultureller Repräsentation. Zugleich ist die Arbeit eines solchen Instituts darauf ausgerichtet, vielfältige Räume und Situationen

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

des Austauschs, der Begegnung und des praktischen Dialogs zu eröffnen – kurz: die epistemologische Grundfigur des politischen Narrativs findet sich auch in räumlichen Ordnungen und institutionellen Arrangements des Politikbereichs wieder.

Skalierungen des inneren Raums: Europa und der Westen als kulturpolitische Sprechpositionen

Anhand einzelner öffentlicher Sprechakte, aber auch anhand von Projekt- und Veranstaltungsformaten lässt sich zeigen, dass diese epistemologische Grundfigur skalierbar ist: In der Regel wird sie durch Bezugnahmen auf die Bestände des symbolischen Raums des Nationalen begründet; in einigen Fällen führt sie aber zu Bildern von der Existenz einer umgrenzbaren »europäischen Kultur« oder vom »Westen« als einer zivilisatorischen Einheit. Der Verlauf der Grenze lässt sich also in einem gewissen Umfang flexibel ziehen – das konkrete Ausmaß des kulturellen Kollektivs, das sie umschließt, ist partiell variabel. Die systemische Wirkmächtigkeit der dichotomischen Logik zeigt sich auch hier, da die epistemologische Grundfigur, um »Kultur« zu denken und die eigene Sprechposition zu definieren, weitgehend unhinterfragt bleibt. Dies möchte ich an zwei Beispielen erläutern:

Im Rahmen einer Konferenz, die das Auswärtige Amt gemeinsam mit der Akademie der Künste in Berlin im Jahr 2007 unter dem Titel *Perspektive Europa* veranstaltet, wird die Skalierung des »inneren Raums« auf eine europäische Dimension deutlich.[153] Im Zentrum der Veranstaltung stehen – neben einer Rede des Außenministers – zwei Panels, in denen »europäische« und »nicht-europäische« Intellektuelle und Schriftsteller getrennt voneinander diskutieren. Im Falle der Rede Steinmeiers ist die Tendenz zur Skalierung der Vorstellung von einem »inneren Raum« auf eine europäische Ebene bereits im Titel *Europa und der Blick von au*ßen enthalten. Auch die beiden Diskussionsrunden reproduzieren diese Logik: Hier äußern sich zunächst die als »Außereuropäer« eingeladenen Intellektuellen Assia Djebar, Wang Hui, Elias Khoury und Wole Soyinka zu dem vorgegebenen Thema *Der Blick von außen*. Darauf folgt eine Runde mitteleuropäischer Autoren und Kulturschaffender, die zu der Frage *Wer ist Europäer?* diskutieren.[154] Ein öffentlicher Austausch zwischen den Teilnehmern und Positionen der beiden Panels ist nicht vorge-

153 | Feldnotizen zu der – auch medial viel beachteten – Veranstaltung *Perspektive Europa*, Akademie der Künste Berlin, 1.-2. Juni 2007. Siehe hierzu das Programmheft der Akademie der Künste oder den Eintrag auf der Homepage: http://projekte.adk.de/europa/home.html (letzter Zugriff am 11. August 2017).

154 | In diesem Panel diskutierten Mario Adorf, György Konrád, Andrzej Stasiuk und Ilija Trojanow.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

sehen, so dass das Bild von einem abgrenzbaren »Europa«, das sich von außen beobachten und kommentieren lässt, entsteht. Die Problematik dieser Ordnungslogik zeigt sich besonders deutlich anhand des Panels der »Außereuropäer«: Die Diskussionsteilnehmer werden durch die Fragen der Moderatorin durchgängig dazu aufgefordert, eine externe Position einzunehmen, obwohl ihr intellektuelles Schaffen aufgrund ihrer (post-)kolonialen Bildungs- und Arbeitsbiographien vielfältig mit Europa, seiner Geschichte, seinen Diskursen und Sprachen verwoben ist – anders formuliert: durch die dichotomische Grundfigur wird Intellektuellen, die fraglos Teil eines global verflochtenen Europa sind, eine Außenposition zugewiesen. Die historisch gewachsenen, weltweiten kulturellen Verwebungen, aus denen Europa in seiner gegenwärtigen Form überhaupt entstanden ist und welche eine zentrale Rahmenbedingung der künstlerischen Arbeit der Diskutanten darstellen, verschwinden durch die Organisationslogik der Veranstaltung – die auf die epistemologische Ordnung des Politikbereichs verweist – zugunsten der Vorstellung eines umgrenzbaren »inneren europäischen Raums«, der sich von außen betrachten lässt.

Das zweite Beispiel betrifft den Politikschwerpunkt *Dialog mit der islamischen Welt*, der als Reaktion auf die Anschläge vom 11. September 2001 in New York geschaffen wurde. Hierzu wurde die Position eines *Beauftragten für den Dialog zwischen den Kulturen* und ein Referat *Dialog mit der islamischen Welt* innerhalb des Auswärtigen Amtes eingerichtet sowie ein Netzwerk aus sprach- und fachkundigen Referenten an den deutschen Auslandsvertretungen in der Zielregion, die »über die Bedeutung von Islam und Islamismus in ihren Gastländern« berichten, aufgebaut.[155] Weiterhin stehen seit 2002 jährlich zwischen 4 und 5 Millionen Euro als Sondermittel für Projekte und Austauschprogramme zur Verfügung. Die dichotomische Logik ist hier bereits in die Benennung des Förderprogramms eingeschrieben: *Europäisch-Islamischer Kulturdialog*. Der »innere Raum« bezieht sich in diesem Politikbereich zum Teil auf »Europa«, häufig aber auch auf die Vorstellung vom »Westen« als einer kulturell oder zivilisatorisch kohärenten Größe, die gerade in dieser Gegenüberstellung zu dem Bild einer »islamischen Welt« ihre Konturen erhält. Dieser Zusammenhang zeigt sich etwa in der Selbstdarstellung des Politikbereichs auf der Homepage des Auswärtigen Amtes:

»Das Verhältnis zwischen westlichen und islamisch geprägten Gesellschaften ist vielfach von Missverständnissen und stereotypen Wahrnehmungen geprägt. In den meisten islamisch geprägten Staaten ist zudem in den vergangenen Jahren die Popularität des Islamismus gestiegen – einer Ideologie, die darauf zielt, Staat und Gesellschaft nach den Vorschriften des Islam einzurichten. Die politischen Konzepte von Demokratie,

155 | So hieß es im Jahr 2008 auf: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/KulturDialog/InterkulturellerDialog/IslamDialog_node.html.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

universellen Menschenrechten und Pluralismus werden dabei häufig als »westlich« und damit »unislamisch« abgelehnt. Ziel des Dialogs ist, die Verständigung zwischen dem »Westen« und der islamischen Welt sowie innergesellschaftlichen Pluralismus und den Abbau antiwestlicher Stereotypen und Feindbilder in islamisch geprägten Gesellschaften zu fördern.«[156]

In ähnlicher Weise wie bereits im dritten Abschnitt dieses Kapitels anhand der dort analysierten Regierungsdokumente wird wiederum sichtbar, wie stark eine angenommene Grenzlinie zwischen dem »Westen« und der »islamischen Welt« die Wahrnehmungsmuster außenpolitischer Eliten von der Weltordnung nach dem Kalten Krieg prägt. Gleichfalls zeigt sich an diesem Beispiel das Wirken der dichotomischen Logik in der Konstruktion eines »kulturellen Wir«, das nunmehr eben den »Westen« umfasst. Dies wird in einer Beschreibung des eigenen Arbeitsauftrages, die der *Beauftragte für den Dialog mit der islamischen Welt* im Jahr 2004 verfasste, besonders deutlich:

»Das Ziel unserer Dialogaktivitäten ist es, die Glaubwürdigkeit unserer Wertvorstellungen zu stärken. Es gilt, in der skeptisch eingestellten islamischen Welt den Nachweis zu liefern, dass wir der Debatte, die von islamischen und islamistischen Gruppen geführt werden (sic), nicht ausweichen. Wir sollten uns dafür interessieren, die muslimischen Erfahrungen mit der »Moderne« westlicher Prägung zu hören und uns grundsätzlich bereit zeigen, auch Modifikationen an unseren eigenen Positionen im Sinne eines wirklich globalen Demokratieverständnisses vorzunehmen.«[157]

Sichtbar wird hier wiederum, wie sich Konzepte von »unseren Wertevorstellungen« oder der »Moderne westlicher Prägung« gerade in der Abgrenzung von dem Gegenkonzept »islamische Welt« hervorrufen lassen.

Nun ist es nicht mein Anliegen, die Existenz von Differenzen etwa zwischen Deutschland und dem Oman in Frage zu stellen. Tatsächlich sind bestimmte politische, gesellschaftliche und ökonomische Prozesse in vielen europäischen Ländern anders verlaufen als in den Ländern Nordafrikas, des Nahen oder Mittleren Ostens – nicht zuletzt da europäische koloniale und imperiale

156 | Ebd. Anhand dieses Zitat wird nicht nur deutlich, wie »Islam« und »Westen« als eindeutig voneinander abgegrenzt konstruiert werden, sondern dass es aus dieser Perspektive die islamische Welt ist, die das »Problem« darstellt. So ist etwa keine Rede von den Kriegen, die westliche Staaten im Mittleren Osten führen oder auch von einer wachsenden Islam-Feindschaft in den europäischen und nordamerikanischen Gesellschaften – Entwicklungen, aus denen sich durchaus ein Diskussions- und Handlungsbedarf ableiten lassen könnte.

157 | Auswärtiges Amt (Hrsg.): Dialogue with the Islamic World / Dialog mit der islamischen Welt. Berlin 2006, S. 49f.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Projekte dortige Entwicklungen hemmten, ganz unterbrachen oder langwierige Konflikte auslösten. Gleichfalls ist es richtig, dass etwa die Dominanz unterschiedlicher religiöser Systeme zumindest das westliche Europa einerseits und große Teile der »islamischen Welt« andererseits in einen jeweiligen historischen und kulturellen Kontext gerückt haben. Ebenso lässt sich nicht verleugnen, dass Versuche zur Politisierung der Vorstellung eines grundlegenden Gegensatzes zwischen dem »Islam« und dem »Westen« durch unterschiedliche Akteure in den letzten Jahren eine zum Teil nachhaltige Wirkung entfaltet haben. Das Problem in der Konzipierung eines Politikbereichs *Dialog mit der islamischen Welt* besteht aber darin, dass hier Grenzen und Unterschiede in der Tendenz essentialisiert werden – anders formuliert: der widersprüchliche Verlauf vieler dieser politischen und gesellschaftlichen Prozesse in den einzelnen Ländern, die Debatten und internen Kämpfe, die sich jeweils mit ihnen verknüpften, die inneren Brüche und Ambivalenzen, die mitunter großen Unterschiede im Verlauf solcher Prozesse innerhalb des »Westens« oder des Nahen Ostens, die multiplen Verflechtungen und Austauschbeziehungen, die sowohl Europa als auch islamische Länder nachhaltig geprägt und geformt haben oder auch die vielfältigen Präsenzen von Muslimen in westlichen Gesellschaften werden durch einen solchen Ansatz bereits durch die epistemologische Grundordnung ausgeblendet. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob durch eine solche praktische Übersetzung der dichotomischen Logik in ein politisches Programm das Problem eines Auseinanderdriftens zweier geopolitischer Räume, das eigentlich entschärft werden soll, nicht eher verfestigt wird: Eben durch die Festschreibung des Bildes von einer grundlegenden Grenze, die beiden Regionen jeweils eine nach »Innen« homogene und nach »Außen« abgrenzbare Form gibt.

Skepsis gegenüber der epistemologischen Ordnung

Das Vermögen zur Skalierung des »inneren Raums« unterstreicht noch einmal die Wirkmächtigkeit der dichotomischen Logik, die das politische Narrativ strukturiert, Wissensbestände ordnet und Sprechpositionen definiert. Aus diesen Beobachtungen folgt aber nicht, dass Skepsis oder Kritik gegenüber den Effekten dieser Logik ausgeschlossen sind. So äußerte eine Mitarbeiterin des Referats *Islamdialog* im Auswärtigen Amt mir gegenüber, dass man eigentlich mit den dualen Denkmodellen brechen müsse, um die ursprüngliche Absicht, durch die Stärkung des *Dialogs mit der islamischen Welt* einen Gegenentwurf zur These vom *clash of civilizations* zu entwickeln, realisieren zu können. Gerade in der Begründung dieses Politikschwerpunktes falle man aber immer wieder in dichotomische und zugleich wertende Argumentationsfiguren – etwa von der »Modernisierungskrise in der islamischen Welt« oder vom »Westen«

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

als der selbstverständlichen universalen Norm für Entwicklung und Demokratie –, die einen »Dialog auf Augenhöhe« schwierig machten.[158]

Eine kritische Haltung gegenüber den Grundfiguren und Denklogiken, die den Ansatz eines *Europäisch-Islamischen Kulturdialogs* durchziehen, findet sich bis hin zu führenden Mitgliedern der policy community. So formulierte etwa Minister Steinmeier seine Skepsis:

»Ich frage mich im übrigen manchmal, ob wir mit dem fast als Parallelaktion zum ›Krieg gegen den Terrorismus‹ gestarteten Dialog mit dem Islam beziehungsweise mit der islamischen Welt nicht der Stellvertreter- und Avantgardestrategie der islamischen Fundis ein wenig auf den Leim gehen. Wir laufen Gefahr, als Einheit zu behandeln, was der terroristische Islamismus erst zu einer schmieden will.«[159]

Steinmeier regte an, die zu diesem Zeitpunkt etablierte Figur vom *Dialog der Kulturen* durch das Idealbild einer *Kultur des Dialogs* als Orientierungsgröße Auswärtiger Kulturpolitik zu ersetzen, um die Vorstellung von sich gegenüberstehenden zivilisatorischen Blöcken abzumildern:

»Wenn ich in Zentralasien mit Regierungsvertretern rede oder in Afghanistan mit einer Lehrerin an einer von der EU finanzierten Mädchenschule, dann führe ich keinen Dialog mit dem Islam, auch wenn meine kulturelle Prägung eine andere sein wird als die der Leute, mit denen ich spreche. Wir haben schon etwas gemeinsam, bevor wir unser Gespräch beginnen, sei es die Regierungsverantwortung in unserem Staat, sei es das Interesse an Bildung und Ausbildung. Verantwortung und Interesse führen uns zusammen und sie bestimmen auch das Thema. Wir wollen auf etwas hinaus, ja im gar nicht so seltenen Fall: sogar gemeinsam etwas erreichen.«

Bemerkenswert ist, dass auch Minister Steinmeier – trotz dieser grundlegenden Skepsis – an dem Instrument des *Islamdialogs* festhielt und somit auch einer dichotomischen Logik, der er kritisch gegenübersteht, ihren Entfaltungsbereich beließ. Als ein Fazit lässt sich formulieren, dass sich gerade aus dem Zusammenwirken von diskursiven und materiellen Ordnungen, von langfristigen politischen Narrativen und dem Selbstverständnis der policy community, von Förderprogrammen und Veranstaltungsformaten eine gewissermaßen systemische Wirkmächtigkeit der etablierten epistemologischen Grundfigur ergibt. Das Bild von einer Grenze zwischen dem inneren und äußeren Raum der Kultur, die es zu bearbeiten und zu überschreiten gilt, besitzt in dem Po-

158 | Feldnotizen vom August 2008.

159 | »Der Dialog der Kulturen: eine Herausforderung für die deutsche Außenpolitik« – Rede von Bundesaußenminister Steinmeier auf Einladung der EKD am 21.11.2006; auch das folgende Zitat.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

litikbereich eine weitgehend naturalisierte Plausibilität, der sich Vertreter der policy community gerade in Momenten der öffentlichen Repräsentation und Legitimierung Auswärtiger Kulturpolitik offensichtlich nur schwer entziehen können. Formen der Skalierung des inneren Raums werte ich nicht nur als einen weiteren Ausdruck genau dieser hohen Plausibilität, sondern sie verweisen zugleich auf die Schwierigkeit, innerhalb des offiziellen Narrativs eine Sprechposition zu definieren, die ohne die Vorstellungen von einer »eigenen Kultur« oder von einem »kulturellen Wir« auskommt.

Zugleich deutet sich an, dass skeptische Potenziale gegenüber der strukturierenden Kraft der dichotomischen Logik und epistemologischen Grundfigur gerade in konkreten *kulturpolitischen Praxis- und Übersetzungsfeldern* entstehen können. Dies zeigt sich an dem letzten Zitat des Außenministers ebenso wie in Äußerungen meiner Gesprächspartnerin aus dem Arbeitsbereich *Islamdialog*, die ihr Vorgehen als ein »learning by doing« charakterisierte – also als eine mitunter experimentelle Suche nach Wissen, geeigneten Kooperationspartnern, Herangehensweisen oder Projektformaten, die »nicht akademisch sind, sondern Handeln ermöglichen.«[160] Der Anspruch und der Auftrag in sehr diversen lokalen Kontexten präsent zu sein, Dialogprozesse mit den unterschiedlichsten Partnern zu initiieren und hierbei jeweils relevante Anschlüsse zu erzielen, scheint eine zumindest partielle Reflexivierung bestimmter Grundfiguren des politischen Narrativs zu ermöglichen. Aus dem Aufeinandertreffen der etablierten epistemologischen Ordnung und den Erfordernissen der praktischen Arbeit können somit *Reibungen* entstehen, deren Rückwirkungen auf die imaginäre Dimension des Politikbereichs es im Auge zu behalten gilt. In der Konsequenz ist davon auszugehen, dass sich eine deutsche Kulturmittlerin in Ramallah oder Sarajevo in eben diesem Wechselspiel aus routinierter Reproduktion und situativer Flexibilisierung der dichotomischen Logik, aus der fraglosen Repräsentation einer »eigenen Kultur« und der alltäglichen Orientierung an den konkreten Problemstellungen projektbezogener Kooperation bewegt. Reibungen zwischen epistemologischen Ordnungen und anwendungsorientierten Handlungslogiken stellen im folgenden Kapitel eine wichtige Untersuchungsperspektive dar. Bevor ich mich aber dieser Wissens- und Übersetzungsarbeit in Ramallah, Tel Aviv und Sarajevo zuwende, möchte ich noch einen kurzen Blick auf die *asymmetrischen Relationen* zwischen den politischen Zentren und Mittlerorganisationen als einer zentralen Rahmenbedingung für die translokale Mobilisierung politischer Zielsetzungen und somit für kulturpolitische Vermittlung insgesamt werfen.

160 | Feldnotizen vom August 2008.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

6. Asymmetrien und Handlungsspielräume: Relationen zwischen politischen Zentren und Kulturmittlern

Betrachtet man Auswärtige Kulturpolitik mit Pierre Bourdieu als ein »Feld von aktuellen und potentiellen Kräften«, das durch Kämpfe »um den Erhalt oder die Veränderung der Konfiguration dieser Kräfte«[161] gebildet wird, so zeigt sich, dass die »Relationen« zwischen den wichtigen Akteuren des Politikbereichs durch eine grundlegende Asymmetrie geprägt sind: Die politischen Zentren in Berlin[162] verfügen über die elementaren »Trümpfe«, die das »Spiel« – also die Konkurrenzkämpfe um Zugänge zu diesem Feld, um Gelder und Positionen – überhaupt erst ermöglichen.

Trümpfe und Potenziale: Strukturelle Grundlagen der Dominanz der politischen Zentren

Hierzu zählt erstens das Potenzial, den »offiziellen Diskurs«[163] zu setzen, also Auswärtige Kulturpolitik als einen eigenständigen, sichtbaren und zusammenhängenden Politikbereich zu konstituieren. Hierbei geht es mir weniger um die konkrete Ausgestaltung eines inzwischen vielstimmigen Diskurses oder um die Entwicklung einzelner Argumentationslinien, wie sie etwa im Rahmen der Berliner Konferenzen zutage getreten sind, sondern um das Vermögen zu einem grundlegenden »Erkenntnisakt, dem Anerkennung zu Teil wird« und der hierdurch gewissermaßen eine »objektive« Sicht der Dinge zu formulieren vermag. Die politischen Zentren verfügen über die Macht, Auswärtige Kulturpolitik als einen öffentlich gewünschten und dauerhaften Politikbereich zu konstituieren, die elementaren »Probleme«, die es zu bearbeiten gilt, zu definieren und einen »offiziellen Standpunkt« zu ihrer Legitimierung

161 | Pierre Bourdieu & Loic Wacquant: Die Ziele der reflexiven Soziologie. Chicago-Seminar, Winter 1987. In: Dies.: Reflexive Anthropologie, S. 95-249; S. 132.

162 | Zu den »politischen Zentren« rechne ich die Instanzen, die an der Bewilligung und Vergabe der Bundesmittel beteiligt sind: in erster Linie das Auswärtige Amt und den Deutschen Bundestag, aber auch die weiteren fünf Ministerien, die (in einem deutlich geringeren) Umfang gleichfalls Gelder der Auswärtigen Kulturpolitik verteilen. Siehe zu einer Auflistung dieser Ministerien und der ihnen jeweils zur Verfügung stehenden Mittel für den Untersuchungszeitraum: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Dr. Uschi Eid et al., S. 24.

163 | Hier und in den nächsten Zitaten beziehe ich mich auf Überlegungen von Pierre Bourdieu zum »offiziellen Diskurs«, der hier an Aaron Cicourel anschließt: Pierre Bourdieu: Sozialer Raum und symbolische Macht. In: Ders.: Rede und Antwort. Frankfurt 1992, S. 135-154, S. 150.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

festzuschreiben. Ebenso liegt hier das Vermögen, Auswärtige Kulturpolitik als eine eigenständige politische Konstruktion und Struktur wieder gänzlich aufzulösen.

Ein zweiter wesentlicher Trumpf besteht in der Entscheidungsgewalt über die Vergabe der öffentlichen Gelder, welche die internationale kulturelle Vermittlungsarbeit in dieser institutionalisierten Form überhaupt erst ermöglichen. Im Wechselspiel zwischen Parlament und Auswärtigem Amt wird nicht nur grundsätzlich über die verfügbaren Mittel entschieden, sondern auch über die konkrete Ausstattung einzelner Mittlerorganisationen, die Setzung regionaler oder inhaltlicher Schwerpunkte sowie über zeitlich begrenzte besondere Förderprogramme. Diese budgetären Entscheidungen haben direkte Auswirkungen auf die Arbeit der Mittlerorganisationen und lassen somit die Asymmetrien besonders deutlich zutage treten: Die, über die Jahre hinweg betrachtet, eigentlich eher moderaten Kürzungen zur Zeit der rotgrünen Regierung,[164] die mit der gesamtpolitischen Zielsetzung der »Haushaltskonsolidierung« begründet wurden, konnten etwa vom Goethe-Institut nicht durch andere Geldquellen ausgeglichen werden und schlugen sich entsprechend in der Schließung einzelner Institute nieder.[165] Die Aufstockungen der Mittel in der ersten Amtsperiode Frank-Walter Steinmeiers[166] führten hingegen zu Neugründungen von Goethe-Instituten oder anderen Formen kulturpolitischer

164 | Zwischen 1999 und 2005 sanken die Ausgaben des Bundes für AKBP in einem überschaubaren Umfang von ca. 1,15 Milliarden Euro auf 1,092 Milliarden Euro. Der Anteil des Auswärtigen Amtes sank im gleichen Zeitraum deutlicher von etwa 657 Millionen Euro auf 601 Millionen Euro. Die Budgetentwicklung unterschied sich dabei von Jahr zu Jahr: So sanken die Gesamtausgaben 2000 im Vergleich zum Vorjahr um 3,2%, um im folgenden Jahr wieder um 2,6% zu steigen. Siehe: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Dr. Uschi Eid et al., S. 24.

165 | Entsprechend der gleichen Antwort der Bundesregierung sanken die Bundesmittel für das Goethe-Institut zwischen 1993 und 1994 deutlich von ca. 169 Millionen Euro auf 158,7 Millionen Euro oder zwischen 2004 und 2005 von ca. 169 Millionen Euro auf 159,5 Millionen Euro. Allerdings gab es in anderen Zeiträumen auch deutliche Zuwächse, etwa zwischen 2000 und 2001 von 150,75 Millionen Euro auf etwa 165 Millionen Euro und dann auch zur Zeit der Großen Koalition (s.u.). Ebd., S. 27.

166 | Zwischen 2005 und 2009 stiegen die Ausgaben des Bundes für AKBP deutlich von 1,092 Milliarden Euro auf 1,436 Milliarden Euro. Die darin enthaltenen Mittel des Auswärtigen Amtes wuchsen im gleichen Zeitraum von 601 Millionen Euro auf 726 Millionen Euro (in diesem Fall ohne Ausgaben des Deutschen Archäologischen Instituts). Angaben entsprechend der Jahresberichte der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik, online einsehbar unter: http://www.ifa.de/kultur-und-aussenpolitik/basistexte-und-bibliografien/berichte-zur-akbp.html (letzter Zugriff am 10. August 2017).

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Vertretungen in von Seiten der Politik vorgegebenen Weltregionen. So lässt sich zuspitzen, dass es diesen Bereich der internationalen kulturellen Vermittlung in dieser Form ohne öffentliche Gelder schlichtweg nicht gäbe. Die Abhängigkeit der Arbeit der Kulturmittler lässt sich anhand der Zusammensetzung des Budgets des Goethe-Instituts demonstrieren: Im Jahre 2009 betrug der Anteil des Auswärtigen Amtes zur Finanzierung der Auslandsaktivitäten des Instituts knapp 77%.[167]

Einen dritten Trumpf – das Vermögen, Verfahren oder Techniken zur Ordnung des Wissens zu etablieren – werde ich nach einer Darstellung der Beziehungsstruktur zwischen Auswärtigen Amt und Kulturmittlern untersuchen.

Abhängigkeit und Freiräume: Wechselspiele der Macht zwischen Auswärtigem Amt und Kulturmittlern

Aus Perspektive des Auswärtigen Amtes stellt sich – trotz solcher Trümpfe – gerade aufgrund des globalen und translokalen Charakters des kulturpolitischen Akteurs- und Handlungsfeldes die Frage nach den Möglichkeiten einer Steuerung, Ordnung und Zielausrichtung des Politikbereichs: Über welche Beziehungsmuster, Regierungstechniken und bürokratische Arrangements lassen sich hier etwa ein organisatorischer und inhaltlicher Zusammenhang herstellen oder politische Zielvorstellungen mobilisieren?

Die auffälligste strukturelle Anordnung des Politikbereichs – das enge und kontinuierliche Zusammenspiel zwischen einem staatlichen Ministerium und einer überschaubaren Anzahl formal unabhängiger Mittlerorganisationen – lässt sich als eine Reaktion auf dieses »Problem« interpretieren: Sein Kern wird durch dauerhafte institutionelle Relationen gebildet, die ich unter Rückgriff auf Richard Rottenburgs Studie zur Entwicklungszusammenarbeit als »Prinzipal-Agent-Konstellation« bezeichnen möchte.[168] Es sind zwei Besonder-

167 | Die Zuwendungen des Auswärtigen Amtes an das Goethe-Institut betrugen in diesem Jahr 222,5 Millionen Euro. Hinzu kamen 6,1 Millionen Euro an Zuschüssen anderer Ministerien und öffentlicher Stellen. Den zweitgrößten Anteil am Budget bilden die primär durch Sprachkurse und Prüfungsgebühren erzielten Eigeneinnahmen in einer Höhe von 56,1 Millionen Euro (= 19% der gesamten Einnahmen). Spenden oder Sponsoring – und somit nicht-öffentliche Gelder – machen mit 4,5 Millionen Euro (= 1,6% der gesamten Einnahmen) einen eher geringen Anteil aus. Die Goethe-Institute in Deutschland arbeiten laut Rechenschaftsbericht kostendeckend und wirtschaften in einem von den Auslandsinstituten getrennten Finanzkreislauf. Siehe hierzu: Goethe-Institut: Rechenschaftsbericht 2009/2010. München 2010, S. 19.

168 | Richard Rottenburg: Weit hergeholte Fakten, S. 38. Rottenburg bezieht sich wiederum auf: Kenneth J. Arrow: The economics of agency. In: John W. Pratt & Richard J. Zeckhauser (Hrsg.): The structure of business. Boston 1991 (1985), S. 37-51.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

heiten, die sich durch diesen Begriff herausstellen lassen – diese Beziehungen sind zugleich durch eine »klare Hierarchie« und ein »prinzipielles Kontrollproblem« gekennzeichnet: Einerseits befinden sich die Mittlerorganisationen als »Agenten« in einer existenziellen Abhängigkeit von ihrem »Prinzipal« und Auftraggeber, dem Auswärtigen Amt, der – in Abstimmung mit den anderen maßgeblichen Akteuren des politischen Feldes – über die grundlegende Fortführung oder inhaltliche Ausrichtung des Politikbereichs entscheiden und über die Verteilung der finanziellen Mittel bestimmen kann; andererseits verfügen sie über einen »nicht aufholbaren Wissensvorsprung«, was die praktische Um- und Übersetzung Auswärtiger Kulturpolitik in den Zielregionen betrifft. Die Mittlerorganisationen bringen spezifische Erfahrungen, lokale Kontakte und Wissensbestände in die Beziehung ein, die sie für das Auswärtige Amt praktisch unverzichtbar machen. Gleichzeitig ist das Ministerium bereits aus logistischen Gründen in der Beurteilung der Zielerfüllung im hohen Maße auf die Selbstauskünfte ihrer »Agenten« angewiesen. Aus dieser »asymmetrischen Verteilung relevanter Informationen« entsteht für die Mittlerorganisationen ein Potenzial, sich aus der Abhängigkeit von ihrem Prinzipal ein Stück weit zu lösen und ihr Handlungsvermögen somit zu vergrößern – ein Potenzial, das in der Antwort des Leiters eines Goethe-Instituts auf meine Frage nach seinen Handlungsspielräumen deutlich zum Ausdruck gebracht wird:

»Also inhaltlich bin ich ziemlich frei. Doch. Es ist das Schöne an diesem Job, dass man sich der Kontrolle ein wenig entziehen kann. Anders als beispielsweise ein Theaterintendant in Deutschland, der ganz nah an den Kontrollorganen sitzt, müssen sich meine Kontrollorgane ja mehr oder weniger auf das verlassen, was ich ihnen erzähle und deshalb kann ich inhaltlich wirklich- Eigentlich habe ich eine ganz, ganz große Freiheit. Das hat natürlich auch damit zu tun, wie viel Vertrauen man sich erwirbt. Bei denen, die einen möglicherweise kontrollieren wollen.«[169]

In diesem Interviewausschnitt klingt das Problem einer asymmetrischen Informationsverteilung in translokal verzweigten Organisationsfeldern an, dem politische Zentren – laut Richard Rottenburg – durch eine doppelte Strategie begegnen können: »Man führt ein angemessen dichtes Kontrollsystem ein und gleichzeitig versucht man, wechselseitiges Vertrauen aufzubauen.«[170]

Die verlässliche und kontinuierliche Privilegierung der Mittlerorganisationen in der Vergabe der materiellen Ressourcen lässt sich als ein wesentlicher Baustein in diesem *Wechselspiel aus Vertrauen und Kontrolle* verstehen: Das Goethe-Institut und die weiteren Mittler können – auch trotz jährlicher Budgetschwankungen – im Prinzip auf die substanzielle Förderung ihrer Aktivitäten

169 | Interview vom 10. Dezember 2008.

170 | Richard Rottenburg: Weit hergeholte Fakten, S. 38.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

durch öffentliche Gelder zählen. So dokumentieren die *Berichte der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik*, dass Jahr für Jahr über 90% des Kulturhaushaltes des Auswärtigen Amtes den großen Mittlerorganisationen zugeteilt werden.[171] Der Großteil der finanziellen Mittel des Auswärtigen Amtes wird also seit Jahren an die gleichen Partner vergeben; im Hinblick auf die Verteilung der Gelder und somit der zentralen Ressource, die kulturelle Vermittlung in ihrer aktuellen Form ermöglicht, stellt sich das Akteursfeld – trotz der Rhetorik der Öffnung, die etwa die Berliner Konferenzen prägte – als eher exklusiv, abgeschlossen und klar umgrenzt dar. Andere Institutionen kultureller oder wissenschaftlicher Produktion werden durch diese Organisationsformen von der Teilnahme am Konkurrenzkampf um den Löwenanteil der finanziellen Mittel weitgehend ausgeschlossen.

Im Rahmen dieser institutionellen Arrangements lässt sich das Wechselspiel zwischen Vertrauen und Kontrolle realisieren: Die restriktive Beschränkung des Zugangs zu dem Großteil der finanziellen Mittel auf eine kleine Anzahl von Partnerorganisationen einerseits sowie der Aufbau langfristiger, exklusiver Beziehungen andererseits bedeuten für die Mittlerorganisationen gleichzeitig eine relative Planungssicherheit, die Eröffnung von inhaltlichen Gestaltungsfreiräumen, die Ausschaltung einer breiteren Konkurrenz und die Reproduktion ihres grundlegenden Abhängigkeitsverhältnisses vom Auswärtigen Amt. Aus Perspektive des politischen Zentrums vereinfacht diese Struktur zweifelsohne die Steuerung des Feldes, da der Kreis der Ansprechpartner überschaubar bleibt, langfristige Verbindlichkeiten entstehen und sich somit zugleich Vertrauen herstellen und auch informelle Kontrollmechanismen etablieren lassen. Dieses Wechselspiel vor dem Hintergrund einer grundlegenden Machtasymmetrie verdeutlichte eine Diplomatin in einer deutschen Auslandsvertretung, mit der ich während meiner Feldforschung ein Interview führen konnte:

---

171 | Der Anteil des Auswärtigen Amtes an den gesamten Bundesmitteln für AKBP betrug im Jahr 2009 58,3%. Hiervon erhielt das Goethe-Institut 30,2%; die Institutionen des Auslandsschulwesens 29,2%; der DAAD 23,5%; die Alexander von Humboldt-Stiftung 5,4% und »Sonstiges« 10,6%. Zur Rubrik »Sonstiges« zählen unter anderem die Zuwendungen an kleinere Mittlerorganisationen – etwa an das Institut für Auslandsbeziehungen – aber auch erforderliche Baumaßnahmen.
Auch die Mittel des Bundesbeauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) – der etwa im Jahr 2009 mit 19,9% der gesamten Mittel über das zweitgrößte Budget im Bereich AKBP verfügte – werden in strukturell ähnlicher Weise an die zentralen Mittlerorganisationen – bspw. an die Deutsche Welle oder an die Bundeskulturstiftung – verteilt. Siehe hierzu: Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik 2009/2010, S. 11.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

»Wir haben schon auch eine gewisse Beobachtungsfunktion. Also wenn jetzt irgendeiner der Mittler völligen Mist bauen würde oder Dinge machen würden, die gegen Grundzüge der deutschen Außenpolitik gehen, dann würden wir da sicher intervenieren, das heißt, wir würden das über das Auswärtige Amt melden. Denn letztlich sind ja alle diese Mittler vom Auswärtigen Amt abhängig, finanziell abhängig: Goethe, DAAD, ZfA usw. Das sind letztlich alles Mittel aus dem Auswärtigen Amt. Aber da besteht hier eigentlich kein Bedarf.«[172]

Die eingespielten Relationen zwischen den zentralen Akteuren machen direkte Interventionen also nur in Ausnahmefällen notwendig. Als einen weiteren Trumpf kann das Auswärtige Amt in der alltäglichen Steuerung des Politikbereichs auf das Vermögen zurückgreifen, Verfahren zur Ordnung des Wissens zu setzen und hierdurch zugleich kontinuierliche »Übersetzungsketten« [173] zwischen politischen Zentren und den Einsatzregionen zu etablieren.

Rechen(schafts)zentren: Knotenpunkte zur Ordnung des Wissens in einem translokalen politischen Feld

Richard Rottenburg hat in seiner Studie gleichfalls den Begriff des *Rechen(schafts)zentrums* genutzt, um Institutionen zu beschreiben, in denen Informationen aus den unterschiedlichsten Orten eines weltweit verzweigten Politikbereichs zusammenfließen und in einen neuen Kontext gestellt werden können. Demnach entsteht hier – etwa mittels der Kombination von Projektberichten aus verschiedenen Ländern – ein neues Wissen, durch welches die Beamten oder die politische Leitung eines Ministeriums »Zusammenhänge« erkennen, »auf die man an keinem der getrennten Orte hätte kommen können«. *Rechen(schafts)zentren* lassen sich somit als »Knoten« in globalen Netzwerken verstehen, die solche Informationen nicht nur passiv ordnen, sondern zugleich über die Macht verfügen, »Verfahrensregeln« zu etablieren, an die sich andere Akteure halten müssen. Gerade in global vernetzten Feldern besteht ihre Funktion in den parallelen Bemühungen, einerseits »die Welt« – etwa durch bürokratische Verfahren – »berechenbar und dadurch auf Distanz kontrollierbar zu machen« sowie andererseits Rechenschaft – beispielsweise über die Kosten und Aktivitäten eines translokalen Politikbereichs – gegenüber der Öffentlichkeit abzulegen.[174]

172 | Interview vom 2.12.2008.

173 | Auch der Begriff der »Übersetzungskette« wird hier im Anschluss an Richard Rottenburg genutzt. Siehe hierzu insbesondere: Richard Rottenburg: Weit hergeholte Fakten, S. 17, S. 112ff. und S. 227ff.

174 | Richard Rottenburg: Weit hergeholte Fakten, S. 121f. Den Begriff Rechen(schafts)zentren entwickelt Rottenburg im Anschluss an Bruno Latour: Science in action. How to follow scientists and engineers through society. Cambridge 1987.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Die Position des Auswärtigen Amtes innerhalb des Akteursfeldes der Auswärtigen Kulturpolitik lässt sich als ein solches Rechen(schafts)zentrum verstehen: Hier werden öffentliche Zuwendungen verbucht und legitimiert; hier fließt Wissen von den Aktivitäten der Mittlerorganisationen in den unterschiedlichsten Ländern, über die Anzahl der Kursteilnehmer und Bibliotheksentleihungen, über Kooperationen und vergebene Stipendien zusammen; hier können diese Informationen nach den jeweiligen Erfordernissen von politischen Entscheidungsträgerinnen, administrativen Prozessen oder von Belangen der Öffentlichkeitsarbeit – etwa nach Land, Zielsetzung oder Grad der Kostendeckung – zusammengeführt werden. Die Macht des Auswärtigen Amtes als einem Rechen(schafts)zentrum zeigt sich in dem Vermögen, sowohl politische Zielvorgaben als auch bürokratische Regeln und Wissensordnungen festzulegen, denen sich die Mitspieler nicht entziehen können.

In den letzten Jahren forcierte das Auswärtige Amt – neben den beschriebenen inhaltlichen Erweiterungen Auswärtiger Kulturpolitik – gleichfalls Prozesse eines strukturellen Wandels, durch die nicht nur neue Steuerungstechniken und Legitimierungsverfahren, sondern auch verstärkt eine Sprache und Rationalität von Unternehmensberatern Eingang in den Politikbereich gefunden haben. So ist etwa in der *Konzeption 2000* die Rede von der Notwendigkeit einer »Verbesserung der Effizienz auf der Basis interner und externer Evaluation« und des »allmählichen Abbaus eigener Strukturen[175] unter gleichzeitiger Verlagerung auf lokale, regionale und privatwirtschaftliche Trägerstrukturen« sowie von dem »enormen Rationalisierungs-, aber auch Neugestaltungspotential«, das sich aus den »Fortschritten in der Kommunikations- und Medientechnologie« ergebe. Die Forderung nach der »Verringerung der Personal- und Sachkosten« des Goethe-Instituts kann dabei als Auftrag zur Reduzierung regulärer Beschäftigungsverhältnisse gelesen werden.[176] Begründet wird dieser Reformbedarf dabei mit dem Ziel der »allgemeinen Haushaltskonsolidierung«: »Um die anstehenden neuen Aufgaben trotz knapper Mittel bewältigen zu können, gilt es Ressourcen zu bündeln, die Effizienz zu erhöhen, zuguns-

175 | »Eigene Strukturen« bedeutet in diesem Fall staatliche (oder staatlich finanzierte) Strukturen.

176 | Entsprechend wird der Abbau regulärer Beschäftigungsverhältnisse in den deutschen Goethe-Instituten im Rechenschaftsbericht 2009/2010 als Erfolg verbucht: »Grundsätzlich führt die Region vor dem Hintergrund einer Risikovorsorge eine straffe Personalpolitik. Ziel ist es, dauerhaft die Kosten zu senken, um weiterhin konkurrenzfähig zu bleiben und die Krisenfestigkeit zu stärken. Im Unterrichtsbereich werden im Regelfall ausscheidende feste Lehrer/innen durch Honorarkräfte ersetzt.« (Ebd., S. 13) Es sei nur am Rande festgehalten, dass im Rahmen dieser durch einen grünen und einen sozialdemokratischen Außenminister angestoßenen Reformprozesse die Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen zum »Erfolg« wird.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

ten prioritärer Bereiche Mittel umzuschichten und verstärkt nichtstaatliche Träger für die Auslandskulturarbeit zu gewinnen.«[177]

Für das Goethe-Institut wurden hieraus umfassende Veränderungsprozesse abgeleitet, die eine Flexibilisierung im Umgang mit öffentlichen Geldern ebenso beinhalten sollten wie eine Reduzierung der Aufgaben und Mitarbeiterzahlen in der Münchner Zentrale. Stattdessen wurden die 13 Regionen[178] des Goethe-Institutes gestärkt, indem man Entscheidungskompetenzen über inhaltliche Schwerpunkte, Programme und die Verteilung der Gelder hierher verlagerte. Hierdurch sollten gleichzeitig bürokratische Prozeduren vereinfacht und eine stärkere Orientierung der Programmarbeit an regionalen Rahmenbedingungen erreicht werden. Eine entscheidende Rolle spielen hierbei neue Formen von Papieren, die zwischen dem Vorstand des Goethe-Instituts und dem Auswärtigen Amt, beziehungsweise zwischen dem Vorstand und den Regionalleitern sowie zwischen den Institutsleitern einer Region für mehrere Jahre ausgehandelt werden. Von besonderer Bedeutung sind hierbei die *Zielvereinbarung* und die *Regionalstrategien*.[179] In der Selbstdarstellung des Goethe-Institutes klingen diese komplexen Verfahren der Umsetzung, Administration und Dokumentation Auswärtiger Kulturpolitik folgendermaßen:

»Auf Basis der mit dem Auswärtigen Amt getroffenen Zielvereinbarung und der daraus abgeleiteten, zwischen Vorstand und Regionalleitungen festgelegten regionalen Vorhaben werden in weiten Teilen Entscheidungen direkt in den einzelnen Instituten bzw. Regionen getroffen. So werden Entscheidungsträger und Multiplikatoren aus den Sektoren Bildung, Kultur und Wissenschaft sowie Nachwuchseliten und an Deutschland interessierte Personen entsprechend den lokalen Bedingungen gezielt erreicht.«[180]

Dieses Zitat verdeutlicht nicht nur die Funktion des Auswärtigen Amtes als dem relevanten Rechen(schafts)zentrum dieses Politikbereichs, sondern ver-

177 | Alle Zitate: Auswärtiges Amt: Auswärtige Kulturpolitik – Konzeption 2000, S. 3-6.

178 | Diese 13 Regionen sind zum Zeitpunkt meiner Feldforschungen (2008/09): Nordwesteuropa, Deutschland, Südwesteuropa, Mittelosteuropa, Südosteuropa, Osteuropa/Zentralasien, Südasien, Südostasien/Australien/Neuseeland, Ostasien, Nordafrika/Nahost, Subsahara/Afrika, Nordamerika und Südamerika. Im Zentrum dieser Regionen steht ein Regionalinstitut, das die Arbeit und die Verteilung der Gelder in der Region koordiniert. Ramallah und Sarajevo sind den Regionen Nordafrika/Nahost bzw. Südosteuropa zugeordnet. Die zuständigen Regionalinstitute befinden sich in Kairo und Athen.

179 | Die im Dezember 2007 vereinbarte Zielvereinbarung zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Goethe-Institut e.V. besaß eine Gültigkeit für die Jahre 2008-2010. Die Regionalstrategien der für diese Arbeit relevanten Regionen Nordafrika/Nahost sowie Südosteuropa wurden gleichfalls für diesen Dreijahreszeitraum verabschiedet.

180 | Goethe-Institut: Rechenschaftsbericht 2009/2010, S. 3.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

weist zugleich auf das offizielle Narrativ einer systematischen Übersetzung und Übertragung zentraler politischer Zielsetzungen in die spezifischen lokalen Arbeitskontexte des globalen Netzwerkes.

Übersetzungsketten: Verbindungslinien zwischen politischen Zentren und lokalen Handlungskontexten

Entlang solcher bürokratischer Verfahren und Vereinbarungen werden *zwei gegenläufige Übersetzungsketten* sichtbar, durch die Wissensbestände nicht nur translokal wandern können, sondern die zugleich zu dem Idealbild eines kohärenten Politikbereichs beitragen.

Demnach werden die politischen Zielsetzungen der Bundesregierung in *Zielvereinbarungen* zwischen Auswärtigem Amt und Kulturmittlern übertragen. Hieran anknüpfend formuliert der Vorstand des Goethe-Institutes »strategische Ziele«, die sich auf die gesamte Institution beziehen und sich in den einzelnen *Regionalstrategien* wiederfinden müssen. Dabei liegt es an dem Leitungspersonal einer jeweiligen Region zu entscheiden, wie die strategischen Ziele auf das Einsatzgebiet bezogen werden: In der Konkretisierung der politischen Zielsetzungen in den Regionalstrategien entsteht also ein Spielraum, der mit regionalen Erfordernissen und Erfahrungen gefüllt werden kann. Auf Basis der strategischen Ziele einigen sich die Institutsleiterinnen auf »Regionalziele«, die wiederum zu den regionalen »Projekten« – also mehrjährigen, übergreifenden Schwerpunktthemen – führen. Die lokalen »Maßnahmen« der einzelnen Goethe-Institute sollen sich aus diesen regionalen Projekten ableiten. Diese Übersetzungskette lässt sich also als ein Prozess der zunehmenden Konkretisierung und Lokalisierung der eher allgemein gehaltenen Zielsetzungen des politischen Zentrums verstehen. In der Idealvorstellung sind somit den Aktivitäten eines Goethe-Instituts als Ergebnis eines mehrstufigen Übersetzungsprozesses sowohl die politischen Zielsetzungen als auch die jeweilige lokale Situation eingeschrieben.

In die andere Richtung verläuft eine Kette von Berichten, die letztlich in der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes mündet: Die einzelnen Goethe-Institute dokumentieren ihre Arbeit – auf Basis der in den Regionalstrategien beschlossenen Projekte und Zielsetzungen – schriftlich und mündlich gegenüber der Regionalleiterin, die wiederum die Aktivitäten der Region gegenüber dem Vorstand des gesamten Goethe-Institutes legitimiert. Der Vorstand erstellt dann auf Basis der Darstellungen aus allen Regionen einen Jahresbericht, dessen Form in der Zielvereinbarung mit dem Auswärtigen Amt festgelegt ist. Dieser Bericht enthält etwa »eine zusammenfassende Bewertung der Zielerreichung im Berichtsjahr« sowie eine »Bewertung über die Erreichung der einzelnen Ziele«, die etwa durch »einen Abgleich der IST-SOLL-Werte für

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

jedes Ziel und dessen Indikatoren« zu leisten ist.[181] Dem Idealbild nach landen also im Auswärtigen Amt zunehmend verdichtete, an den politischen Zielsetzungen ausgerichtete Informationen der einzelnen Mittlerorganisationen, die hier wiederum neu kombiniert und etwa der politischen oder medialen Öffentlichkeit als übergreifende Aussagen zu den kulturpolitischen Aktivitäten Deutschlands in einer Region präsentiert werden können.[182]

Ein leitender Beamter des Auswärtigen Amtes formulierte mir gegenüber, dass diese Übertragungswege und Referenzpapiere von zentraler Bedeutung für die eigene Zielvorstellung einer »strategischen Steuerung« der Mittlerorganisationen sind. Gerade die Zielvereinbarungen bilden demnach ein zentrales Instrument, da in ihnen gleichzeitig Rahmenbedingungen und überprüfbare Zielsetzungen formuliert sowie weitgehende operative Freiräume für die Mittler verabredet werden können. In der Praxis bedeute dies etwa, dass Mitarbeiterinnen der Abteilung Kultur und Kommunikation des Auswärtigen Amtes bei den Planungsgesprächen in den einzelnen Regionen des Goethe-Institutes anwesend seien, im Detail aber nicht eingriffen. Eventuelle Interventionen orientierten sich ausschließlich an den Zielvereinbarungen.[183]

Zugleich wurde in diesem Gespräch deutlich, dass diese Übersetzungsketten den politischen Zentren Bahnen zur Verfügung stellen, über die neue Schlüsselbegriffe, Zielvorstellungen, Sonderprogramme oder Schwerpunktthemen weltweit, durch das gesamte Netzwerk hindurch bis zu den einzelnen Goethe-Instituten oder Repräsentanten anderer Mittlerorganisationen mobi-

181 | Abgedruckt als Zitat aus der Zielvereinbarung 2008-2010 zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Goethe-Institut e.V. in: Goethe-Institut: Rechenschaftsbericht 2009/2010, S. 6.

182 | Hierbei gilt es zu beachten, dass es Repräsentationen von Aktivitäten sind, die durch solche Übersetzungsketten wandern und nicht die Aktivitäten selbst: Ähnlich wie die durch Richard Rottenburg untersuchte Entwicklungszusammenarbeit, erweist sich die Auswärtige Kulturpolitik somit als ein Feld, in dem »Repräsentationen aufwendig fabriziert werden« (Richard Rottenburg: Weit hergeholte Fakten, S. 14.) und translokal wandern. Die Feststellung, dass die komplexen Verfahren zur Dokumentation und Repräsentation Auswärtiger Kulturpolitik maßgeblich durch die Vorgaben des Auswärtigen Amtes strukturiert werden, bedeutet daher nicht zwangsläufig, dass die tatsächlichen Aktivitäten vor Ort in jedem Fall so eng an die politischen Zielsetzungen gekoppelt sind, wie es auf Basis eines Idealbildes erscheinen mag: Ein bürokratisches Verfahren, das innerhalb eines weitverzweigten Netzwerkes Berichte und Dokumentationen einfordert, kann auch Handlungsspielräume für die einzelnen Akteure in ihren lokalen Kontexten eröffnen, sofern sie den geforderten Formen des Berichtsystems Genüge leisten. Siehe hierzu auch Kapitel III.3-5.

183 | Feldnotizen vom 6. August 2008.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

lisiert werden können.[184] Übersetzungsketten stellen somit zentrale Mechanismen zur *Verknüpfung von politischen Diskursen und konkreten Arbeitsfeldern der Kulturmittler* dar. In welchem Umfang diese bürokratischen Verfahren und Verbindungslinien die alltägliche Arbeit vor Ort tatsächlich bestimmen, bleibt dabei eine empirische Frage. Denn in diesen lokalen Handlungsfeldern kommen andere Erwartungen, Erfordernisse und Zielsetzungen ins Spiel, die von einem deutschen Ministerium nicht vorgegeben werden können. Die kulturpolitische Vermittlungsarbeit beschränkt sich daher nicht alleine auf eine möglichst stringente Übersetzung der Zielsetzungen deutscher Auswärtiger Kulturpolitik, sondern erfordert auch deren Verknüpfung mit anderen Wissensbeständen, Akteursfeldern und Handlungslogiken. Dennoch bilden die asymmetrischen Beziehungen zwischen politischen Zentren und Mittlerorganisationen zweifelsohne eine relevante Rahmenbedingung für die alltägliche Projektarbeit in den *translokalen Praxis- und Übersetzungsfeldern*, die sich um Goethe-Institute im Ausland entwickeln. Diese Wissensarbeit deutscher Kulturmittler in Sarajevo und Ramallah steht im Mittelpunkt des folgenden Kapitels.

184 | Mein Gesprächspartner erläuterte mir dies exemplarisch durch den Verweis auf umfangreiche Vereinbarungen, die das Auswärtige Amt mit den unterschiedlichen Kulturmittlern treffen konnte, um die politische Initiative zur Stärkung des Deutschunterrichts in Schulen im Ausland »PASCH« in konkrete Aktivitäten und Kooperationen umzusetzen.

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

https://doi.org/10.14361/9783839442623-003 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND